

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 10. Juni 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Gewerkschaftsbewegung und „Arbeitspartei“ in Italien.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Hat der Gewerkschaftskongress von Padua in irgendeiner Weise die Tendenz, eine von den politischen Parteien unabhängige Arbeitspartei zu gründen, zum Ausdruck gebracht oder nicht? Diese Frage drängt sich einem deshalb auf, weil in den letzten Jahren wiederholt die Drohung einer Arbeitspartei gerade im gewerkschaftlichen Lager formuliert worden war, und weil von verschiedenen Seite erwartet wurde, daß in Padua ein entscheidendes Wort in dieser Frage gesprochen werden würde.

Zunächst muß man sich darüber verständigen, was man überhaupt unter dieser Arbeitspartei, diesem „Partito del Lavoro“, verstehen soll. Von einer „Labour Party“ nach englischem Vorbild kann in Italien vernünftigerweise nicht gesprochen werden, da hier die industrielle und gewerkschaftliche Grundlage sowie die Vorbedingungen im Volkscharakter völlig fehlen. Was ist also diese erhoffte Arbeitspartei in Italien, und welches sind die Elemente, die sie herbeizuführen?

Offenbar sind es zwei ganz verschiedene Richtungen in der demokratischen Bewegung, die die Arbeitspartei erstreben, und dementsprechend sind es zwei ganz verschiedene Arbeitsparteien, die erstrebt werden. Einmal will man die vor Jahr und Tag in der „Critica Sociale“ als Ziel hingestellte „Regierungspartei der Arbeiter“, nämlich eine Reformpartei, die es darauf abgesehen hat, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, im Bunde mit der bürgerlichen Regierung, frei von jedem anderen Ideal als dem der augenblicklichen wirtschaftlichen und moralischen Besserstellung. Von dieser Partei kann man sagen, daß sie bereits in der äußersten Rechten des Reformismus ihre Führer hat, und daß ihr zu ihrer historischen Existenz nur eine Kleinigkeit fehlt, nämlich die Gefolgschaft in den Massen. Diese „Regierungspartei der Arbeiter“, die sich einst der warmsten Sympathien Turatis erfreute, ist wohl als eine Art Obervormundschaft der proletarischen Bewegung zu verstehen, als ein Schutzinsult der proletarischen Massen, von dem Turati heute sicher nicht mehr begeistert ist. Im schroffen Gegensatz zu ihr steht die Arbeitspartei, die die Syndikalisten wollen. Soweit diese überhaupt etwas wie eine Theorie ausgearbeitet haben, erstreben sie eine Reihe autonomer Arbeitersyndikate, die in freiem Spiel der Kräfte untereinander soziale Arbeit und sozialen Reichtum verteilen. Den Syndikalisten widerstrebt der Gedanke der bewußten und systematischen Einordnung in ein soziales Ganzes: sie wollen den Individualismus der bürgerlichen Ära auf einer höheren Stufe, auf der das Einzelindividuum durch das Syndikat verdrängt ist, erhalten wissen. Sie sind politisch aus Prinzip, weil sie in dem Streit der Interessen nur wirtschaftliche Faktoren gelten lassen, als deren einziger Vertreter sie die Arbeiterorganisation anerkennen. Ihrem Grundglauben nach sollten allerdings die Arbeiter selbst ihre eigene Sache führen, aber da die italienischen Arbeiter bis auf sehr wenige Ausnahmen für den Syndikalismus noch nicht „reif“ sind, so führen sie einseitigen Professoren und Advokaten. Von dieser syndikalistischen Arbeitspartei ist bis jetzt noch nichts verwirklicht: ihr erstes Element, das unpolitische, ausschließlich von Arbeiten für Arbeiterinteressen geleitete Syndikat, fehlt noch.

Was ist nun die Arbeitspartei, die nach einem Artikel des Genossen Gobi im „Avanti“ vom 1. Juni in Padua zutage getreten wäre? Rigola hat in seinem Redenschaftsbericht geschrieben, daß es „Zeit wäre, die Verhältnisse umzusehen und von den Parteien zu fordern, daß sie den Zwecken der Arbeiterklassen dienen, anstatt die Arbeiter den Parteizwecken dienen zu lassen“. Weiter sagt er, daß sich „die Arbeiter von der politischen Vormundschaft, welcher Art sie immer sei, befreien müssen, wenn diese allzu anmohend zu werden droht“. Und an anderer Stelle ist zu lesen, daß die direkte Vertretung der Gewerkschaften in den öffentlichen Körperschaften eine unausbleibliche Folge der Gewerkschaftsbewegung sei, und daß „eine allmähliche Uebertragung der politischen Aktion aus den Parteien in die zuständigen Klassen unabweislich ist“.

Um die zitierten Sätze richtig zu würdigen, muß man sich fragen, welchen Maßstab der Kongress von Padua bei seinen Verhandlungen zugrunde gelegt hat. Hat er den engen militärischen Arbeiterstandpunkt ohne geschichtliche Perspektive vertreten, die Besserstellung der organisierten Massen als höchstes Ziel hingestellt, den Druck der Gewerkschaften nur auf die Erreichung einer Vorzugsstellung ihrer Mitglieder zu richten gesucht, oder hat er nicht vielmehr in allem die Erreichung des sozialistischen Endziels, nämlich die Uebernahme der Produktionsmittel durch die Gesamtheit, als Kompaß und Richtschnur aufgestellt? Am deutlichsten kam dies bei der Diskussion über das Genossenschaftswesen und über die Frage der Romagna zum Ausdruck. Es wider-

streitet durchaus nicht den Interessen einer organisierten Kategorie, Arbeiter anzustellen, auszubeuten, und den von ihnen geschaffenen Mehrwert zugunsten der organisierten Kategorie zu monopolisieren. Wenn der Kongress bei all seinen Ueberlegungen und vor jeder Diskussion ein solches Vorgehen verwarf, so zeigte er dadurch, daß er nicht Kategorieinteressen, nicht Interessen der Gewerkschaften, sondern die geschichtlichen Interessen des gesamten Proletariats und die sozialistischen Ideale zum Leitstern nahm. Es ist sehr bedeutungsvoll, daß die Syndikalisten gegen die Tagesordnung über das Genossenschaftswesen Stellung nahmen. In der Tat widerstrebt es ihrer Auffassung der sozialen Entwicklung durchaus nicht, daß die stärkere Arbeiterkategorie die schwächere ausbeutet, und es liegt für sie deshalb gar kein Grund vor, irgendeine Kontrolle über das Genossenschaftswesen auszuüben. Mag sich im freien Spiel der Kräfte die eine Kategorie mit der anderen messen! Auch die Frage der Romagna ist für die Syndikalisten eine bloße Machtfrage, während sie für die Sozialisten eine Prinzipienfrage ist. Und wenn Chiesa von den zwei Seelen sprach, die er in dem Kongress erkannte, von der die eine den Trieb und den instinktiven Hang zur Besserstellung personifizierte, während die andere ihr Streben bewußt und systematisch darauf richtete, diesem Triebe und Instinkt ein höheres Ziel der Selbstzucht und Einordnung überzuordnen, so gab er darin einem tief sozialistischen Gedanken Ausdruck. Was an der Arbeiterbewegung mehr ist als Ausdruck und Folge des Triebes, die Lage des Individuums zu heben, was durch Arbeit an sich selbst und an anderen darauf hinausgeht, die Arbeiterklasse zur Kennerin ihrer eignen Geschichte zu erziehen und zur Wahren der Kulturgüter der Gesellschaft, was das heutige Wohlsein den künftigen Zielen, was das Individuum und die Kategorie der Klasse und ihren Idealen unterordnet, das ist ja eben der Sozialismus. In allem, was in Padua in Worten zum Ausdruck kam, hat sich die Gewerkschaftsbewegung als durchaus von sozialistischer Idealität getragen benähert. An dieser Tatsache gemessen, gewinnen die Bemerkungen Rigolas eine ganz neue Bedeutung. Sie vertreten nicht eine engherzige Arbeiterpolitik im Gegensatz zum Sozialismus, sondern sie tadeln im Grunde die sozialistische Partei gerade ob ihres geringen Sozialismus. Daß man die Arbeiter von politischer wie von jeder anderen Vormundschaft befreie, ist eine durchaus sozialistische Forderung, und wenn die Konföderation die direkte Vertretung der Gewerkschaften in den öffentlichen Körperschaften fordert, so tut sie das offenbar, weil sie in der sozialistischen Partei einen unzulänglichen Vertreter des proletarischen Klasseninteresses sieht. Es wird also nicht die sozialistische Partei wegen ihrer sozialistischen Ideale abgelehnt, sondern sie wird vielmehr als zur Erreichung dieser Ideale unzulänglich angesehen. Das ist also etwas ganz anderes als die Gründung einer unpolitischen Arbeitspartei im Gegensatz zur sozialistischen: das ist ein verkapptes Misstrauensvotum, das aus reformistischem Lager gegen die reformistischen Methoden formuliert wird.

Die Partei, die man kritisiert und ablehnt, ist ja die reformistische, und man lehnt sie gerade deshalb ab und spricht von ihrer möglichen Verdrängung, weil man das sozialistische Endziel will und es durch sie nicht der Verwirklichung entgegengeführt sieht. Dieser Schluß ist durchaus nicht durch dialektische Verrenkungen erzielt worden, sondern ergibt sich klar und einfach aus der unleugbaren Tatsache, daß der Gewerkschaftskongress von Padua in allen Fällen nach einer sozialistischen Richtschnur das gewerkschaftliche Handeln gerichtet sehen wollte. Wenn diese Richtschnur nicht angewiesen werden kann, so muß man in den Forderungen, die auf eine Erhebung der sozialistischen Partei durch die Gewerkschaften hinauslaufen, eine Kritik der Partei sehen, die vom sozialistischen Standpunkt ausgeht, von sozialistischer Idealität getragen ist und an der Partei nicht das Sozialistische, sondern gerade das dem Sozialismus nicht gemäße und nicht entsprechende verwirft.

Es ist das ein nicht gering anzuschlagendes Ergebnis des Kongresses von Padua, daß er gerade das reformistische Axiom der unpolitischen Gewerkschaftsbewegung Lügen gestraft hat. Es ist keine unpolitische, sondern eine durch und durch sozialpolitische Bewegung, die die Stellung einnimmt, die in Padua in Sachen der Romagna und in Sachen der Genossenschaftsbewegung eingenommen wurde. Genügt dieser Bewegung die sozialistische Partei nicht, so spreche man nicht von der Tendenz, eine Arbeitspartei zu gründen, denn damit belügt man sich selbst, sondern man spreche von einer Kritik im reformistischen Lager, von einem noch unausgetragenen und sich selbst nicht klar zum Bewußtsein gekommenen Irrewerden des Reformismus an sich selbst. Für die Arbeitspartei mag der reformistische Abgeordnete Graziadei, der den Sozialismus für eine Farsce hält, Propaganda machen, und die Syndikalisten mögen sich um ihre Erweckung bemühen. Was in der heutigen reformistischen Gewerkschaftsbewegung nominell auf eine Ablösung der politischen Partei durch die Arbeitspartei hinarbeitet, das ist nur, wenn uns nicht alles trügt, der sozialistische Geist, der sich gegen seine Verzerrung zum Reformismus auflehnt.

## Die schwarze Verleumdung am Pranger.

Unsere ehrenwerten Gegner von der schwarzen Partei lägen, daß sich die Balken biegen, bloß um dem nichtswürdigen Rand der Selbstverwaltung der Krankenkassen den Schein einer Verechtigung zu geben. Daß den Herrschaften der Schwindel von Fall zu Fall nachgewiesen wird, macht ihnen weiter keine Sorgen, ist der Schwindel erst in die Welt gesetzt, dann macht er die Kunde und taucht auf in den entlegensten Winkelblättern. Der Zweck ist erreicht, der Sozialdemokratie hat man wieder etwas angehängt, denn von der Wiederlegung des Schwindels und dem Nachweis der Verleumdung bekommen die Leser solcher Blätter nie etwas zu sehen.

Als bei Beratung der Reichsversicherungsordnung die Paragrafensätze ihren Höhepunkt erreicht hatte und Graf Westarp und Veder-Arnöberg Arm in Arm bundesbrüderlich die großkühnsten Behauptungen über angebliche sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen erhoben, ohne die Verpflichtung zu fühlen, ihre Beschuldigungen auch beweisen zu müssen, da passierte den schwarzen Volksverrättern das Malheur, daß ihnen nachgewiesen wurde, daß in vom Zentrum beherrschten Krankenkassen, z. B. in Essen, in erhöhtem Maße alle jene Mißwirtschaft zu finden ist, die sie anderen Krankenkassen angelastet hatten.

Als Ketterin in der Rot erschien die Dortmunder „Tremonia“ auf dem Plan, jenes Zentrumsblatt, das in seiner gemeinen Kampfbeweise und unwiderstehlichen Abneigung gegen die Wahrheit von keinem anderen literalen Blatte Deutschlands auch nur annähernd erreicht wird. In höchst auffälligen Lettern brachte sie einen Artikel, der heute noch in folgender Form durch alle literale und reichsverbändlerische Blätter die Runde macht:

„Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind! Vom Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Bitten geht das nachfolgende, mehr als bezeichnende Schriftstück aus. Im voraus sei bemerkt, daß sowohl die sämtlichen Vertreter, wie auch Vorstandsmitglieder der Arbeitnehmer sozialdemokratischerseits befehligt sind. Das Kulturdokument lautet: Allgemeine Ortskrankenkasse Bitten, J.-Nr. 732. Bitten, den 11. Mai 1911. An die Herren Arbeitgeber! Im abgelaufenen Rechnungsjahr müßten dem Reservefonds zur Deckung der Ausgaben wiederum 8000 M. entnommen werden, so daß derselbe nunmehr noch 28 022,11 M. beträgt, während er für das laufende Rechnungsjahr 118 223,15 M. betragen müßte. Dieses unzulängliche Ergebnis ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß der Kasse eine große Anzahl Reichs- und Berginvaliden, sowie sonstige, nur teilweise erwerbsfähige Personen angehören, die naturgemäß ganz erhebliche Kosten verursachen. Um diesem Uebel zu steuern, ist es daher eine unbedingte Notwendigkeit, daß seitens der Arbeitgeber unter den zur Einstellung kommenden Arbeitern eine bessere Auswahl getroffen wird. Invaliden und ausscheidend kränklige Personen sind möglichst zurückzuweisen. Sollte sich aber die Annahme derartiger Leute nicht vermeiden lassen, dann bitten wir, denselben aufzugeben, zunächst von dem ihnen auf Grund des § 3a des Krankenversicherungsgesetzes zustehenden Rechte der Befreiung von der Krankenversicherungspflicht Gebrauch zu machen und dieselben erst dann einzustellen, wenn sie eine von uns ausgestellte Bescheinigung erbringen, daß die Befreiung erfolgt ist. Diese Personen brauchen alsdann nicht zur Kasse angemeldet werden. Sollten sie erkranken, so hat nötigenfalls der zuständige Armenverband einzutreten. Die Anträge auf Befreiung sind seitens der in Frage kommenden Leute entweder mündlich oder schriftlich mittels besonderer Formulare, die von uns auf Wunsch unentgeltlich geliefert werden, auf der diesseitigen Kasse anzubringen. Die Herren Arbeitgeber werden dringend gebeten, in Zukunft genau hiernach zu verfahren und auch im übrigen die Kasse zu schüßen, wo sich immer Gelegenheit dazu bietet. Wir sind trotz der bereits beschlossenen Beitragsverbände nicht in der Lage, eine Sanierung der Kassenverhältnisse herbeizuführen. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse. (folgt Unterschrift) Dieses Schriftstück kommt zur rechten Zeit, um der Sozialdemokratie die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen. Im Reichstag werden zurzeit bei der Beratung der Reichsversicherungsreform seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten Anträge auf Anträge gestellt, die „Verbesserungen“ darstellen sollen und unerfüllbar sind. In der Praxis aber läßt sich eine sozialdemokratische Wehrheit dazu herbei, armen Arbeitern die Arbeitslosigkeit zu unterbinden. Was braucht ihr kranken und invaliden Arbeiter Rechte — für euch ist die Armenunterstützung gut genug. So handeln sozialdemokratische Vertreter. Arbeiter, die Augen auf!“

Das Schriftstück wird in der gegenwärtigen Dreyfuss-„Ein sozialdemokratisches Kulturdokument“ bezeichnet und es sollte in der geschäftigen Aufmachung den doppelten Zweck verfolgen, der Sozialdemokratie wieder eins anzuhängen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der literalen Mißwirtschaft in Essen und anderen Orten abzulenken.

Wahr ist, daß das obige Schriftstück verfaßt ist, wahr ist, daß die Kasse sich in ungünstigen Verhältnissen befindet und endlich ist auch wahr, daß unsere Genossen die Wehrheit in der Vertretung besitzen.

Wahr ist aber auch ferner, daß das Schriftstück von der Verwaltung verfaßt worden ist, ohne daß unsere Genossen von diesem Schritt Kenntnis hatten. Das haben der Vorstehende, ein Fabrikbesitzer, und der Nebstamt der Kasse bestätigt. Wahr ist, daß unsere Genossen das Schriftstück nicht billigen, vielmehr ein anderes Handschreiben an die Arbeitgeber erlassen haben, daß das obige Schreiben der Verwaltung nicht beachtet werden solle, also außer Wirkung gesetzt ist.

### Die Interfusions-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatigen Annoncen über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das selbige Wort 20 Pfg. (zuletzt 2 selbige Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenbenennungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die ungünstige Lage der Kasse ist leider Tatsache, aber auch nicht von unseren Genossen verschuldet. Unsere Genossen haben seit 1908 die Mehrheit, vorher regierten die Christen. Das aber unter den Christen schon die Lage der Kasse die denkbar ungünstigste war, werden wir nächster noch nachweisen.

Zunächst sei hier erklärt, nicht entschuldigend, wie die Kassenverwaltung dazu kam, ein solches Schreiben zu erlassen, von dem, wie schon gesagt, unsere Genossen nicht die geringste Kenntnis hatten. In Witten, einer Stadt von 30 000 Einwohnern, bestehen außer der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der in Zentrumshänden befindlichen Ortskrankenkasse für Handwerker noch neun Fabrikkrankenkassen. Das Abschließen invalider und kranker Arbeiter wird von diesen Kassen fast jeder geübt, zum großen Nachteil der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Die unerhörte Ausbeutung in der Berg- und Gürtelindustrie bringt es mit sich, daß die Arbeiter meistens erkranken und zu einem erheblichen Teil ganz oder teilweise arbeitsunfähig werden. In Betrieben, die eine eigene Krankenkasse haben, werden solche Leute nur beschäftigt, wenn sie sich von der Krankenkasse versichern lassen. Um nun in solche Betriebe hineinzukommen, arbeiten diese Leute ganz kurze Zeit in einem städtischen Betriebe, werden man bei der Ortskrankenkasse angemeldet, scheiden dann aus dem städtischen Betriebe wieder aus, bleiben aber freiwillige Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Im letzten Jahre haben die von der Stadt angemeldeten Arbeiter der Kasse eine Einnahme von 3000 M. gebracht, aber eine Ausgabe von 7000 M. verursacht. Die Sachlage ist also in Wirklichkeit die, daß das sozial absolut nicht zu billigende Vorgehen der Verwaltung eine Art Notwehr war. Schuld daran sind die Regierung und die bürgerlichen Parteien, weil sie der Zersplitterung der Kassen nicht ein Ende machen, sondern sie noch geradezu begünstigen.

Die „Tremonia“ setzt aber ihren Verleumdungsfeldzug fort und die übrige gegnerische Presse wird ihr wohl darin folgen. So hat sie wieder einen Artikel gebracht, in dem sie sagt, daß noch vor einigen Jahren bei allen Ortskrankenkassen in Witten die Reservefonds in der geleglich vorgeschriebenen Höhe vorhanden waren, seitdem aber die Allgemeine Ortskrankenkasse unter der Fuchtel der Genossen“ stehe, seien die Beiträge immer in die Höhe und die Leistungen zurückgegangen. Wie das christliche Blatt es versteht, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, ergibt sich aus folgender Aufzählung: Wie schon erwähnt, befand sich die Kasse bis zum Jahre 1908 in den Händen der Zentrumschristen. Unter deren Herrschaft mußten im Jahre 1903 bei dreizehnhöchigen Unterföhrung dem Reservefonds 3000 M. entnommen werden. 1904, seitdem die Wöchentliche Unterföhrung eingeföhrt wurde, konnten die geschworenen Nichtsozialdemokraten nicht verhindern, daß dem Reservefonds 11 500 M. entnommen werden wurden. Im Jahre 1905 waren es 6000 M., 1906 noch 7500 M. und 1907 sogar 11 750 M. Das war gewiß ein unmöglicher Zustand, den wir aber nicht auf Mißwirtschaft der Christen, sondern auf die mißlichen Verhältnisse in Witten und die Zersplitterung der Kassen zurückzuführen wollen. Soviel steht aber fest, daß die Christen den freien Gewerkschaften eine sehr schlecht bestellte Kasse übergeben haben. Und die ultramontanen Verleumder stehen am Pranger, die behaupten, die schlechte Finanzlage datiere erst seit der Zeit, wo die Kasse „unter die Fuchtel der Genossen“ gekommen sei.

Unter den freien Gewerkschaften ist der Reservefonds nicht in dem Maße angegriffen worden. Im Jahre 1908 verzeichneten die verhassten Notizen sogar einen Ueberschuß von 2000 M., was unter den Christen seit langer Zeit unmöglich gewesen war. 1909 mußten dem Reservefonds 5400 und 1910 8000 M. entnommen werden. In diesen zwei Jahren ging es aber fast allen deutschen Ortskrankenkassen nicht besser.

Nun wird auch den freien Gewerkschaften noch zum Vorwurf gemacht, daß sie die Beiträge erhöht haben. Ja, wer trägt denn die Schuld hieran? Jene christlichen Schüßlinge der Zentrumspresse, die Jahr für Jahr den Reservefonds angriffen, ohne die Finanzen der Kasse in Ordnung zu bringen.

Im vorigen Jahre, bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse in Dortmund, riß die „Tremonia“ das christliche Lastermaul auch sehr weit auf und schwindelte frech von sozialdemokratischer Mißwirtschaft. Die Verleumdung hat den Christen nichts genügt, aber der „Tremonia“ hat sie eine Klage eingetragen. Der Vorstand, sowohl Arbeitsnehmer- als Arbeitgebervertreter haben Strafantrag gestellt. Seit sieben Monaten schon schwelgt die Klage. Man sollte meinen, die „Tremonia“ hätte darauf gebrannt, die Sache schnell zur Verhandlung zu bringen, um dem Zentrum im Reichstag das fehlende Material gegen die Sozialdemokratie zu liefern. Aber nein, sie hat keine Eile. Als nach sieben Monaten der erste Termin nahte, mußte dieser wieder vertagt werden, weil es jetzt erst dem Beklagten eingeleitet war, einen „Geweis“antrag zu stellen.

Aber man darf sich nicht wundern über die in der Reichsverbands- und Zentrumspresse immer wieder entdeckte „Mißwirtschaft der Sozialdemokraten“ in Krankenkassen. Gehört es doch einmal zu dem Beruf derartiger Blätter, die Sozialdemokratie zu verleumden und ist es zum andern auch ihre Pflicht, noch nachträglich nach Gründen zu suchen, die den Völkerverrat der Kompromissparteien bei Beratung der Reichsversicherungsordnung in milderem Lichte erscheinen lassen.

## Die Barbarei auf Ellis Island.

New York, 25. Mai. (Eig. Ber.) Liehen die Zustände in der Einwanderungsstation Ellis Island und die Behandlung und Abfertigung der Europäer schon seit Jahren viel zu wünschen übrig, so sind sie neuerdings unter dem Regime des Einwanderungskommissars Williams völlig unerträglich geworden. Was sich auf Ellis Island tagtäglich abspielt, spottet jeder Beschreibung. Ein geordnetes Rechtsverfahren oder Rechtsgrundzüge kennt man auf dem als Träneninsel bekannten Ellis Island nicht, ausschlaggebend für das Schicksal der Einwanderer sind Laune und Willkür unfähiger Kerle, hornierter Inspektoren und des ausländischen Kommissars Williams, dieses allmächtigen Jaren der Einwanderungsinsel.

Schon vor nahezu zwei Jahren wurde in der sozialistischen Presse Deutschlands und Oesterreichs der schandvolle Ullas Williams gedankt, demzufolge jeder Ankömmling 25 Dollar Bargeld besitzen muß, andernfalls er nach seiner Heimat zurückbefördert wird. „Hier springen wir ins Meer, als daß wir heimkehren“, lautete damals der Verzweiflungsschrei, welchen von dem Ullas betroffene russische Flüchtlinge an die Presse und an Freunde richteten. Aber Williams war unerbittlich. Ihn scherten weder die Verzweiflung der Armen noch die heftigen Proteste, die allenthalben gegen die Barbarei seines Regimes laut wurden. Und seitdem ist es immer schärfer geworden. Dem ersten Ullas folgten andere, die Verhöre der Einwanderer werden jetzt geheim geführt und damit ist jede

Garantie einer gerechten Erledigung strittiger Fälle aufgehoben. Demgemäß schnellte die Zahl der am Landen verhöbenden Personen trotz des merkwürdigen Rückganges der Einwanderung ganz bedeutend in die Höhe. So wurden im Jahre 1907, das ist vor der Amtszeit Williams, in den Monaten Januar, Februar, März und April von insgesamt 398 870 im Zwischenbeef angekommenen Personen 2083 deportiert beziehungsweise am Landen verhöbend, in den vier ersten Monaten des Jahres 1911 hingegen von 225 855 Ankömmlingen deren 5696. Dieweil treffen auf die „Einwanderer-Elemente von heute“, um einen landesüblichen Ausdruck zu gebrauchen, viele der Einwände nicht mehr zu, die vor zwei Jahren vielleicht noch geltend gemacht werden konnten. Infolge der nach Europa gedrückenen Schilderungen über die Verhältnisse auf Ellis Island wagen Leute ohne die berühmten 25 Dollars Bargeld schon gar nicht die Reise nach Amerika. Auch ist die ärztliche Untersuchung in den Einschiffungshäfen eine strengere denn je, wozu noch die größere Vorsicht der Dampfergesellschaften kommt, die das Risiko der freien Rückbeförderung deportierter tragen. Trotz alledem die erschreckende Zunahme der Deportierungen!

Ja, dunkel und unerforschlich sind die Wege des Kommissars Williams. Jener erscheint ihm oder seinen Inspektoren zu alt, dieser zu jung, bei jenem mißfällt ihm der Körperwuchs, bei diesem befürchtet er, daß er seiner Nähe wegen „etnem Gemeinwesen zur Last fallen“ könnte. Ueberhaupt diese Phrase des Jurastallens! So durfte kürzlich ein Deutscher nicht landen, weil er eine ungewöhnliche Körpergröße hat, die ihn hindern könnte, sich zu ernähren. Heute sind es Bauernburschen, bei denen der Kommissar die gleiche Befürchtung hegt, morgen Handwerker. Besonders streng sind die Herren auf Ellis Island gegenüber jungen Mädchen. Hat solch ein junges Ding das Unglück, eine hübsche Larbe zu besitzen, so wird es von vornherein als Halbverworfen betrachte. Auf Herz und Nieren wird es geprüft, und wurde ihm während der Oceanreise von einem jungen Manne Aufmerksamkeit erwiesen, so wittern die auf jedem Dampfer anwesenden Spigeln gewöhnlich das Allerschlimmste. Wie eine Verfente wird solch ein Mädchen behandelt. Begehrt es gar die Unvorsichtigkeit, dem forschenden Einwanderungsinspektor treuherzig zu erzählen, daß ihr Schatz in Amerika weilt, so darf es den gebelagten Boden „des Landes der Freien“ erst betreten, nachdem es dem Schätze angetraut ist, mag es diesen auch nur aus den Schilderungen der Bafen oder Vetterin oder durch einen schlätigen Briefwechsel kennen und noch so sehr bitten, den Liebsten nachher kennen lernen zu dürfen. An solche Kleinigkeiten kehren sich die Sittenrichter auf Ellis Island nicht. „Vertrauen oder zurück“ lautet ihr Befehl, mag damit auch Ellis Island zum Markte schamloster Stupperei herabgewürdigt werden.

Man treibt die Barbarei noch weiter. Brüder werden von den Schwestern gerissen, Kinder von den Eltern. Kleine Kinder die an einer nur den Ärzten der Einwanderungsbehörden bekannten Krankheit leiden, schleppt man nach Hospitalbaracken, dieweil die Mutter in den von Ungeziefer wimmelnden Käfigen — Detentionsräume genannt — auf Ellis Island schmachten. Entsetzlich sind die Seelenqualen, welche die Befangenen in der Ungewißheit um das Schicksal der Jhren zu erdulden haben. Keine Nachricht dringt zu ihnen, und oft erst nach vielen Wochen erfahren die Mütter, daß ihr Liebling gestorben und schon beerdigt ist. Kein Wunder, daß in der Einwanderungsstation, in der beispielsweise letzte Woche 1100 Menschen in engen, schlecht ventilierten und noch schlechter gereinigten Räumen zusammengepfercht der Willkür der Wächter preisgegeben waren, Selbstmordversuche und Wahnsinnsausbrüche an der Tagesordnung sind.

Wie lange noch sollen diese unhaltbaren Zustände währen? Zwar wurde dieser Tage im Kongreß eine Resolution eingebracht, die eine Untersuchung der Amisverwaltung auf Ellis Island bezweckt. Da aber Williams das volle Vertrauen des Handelssekretärs Rogel besitzt, dem das Einwanderungs-Departement untersteht, und sich des besondern Wohlwollens des Präsidenten Last erfreut, dürfte das Ergebnis der Untersuchung, selbst wenn es zu einer solchen kommen sollte, ein negatives sein. Und von unseren diplomatischen Vertretern in Washington ist ein Eingreifen ob der aller Menschlichkeit höhnisprechenden Behandlung kaum zu erwarten. Sie erkliden ihre bessere Aufgabe in der Teilnahme an Banketten, welche ihnen „Prominente“ zweifelhaftester Elite geben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juni 1911.

### Aufstand und Mist.

Herr v. Didenburg-Januschau bereist jetzt seinen Wahlkreis, um die stuhig gewordenen Wähler aufs neue für indirekte Steuern, Abschaffung des gleichen Wahlrechts und Ausnahmegelese gegen die Arbeiterklasse einzuföhren. Viel Neues hat der Junker ja nicht zu verkünden, aber da er gewöhnlich ausspricht, was die diplomatischen Konserverativen denken, lohnt es sich schon einige Aeußerungen aus seinen Agitationsreden wiederzugeben. Herr v. Didenburg betonte zunächst wieder das Portemonnaie-Interesse, das die Junker zu Feinden direkter Reichsteuern macht. Er meinte:

„Direkte Steuern im Reich einzuföhren, mache ich nicht mit. Denn, wenn wir direkte Steuern in einem Staat einföhren, der das allgemeine Wahlrecht hat, so liefern wir das Portemonnaie des Besizenden der Sozialdemokratie aus. Die Erbschaftsteuer ist die allergerährlichste.“

Das ist nun zwar ein wenig geschwundelt, denn selbst Herr v. Didenburg muß wissen, daß die Sozialdemokratie zur Erreichung ihrer Ziele nicht den Weg der Besteuerung gehen wird. Es handelt sich vielmehr nur darum, ob in der unmittelbaren Gegenwart die Junker zu den Lasten des Staates, dessen privilegierte Rühnicher sie sind, gleichfalls im Verhältnis zu ihrem Vermögen beitragen, oder ob all diese Lasten der arbeitenden Masse durch indirekte Steuern aufgebürdet bleiben sollen, damit die großen Vermögen für das Reich steuerfrei bleiben können.

Aber die Angst um das Portemonnaie erklärt allerdings zur Genüge die fanatische Feindschaft unseres Junkers gegen die Partei der Arbeit, deren Bekämpfung der Rest der Rede hauptsächlich gewidmet war. Herrn v. Bethmann, wirklich denselben Herrn v. Bethmann, der auf Befehl Heydenbrands sich so bereitwillig zu Ausnahmebestimmungen bereit gezeigt hat, warf er Stebügel mit der Sozialdemokratie vor und prophezeite ihm, daß er, der die Sozial-

demokraten zur Mitarbeit heranziehen wolle, damit hereinsinken werde. Also schimpfte er:

„Und jetzt noch die verzweifeltsten Versuche, die Sache zu erreichen durch Mitwirkung der Sozialdemokratie gegen die Rechte. Die Sozialdemokratie nicht mehr als unseren Feind, sondern als gleichberechtigte Partei des Vaterlandes, die gleichberechtigt mitarbeitet in der Ausübung kaiserlicher Rechte, zu sehen — das ist ein Anblick, an den man sich erst gewöhnen muß. Wer Weibel gehört und seine Reden gelesen, der weiß, daß die Sozialdemokraten Republikaner sind, denen Gott, Vaterland und Ehe nichts ist. Wenn die Sozialdemokraten nun sehen, daß die Regierungspartei geworden — drin sind sie im Bundesrat, wie sie herauskommen, wird Weibmann Holtweg seinem Nachfolger überlassen müssen. Es kann im Vaterlande in absehbarer Zeit zu Erscheinungen kommen, die überraschen werden.“

Zwar weiß Herr v. Didenburg noch einen Trost: „Noch ist Preußen fest. Auf dem Lande und den kleinen Städten, auf den selbständigen Erbsitzen, ruht auch heute noch sicher und stark Preußens Macht. Und wenn einst mal die Stunde kommt, daß die Sozialdemokraten rausfliegen aus dem Parlament, dann wollen wir dabei sein!“

Nun, wenn Herr v. Didenburg dabei sein wird, so wird er ja auch noch erleben, wer zuletzt „rausfliegt“. Und ganz sicher scheint er ja der Sache nicht zu sein. Denn er sagt ja selbst: „Das alles ist in Elah-Bohringen nur der Ausrast, die Musik kommt in Preußen hinterher.“ Und diese Prophezeiung, denken wir, ist die einzige, die in Erfüllung gehen wird. Ja, die Musik wird noch gemacht werden und den Didenburgs soll es ganz verteuelt unangenehm in die Ohren klingen, wenn die preußischen Arbeiter ihnen den Marsch blasen werden.

### Nationalliberale Unterstützung des Zentrums.

Der gemeinsame Haß gegen die Sozialdemokratie treibt in Rheinland-Westfalen Zentrum und Nationalliberale, die sich sonst wie zwei bissige Köter anbleiern, zusammen. Es sind schon manche Unterhandlungen zwischen beiden Parteien im Gange gewesen, die Vereinbarungen in bezug auf die kommenden Reichstagswahlen herbeiföhren sollten. Wie weit diese politischen Schachergeschäfte gediehen sind, läßt sich nicht sagen. Etwas Kompliziert wird die Sache aber durch die Reichstagswahlwahl, die im Wahlkreis Düsseldorf notwendig geworden ist. Dort erhielten bei der Wahl 1907 das Zentrum 23 259, die Sozialdemokratie 25 389, die liberale Vereinigung 14 664, die freisinnige Vereinigung 598 und die Polen 268 Stimmen. In der Stichwahl erhielt das Zentrum 33 317, die Sozialdemokratie 25 233 Stimmen. Aus einer ziemlich gewundenen Aeußerung der „Kölnischen Zeitung“ läßt sich nun schließen, daß die Nationalliberalen bei der Erstwahl überhaupt keinen Kandidaten aufstellen wollen, in der stillen Hoffnung, daß der den liberalen Wählern eingepimpfte Rottkoller diese gegen die Sozialdemokratie stimmen läßt, wodurch das Zentrum indirekt unterstützt und für den Kuhhandel bei den Hauptwahlen bei guter Laune gehalten wird. — Der seine Plan macht den nationalliberalen Pfaffenfressern alle Ehre.

Am Fall Heim. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim läßt erklären, daß er seinen Frieden mit der Zentrumsfraktion besto. mit dem Vorstand der Partei gemacht habe; nur einen will er von diesem Frieden ausgeschlossen wissen, den Abg. Dr. Jäger, den Verfasser der Angriffsartikel gegen ihn. Dr. Heim habe bei der Aussprache zwischen den Vorstandsmitgliedern der Fraktion ausdrücklich erklärt, daß sich der Ausgleich auf Dr. Jäger nicht erstrecke.

### Eine Zentrumschurkerel.

Der empörende Vorwurf der Weineidsförderer, den der Assessor Warmbrunn als Vorsitzender des Danziger Schöffengerichts am 1. Juni gegen die Sozialdemokratie erhob, wurde von der gesamten bürgerlichen Lokalpresse totgeschwiegen. Hauptsächlich aus Feigheit, teilweise wohl auch aus Scham über eine solche Aeußerung vom Richterstuhle aus. Nur ein Blatt nahm am 8. Juni zu dem Angriff des Richters Stellung, das Organ der schwarzen Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht, das zentrumsfeindliche „Westpreussische Volksblatt“. Die Toleranz der Zentrumschristen ist ja längst beachtet, und deshalb ist es auch gar kein Wunder, wenn das liberale Blatt zu dem Angriff des Richters erklärt:

„Die Bedenken des Richters sind für einen Christen sehr verständig.“

Die Zentrumsjesuiten haben die Wahrheit schon so häufig mit Füßen getreten, daß auch diese frömmelnde Heimsäke nicht weiter verwunderlich ist. Besonders niederträchtig wird sie jedoch dadurch, daß sie sogar die politische Parteilichkeit auf dem Richterstuhle heilig spricht.

### Preußen in Bayern.

Wir berichteten vor kurzer Zeit, daß das Bezirksamt Kaiserslautern die öffentliche Verteilung des Flugblattes: „Nicht Arbeiterküh, sondern Arbeitertrug“, anlässlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung, unterfögte. Wegen diesen Bescheld des Bezirksamtes wurde bei der Regierung Beschwerde erhoben. Die königliche Regierung in Speyer machte aber die Entscheidung des Bezirksamtes Kofferslautern zu der ihrigen und wies die Beschwerde ab. Nun wird sich noch das Ministerium mit der Sache zu beschäftigen haben.

Die Flugblätter wurden trotz des Verbots des Bezirksamtes verteilt. Der Genosse J., der bei der Verteilung von der Polizei erwischt wurde, bekam jetzt ein Strafmandat zugestellt. Mit einem Tage Haft und 30 M. Geldstrafe soll die verbotene Flugblattverteilung gestraft werden.

Die bayerischen Staatsrecker scheinen ihren preußischen Kollegen den Rang ablaufen wollen.

### Die Reichsversicherungsordnung und die italienischen Arbeiter.

Nachdem die Reichsversicherungsordnung Gesetz geworden ist, werden im Herbst d. J. gemäß Art. 2 des deutsch-italienischen Handelsvertrags neue Verhandlungen über die Behandlung der beiderseitigen Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung zwischen der Deutschen und der italienischen Regierung stattfinden. Frühere Verhandlungen hatten bereits einen befriedigenden Verlauf genommen, so daß der vertragmäßigen Regelung der Angelegenheit nichts mehr im Wege steht.

### Kriegervereine und Militärbehörden.

Daß Krieger- und Militärvereine von den Militärbehörden begünstigt und gefördert werden, ist schon längst bekannt. Daß sich aber Militärbehörden direkt in innere Vereinsangelegenheiten dieser „Garde im Jolinderhut“ einmischen, dürfte immerhin neu und interessant sein, umso mehr als diese Einmischung auf eine regelrechte politische Gefühnngsschnüffelerei hinausläuft. Wie der „Wiegner Anzeiger“ berichtet, hat nämlich das Bezirkskommando in Siegeny dem

hörtigen Militärverein einen Fragebogen zur Beantwortung  
ausgelandt, der folgende Fragen enthält:

1. Gehört der Verein dem preussischen Bundeskriegerverbande an?
2. Namen der dem Verein als Mitglieder angehorenden Offiziere a. D. oder a. D. oder des Beurlostenstandes?
3. Zahl der Mitglieder? (Sollte die Zahl gegen das Vorjahr zugenommen sein, so wird um eingehende Begründung gebeten.)
4. Versuchen Oppositionsparteien Einfluß auf den Verein zu gewinnen?
5. Namen und Stand des Vorsitzenden?

Eine nähere Erläuterung, was unter „Oppositionsparteien“ zu verstehen sei, hat das Bezirkskommando nicht gegeben. Die nicht immer leichte Entscheidung darüber hat es dem Vorsitzenden überlassen. Die Sozialdemokratie kann es damit nicht gemeint haben, denn diese versucht keinen Einfluß in den Kriegervereinen zu erlangen, sie fordert im Gegenteil die Arbeiter auf, diese Schutztruppe der Reaktion zu meiden. Die Kriegervereine sind für Leute da, die den Kasernendruck auch in ihrem Zivilleben nicht missen wollen. Das Vorgehen des liegniger Bezirkskommandos, das sicher nicht vereinzelt dasteht, beweist, daß der Einfluß der Kaserne auf die Militärvereine noch viel größer ist, als man bisher annahm.

## Die Krise in Belgien.

Nach Cooreman hat auch der frühere Minister Lizaert die Bildung des neuen Kabinetts abgelehnt. Darauf berief der König den bisherigen Eisenbahnminister de Broqueville, der die Kabinettsbildung übernommen hat.

Das Manifest, das die sozialdemokratischen und liberalen Kammermitglieder erlassen haben, hat folgenden Wortlaut:

An das Land! Das Ministerium Schollaert ist zurückgetreten. Das gegen die Verfassung gerichtete und parteiliche Gesetz, dem es sein Geschick anvertraut hatte, ist beurteilt. Das ist ein großer Sieg für uns. Die Ehre dafür kommt allen zu, Arbeitern und Bürgern, die in öffentlichen Versammlungen und in der Presse die Anstrengungen der Linken unterstützt haben, um die Verfassung und den staatlichen Unterricht zu verteidigen. Aber man muß in der Presse stehen bleiben. Der Urteilspruch der öffentlichen Meinung muß bestätigt werden, wenn nach Vermeidung der Abgeordnetenliste das Land berufen ist, sich endgültig bei den Wahlen zu entscheiden.

Der Generalrat der Arbeiterpartei beschloß in einer gestern im Volkshaus abgehaltenen Sitzung, im Einbernehmen mit der parlamentarischen Sozialistenfraktion, zusammen mit der liberalen Linken den Kampf zur Erlangung des allgemeinen, gleichen Stimmrechtes energisch fortzusetzen. Gleichzeitig wird die Auflösung des Parlaments verlangt.

Die liberale Presse feiert den Sturz des Ministeriums als einen Sieg der geeinigten liberalen und sozialistischen Parteien. Die liberale Presse ist niedergeschlagen. XX. Siede sagt, ein vom König in voller Freiheit gebilligter Gesetzentwurf solle einer Politik der Vorsicht zum Opfer und den Drohungen der Opposition.

Fest steht, daß das Schulgesetz gefallen und daß ein neues Ministerium die Regierungsgeschäfte bis zu den Wahlen im Mai 1912 fortführen wird.

## Frankreich.

### Die Kosten der Wingerunruhen.

Paris, 9. Juni. Der Wingerausschuß in Vaux-la-Tube hat nach Prüfung des Beschlusses des Ministerrats eine Resolution angenommen, worin er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß Ministerpräsident Monis, dem der Ausschuss bisher das größte Vertrauen entgegengebracht habe, die Weine aus dem Ausbegebiet durch die neuen Bestimmungen in Mitleid bringe.

Dem „Welt Journal“ zufolge belaufen sich die Kosten der durch die Wingerunruhen hervorgerufenen militärischen Besetzung des Champagnegebiets auf 420 000 Frank täglich. Die Gesamtkosten belaufen sich bisher auf annähernd 32 Millionen Frank.

## Türkei.

### Der albanische Aufstand und die Mächte.

Es heißt, daß Rußland die Absicht habe, eine Konferenz der Großmächte vorzuschlagen, die der Türkei den Weg zur Beendigung des albanischen Aufstandes weisen solle. Auch England habe die Absicht, den Mächten eine gemeinsame Aktion zur Beendigung des Blutvergießens vorzuschlagen. Mag auch die Nachricht den Ereignissen voraneilen, so zeigt sie deutlich, wie das Prinzip der Nichtintervention in die inneren türkischen Angelegenheiten, das nach der Revolution verkündet wurde, bereits in Vergessenheit gerät. Die Porte sucht sich natürlich gegen diese Einmischungen in ihre inneren Angelegenheiten zu wehren. Sie hat den türkischen Botschafter in Wien beauftragt, dem Minister des Keiserlichen Grafen Lehrental mitzuteilen, daß die publizistischen Auslassungen der offiziellen „Wiener Presse“ betreffs Albanien von falschen Voraussetzungen ausgehen und deshalb bei der türkischen Regierung großes Bedauern hervorgerufen haben. Die österreichisch-ungarische Regierung müsse wissen, daß die Behauptung, die Albanier würden mit übergrößer Härte behandelt, falsch sei und daß die türkische Regierung gewillt sei, im ganzen Reich Reformen durchzuführen.

Die türkische Presse führt natürlich noch eine schärfere Sprache. Die Frage ist nur, ob das der Türkei viel helfen wird. Ihre europäische Gebiet wird von Rußland, Italien und Oesterreich, ganz zu schweigen von den kleineren Balkanstaaten, als künftige Beute betrachtet. Gelingt es der türkischen Regierung nicht, in kurzer Zeit, sei es durch Waffengewalt, sei es durch Nachgiebigkeit, Ruhe in Albanien zu schaffen, so wird die Intervention der Mächte wahrscheinlich eintreten, es sei denn, daß ihre Rivalität ein gemeinsames Vorgehen hindert.

### Ausbreitung des Aufstandes.

Wien, 8. Juni. Wie der Neuen Freien Presse aus Belgrad gemeldet wird, ist in Dajakwa ein Aufstand ausgebrochen; in der Umgebung wüthet zwischen Militär und Albanesen ein heftiger Kampf.

## Marokko.

### Der spanisch-französische Marokkokonflikt in der spanischen Kammer.

Madrid, 8. Juni. In der Kammer interpellierte der liberalen Partei angehörige frühere Minister Villanueva über Marokko. Er verlangte klare und bestimmte Erklärungen über die Grenzen der spanischen Einfluszone, deren kein Vertrag Erwähnung tut. Die Regierung sollte an irrationale Behauptungen

Geheimvertrag von 1904 zur Kenntnis bringen. Canalejas unterbrech Villanueva und erklärte, die Stunde sei noch nicht gekommen. Villanueva drückte sein Bedauern darüber aus, denn Spanien hätte ein Recht, diesen Vertrag zu kennen. Der Vertrag lege die Einfluszone fest, die begrenzt sei von dem Maraja, von Jannem und Luffa. Er bestimme außerdem, daß während der nächsten fünfzehn Jahre Frankreich in dieser Zone eine Aktion durchführen solle, die der Spaniens einrede mit der Einschränkung, daß es Spanien Redenshaft über seine Pläne gebe und daß nach Ablauf dieser Frist Frankreich immer mit dem Vorgehen in Marokko betraut werden solle mit der Verpflichtung, sich die Einwilligung Spaniens zu verschaffen. Die Spanier könnten also nach Tetuan, Sarratsch oder anderen Orten, wo es das Leben von Landsleuten zu verteidigen gelte, gehen, aber sie hätten nicht das Recht, von dem Gebiet Besitz zu ergreifen. Villanueva wiederholte, die spanische Grenzzone sei durch den letzten Vertrag klar festgelegt. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte dies für unrichtig. Villanueva erklärte weiter, daß es jetzt zu spät sei, sich nach Deutschland hinzuwenden. Spanien habe den günstigen Augenblick, der sich 1905 geboten, vorübergehen lassen und sei jetzt von keinem Interesse für Deutschland. Zu wem solle es also seine Klage wenden? Spanien müsse gewissenhaft die Verträge beobachten. Seine finanzielle und innere Lage unterlagte ihm gewisse Unternehmungen, auch könne eine Verständigung mit Frankreich nicht schwer sein. Ministerpräsident Canalejas erwiderte, er könne nicht in voller Freiheit antworten, weil die Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien noch andauerten. Seine Regierung könne man weniger beschuldigen, sich in kriegerische Unternehmungen zu stürzen sowie in Akte der Gewalttätigkeit zum Schaden der Rechte anderer Nationen. Die Unruhen in Marokko, fuhr der Ministerpräsident fort, haben uns dazu geführt, gegenüber den Stämmen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Man wundert sich, daß wir nicht gegen die französische Expedition nach Fes protestiert haben. Was hätten wir tun können? Frankreich hat in Fes eine von den Mächten anerkannte Mission. Die spanische Einfluszone bei Sarratsch ist nicht durch Verträge festgesetzt, sondern durch die Geschichte begründet. Wir werden uns weder von den abgeschlossenen Verträgen entfernen noch von denen, die sich aus den Verhandlungen mit Frankreich ergeben. Ohne Einzelheiten hierüber mitzuteilen, versicherte Canalejas, daß es sich keineswegs darum handle, den bestehenden Rechtszustand zu ändern. „Andere historische Rechte sind gut festgelegt und definiert; wir gehen auf keine Eroberung aus, es gibt keine internationale Gefahr.“ Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

### General Roiniers Strafexpeditionen.

Tanger, 9. Juni. General Roinier hat am 6. Juni Fes mit 2 Bataillonen Fußsoldaten und 500 Mann der Sultans-Mahalla verlassen. Nach einem äußerst schwierigen Marsch, bei dem er vielfach von einheimischen Stämmen angegriffen wurde, erreichte er gestern Mekines. Er wird sich dort nur kurze Zeit aufhalten, da er sich an den Scheich begeben will, um dort mit einer Truppe von 8000 Mann ein Strafgericht über den Stamm der Abega zu halten.

Eine amtliche Bestätigung über den Einmarsch der Franzosen in Mekines (eine Stadt ungefähr 50 Kilometer südwestlich von Fes) ist in Paris noch nicht eingegangen.

### Eine Rannesmann-Ente.

Paris, 9. Juni. Mehrere Berliner Blätter hatten vor einigen Tagen gemeldet, die deutsche Regierung habe eine Untersuchung über die Ausweisung eines Ingenieurs der Firma Rannesmann aus Debuu eingeleitet. Nach den von französischer amtlicher Stelle eingegangenen Erklärungen liegen dieser Meldung folgende Tatsachen zugrunde: Die französischen Behörden hatten bei der Vernehmung von Debuu vorsichtshalber alle Europäer erlucht, die Gegend vorläufig zu verlassen. Sämtliche Europäer unterwarfen sich auch dieser Aufforderung, ohne Einspruch zu erheben. Auch der in Rede stehende deutsche Ingenieur folgte dem Beispiel der übrigen. Es handelt sich daher nur um eine aufgedunsene Nachricht, welcher keine Wichtigkeit beizulegen ist.

## Aus der Partei.

### Der nächste Parteitag.

Der Ragdeburger Parteitag hat die Festsetzung des Ortes für den nächsten Parteitag ausnahmsweise dem Parteivorstand überlassen, der nun als Tagungsort Jena gewählt hat. Der Parteitag wird in dem dazu besonders geeigneten Volkshaus in der Zeit vom 10.—17. September tagen. Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: S. Müller und Fr. Gbert.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Ged.
4. Die Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter: H. Volkenduh.
5. Die Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. Vebel.

Vor dem Parteitag, am 8. und 9. September, wird die Frauenkonferenz tagen. Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Frauenbureaus. Berichterstatterinnen: D. Haader und A. Pleh.
2. Die Frauen und die Reichstagswahlen. Berichterstatterin: Mara Zeitlin.
3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Berichterstatterin: Mara Weyl.

### Die Behandlung des Genossen Wehlich im Gefängnis.

Soeben wird bekannt, daß dem Genossen Wehlich nach wie vor die Selbstbestätigung und Selbstbeschäftigung verweigert bleibt. Er geht auch noch immer in Sträflingskleidern. Dagegen sind ihm in den letzten Tagen doch einige Vergünstigungen gewährt worden, und zwar ist ihm gestattet worden, die „Rheinisch-Westfälische Zig.“ zu lesen und französische Sprachstudien zu treiben. Das ist zwar schon etwas, aber doch noch völlig ungenügend. Aus vorstehenden Umständen ergibt sich, daß die Strafvollstreckungsbehörde die angebliche Straftat Wehlichs als eine solche ansieht, die eine besonders schwere Sühne erfordert. Er hat einen Kopfen gekränkt und das ist das schlimmste, was in Rheinland-Westfalen ein Verbrecher sich zuschulden kommen lassen kann. Offenlich wird unserem Genossen nun bald volle Selbstbestätigung gewährt, so daß er von der Anfertigung von Papierhüllen für Sprengstoffe gänzlich befreit ist. Wie wir hören, befindet sich Wehlich gesundheitlich wohl.

Landtagswahltag. Im ersten städtischen Landtagswahlkreis des Fürstentums Neuwied fand am Donnerstag Erntewahl für den verstorbenen Genossen Hebler statt. Der Kreis wurde der Partei erhalten; Genosse Fischer siegte mit 636 Stimmen über den bürgerlichen Gegner, der 538 Stimmen erhielt.

Verhaftung türkischer Sozialisten. In Saloniki, wo zurzeit der türkische Sultan wohnt, sind nach einer Meldung der „Humanität“ drei der tätigen Sozialisten, die Genossen Venaroga, Sabetam Levi und Jona verhaftet worden. Für die Verhaftung liegt nicht der geringste Grund vor. Es handelt sich offenbar um einen alternativen Akt von „Anarchisten“-Recherche, den die Polizei des „sozialistischen“ jungtürkischen Systems von der Polizei der westeuropäischen „Kulturstaaten“ gelernt hat.

## Polizeiliches, Berichtliches usw.

### Vom stiefelischen Versammlungsrecht.

In Ragnit (Ostpreußen) stehen der Sozialdemokratie keine Lokale zur Verfügung. Einem Wirtin, die ihren Saal hergeben wollte, wurde sofort mit Herabsetzung der Polizeigebühren und einem anderem Lokalinhaber wurde angekündigt, daß er häusliche Veränderungen vornehmen müsse, wenn er das Lokal den Arbeitern gebe. Endlich war es gelungen, ein Gelände zu einer Versammlung unter freiem Himmel zu mieten. Die Polizei aber stellte folgende Bedingungen für die Benutzung: Der Abort sollte innerhalb fünf Tagen geleert, ein größerer Müllhaufen, der schon recht lange auf dem Platz sein stilles Dasein getrieben hatte, entfernt, der Schornstein ausgedefert, eine massive Dungsgrube angelegt und schließlich noch ein Graben gereinigt werden, in den die Abwässer der Gasanstalt fließen. Und all das, weil eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung geplant war. Bisher hatte die Polizei nicht daran gedacht, auf Befehl der Ratschänder zu bringen. Rummel wird die Polizeibehörde sicherlich auch von den anderen Hausbesitzern verlangen, daß sie den Urat befestigen, die Gräben reinigen, die Schornsteine ausbessern und massive Dungsgruben anlegen. Dann werden für die Stadt Ragnit herrliche Zeiten kommen. Und die besseren hygienischen Zustände haben die Bürger dann der Sozialdemokratie zu verdanken.

## Jugendbewegung.

### Die Lehrerschaft auf dem Jugendkongress.

Der ostpreussische Lehrertag hat einstimmig beschlossen, sich an der nationalen Jugendpflege zu beteiligen. Diese sei, wie der Referent anführte, aus „nationalen Bedürfnissen notwendig geworden“. Besondere Aufgabe des Lehrers werde es sein, dahin zu wirken, daß bereits die Schüler der oberen Klassen für die Veranlassungen der Jugendpflege gewonnen werden. Auf dem Lande lasse eine breite Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen, und da wäre es wohl der Schwere der Eltern wert, die Kluft zu überbrücken. . . Die Folge davon dürfe mehr Heimatliebe, weniger Bandesflucht sein.

Das sind die richtigen Schulmeister, die im Dienste der Ostelbier die Ausflügel der Jugend verhindern, um sie der agrarischen Ausbeutung zu erhalten. Und dieselben Schulmeister fliegen mit Recht über elende Bezahlung und Behandlung in Ostelbien und verlangen, daß man sie in ihrem Kampfe unterstütze. Was ihnen unbillig dünkt, für den Arbeiter wollen sie es erhalten und festigen.

### Sozialdemokratischer Jugendkongress in Norwegen.

An den beiden Pünktigen fand zu Lilleström der erste Kongress des norwegischen sozialdemokratischen Jugendverbandes statt. Daran nahmen teil 29 Delegierte und Vorstandsmitglieder sowie als Gäste ein Vertreter der norwegischen Arbeiterpartei und ein Vertreter der schwedischen Jugendorganisation. Der Verband zählt jetzt circa 650 Mitglieder und entfaltet eine eifrige Agitation im Sinne des Parteiprogramms. Dem dient auch das Verbandsorgan „Klassenkampf“ („Der Klassenkampf“), das bisher monatlich erscheint, aber, so bald genügend Mittel vorhanden sind, alle 14 Tage herauskommen soll. Im übrigen lasste der Kongress verschiedene Beschlüsse, die weitere Förderung der Agitations- und Aufklärungsarbeit zum Ziele haben und dafür zeugen, daß der Verband eine gründliche Durchbildung der Jugend und des Volkes in sozialistischem Geiste anstrebt. Dazu hält man auch, wie in einer besonderen Resolution ausgesprochen wurde, den Kampf gegen die Alkoholtränke und fräftige Förderung der Künstenbewegung für notwendig. Ebenso wendet sich der Verband scharf gegen den Militarismus wie auch gegen die religiöse Verdummung. In einer ziemlich langen Resolution wurde die Kritik des Jugendverbandes der Sozialdemokratie und zwar in einer radikal-sozialdemokratischen Weise und in einem gewissen Gegensatz zu der Auffassung, die jetzt, wie man annimmt, die Oberhand in der norwegischen Arbeiterpartei zu gewinnen scheint.

Soweit in der Resolution der zu Ostern dieses Jahres abgehaltenen Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie erwähnt ist, handelt es sich offenbar hauptsächlich um den auch im „Vormärts“ Nr. 99 mitgeteilten Beschlusse, wonach sozialdemokratische Gemeindevorsteher unter gewissen Voraussetzungen für einen bürgerlichen Vorsitzenden des Gemeinderats stimmen können.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein Bankrott in England.

Aus London wird der Zusammenbruch der Birkbeck-Bank gemeldet. Durch den Zusammenbruch der Bank sind viele kleine Leute ruiniert. Gestern in den späten Abendstunden hatten sich tausende Personen vor dem Gebäude der Bank im Holborn-Distrikt eingefunden, die in das Gebäude einzudringen versuchten; sie wurden jedoch von der Polizei zurückgehalten. Vor dem Bankgebäude spielten sich bewegte Szenen ab. Eine Frau hat ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von 1000 M. verloren, mit denen sie in wenigen Tagen mit ihrer Familie nach Amerika abreisen wollte. Einer der Polizeibeamten, die vor der Bank die Ordnung aufrechterhalten, war ebenfalls Kunde der fallenden Bank und befürchtet den Verlust seines Vermögens. Der Gesamtverlust wird von einzelnen auf 775 000 Pfund berechnet, während die Bank selbst erklärt, daß er sich höchstens auf 250 000 Pfund belaufen werde. Die Direktion der Bank erklärt in einem Rundschreiben, daß der Zusammenbruch auf die Finanzpolitik des gegenwärtigen Schatzkänglers Lloyd George zurückzuführen sei, namentlich auf den Niedgang des Kurses der englischen Staatspapiere, in denen die Bank einen großen Teil der Depositionen angelegt habe. In Wirklichkeit scheint jedoch das Kollapsereignis eine Nachweh des Kurses auf die Bank zu sein, der im vorigen Jahre gelegentlich des Zusammenbruchs des kleinen Darlehnsinstituts Charing Cross-Bank erfolgte. Damals soll die Bank in wenigen Tagen 60 Millionen Mark Depositionen zurückgezahlt haben; das Institut wurde damals von der Bank von England unterstützt.

Die Bank hatte schon zweimal seit ihrem sechzigjährigen Bestehen einen Run auszuhalten. Zuerst im Jahre 1892 während des berüchtigten Kraches der Liberator-Baugesellschaft. Das zweitemal im November des Jahres 1910, als ein Darlehnsinstitut, das sich Charing Cross-Bank nannte, zum Schaden vieler kleiner Leute zusammenbrach. Damals ließ die Bank von England der Birkbeck-Bank ihre Unterstützung, indem sie ihr binnen zwei Tagen zwei Millionen Pfund zur Verdisseidigung von Depositionsgläubigern zur Verfügung stellte. Die Birkbeck-Bank hatte das kleine Publikum dadurch an sich gezogen, daß sie auf Depositionen eine feste Zinsvergütung von 2½ Proz. gab, während die Großbanken einen veränderlichen und niedrigeren Zinsfuß gewöhren.

Die Jahresbilanz per Ende 1910 fehlt noch. Nach der letzten Bilanz per 31. März betragen die Depositionen 10½ Millionen Pfund. (Britische Staatspapiere und andere erlöslasse britische Anlagepapiere sind in der Bilanz mit 3 Millionen Pfund, andere Effekten mit 5½ Millionen Pfund angegeben.) Die Bank fungierte auch als Baugesellschaft und besitzt 30 Grundstücke in Londoner Vororten. Die Hypotheken sind aber in der letzten Bilanz bloß mit 715 000 Pfund ausgewiesen, fallen also nicht ins Gewicht. Der Posten „andere Effekten“ enthält fast 3 Millionen englische Kolonialpapiere, während fast 3 Millionen Pfund auf fremde Staatsanleihen, amerikanische und andere Eisenbahnschuldverpflichtungen entfallen.

# Gewerkschaftliches.

## Der Bund der technisch-industriellen Beamten und der Streikbruch.

Bei dem Streik der Maschinisten auf der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G., Abteilung Union in Dortmund, haben sich bekanntlich die Zentrumschriften mit ihrem Streikbruch offen gebrüht und sie haben offen zu ihm aufgefordert. Die „Christen“ hatten aber kaum ein halbes Dutzend Mitglieder, die in die verlassenen Stellen ihrer streikenden Arbeitsbrüder eingeschoben werden konnten. Das konnte Stinnes nicht retten. So wurden denn, um den Betrieb notdürftig aufrechterhalten zu können, auch Ingenieure und Techniker zur Streikarbeit herangezogen. Diese Beamten mußten Maschinen und Krane fahren. Die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ fragte damals, bei der Erwähnung dieser Tatsachen, wie sich der Bund der technisch-industriellen Beamten zur Verrichtung dieser Streikarbeit stelle.

Der vor kurzem abgehaltene Gautag des Bundes Rheinland-Westfalen vom Bund der technisch-industriellen Beamten hat nun zu der Frage Stellung genommen. In der Debatte über den Jahresbericht wurde der Streik auf der Dortmunder Union und der Streikbruch durch Techniker erwähnt. Es wurde dazu eine Resolution angenommen, wonach der in Duisburg abgehaltene Gautag des Bundes technisch-industrieller Beamten seine Mitglieder dringlichst auffordert, jedes Ansehen auf Verrichtung von Streikarbeit als mit der Standesehre unvereinbar auf das allerhöchste zurückzuweisen und die strikteste Neutralität in wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft zu beachten. Der Gautag erklärte, daß technische Angestellte, die Streikarbeit verrichten, nicht als Bundesmitglieder angesehen werden können.

Ob nun die Scham die Streikbruch predigenden Zentrumschriften überkommen wird? Wir bezweifeln es. Der Fachabteilungsteufel mit seiner Knechtliedmoral hat die Leute zu fest beim Kragen. Die „äristischen“ Agoure spüren diesen Teufel auch gut genug; sie dürfen es aber nicht zugeben, weil ihnen außerhalb der geistigen Sphäre vom „Sitz Berlin“ keine Luft mehr zum Atmen bleibt.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik der Parkettbodenleger.

In der gestrigen Versammlung der Streikenden wurde berichtet, daß zu den fünf Firmen, die bewilligt haben, eine sechste hinzugekommen ist. Im übrigen sind noch keine Änderungen der Situation eingetreten. Die Fabrikanten wollten gestern (Freitag) zur Beratung über die Forderungen der Streikenden zusammenkommen. Die Folge der Beratungen wird eine Änderung der Lage zugunsten der Arbeiter sein, denn die Situation ist für den Streik so günstig, daß die Arbeiter über den Erfolg desselben nicht im Zweifel sind. — Von den Arbeitswilligen der Firma Kampmeier haben sich einige dem Streik angeschlossen. Als besonders auffällig wurde bemerkt, daß sich unter denen, die jetzt noch bei Kampmeier Arbeitswilligendienste leisten, ein Mann mit Namen Ehrenfort befindet, der unter dem Sozialistengesetz für die Partei gekämpft, im Königsberger Prozeß eine Rolle gespielt hat, in letzter Zeit zu den Sozialisten übergetreten ist und nun als Arbeitswilliger die Interessen seiner Kollegen schädigt. Auch ein Bohner Penuh wurde als hervorragender Arbeitswilliger bei der Firma Weder bezeichnet.

#### Die Lohnbewegung der Schmiede.

In der Versammlung der Innungsgesellen, die am Donnerstagabend bei Voelker in der Webersstraße stattfand, berichtete der Geselle Engelhardt über Verhandlungen zwischen dem Gesellenausschuß und dem Vorstand der Berliner Schmiedeinnung. Ein Vertreter des Zentralverbandes wurde nicht zu den Verhandlungen zugelassen, aber im Interesse der Sache haben die Arbeiter davon abgesehen, endlich einmal die Angebote der Meister hören. Mit der Charlottenburger Innung kam es überhaupt noch nicht zu Verhandlungen, von der Hildorfer ist noch keinerlei Antwort erfolgt. Bei den Verhandlungen mit der Berliner Innung lagen diejenigen Forderungen der Arbeiter zugrunde, die bereits den Innungen eingereicht worden sind. Die Arbeitszeit von neun Stunden betreffend, einigte man sich, aber die Arbeiter verlangen an den Sonnabenden eine Stunde früher Feierabend, wenn die Stunde auch nicht bezahlt wird. In bezug auf die Mindestlöhne wurden vom Innungsvorstand die folgenden Vorschläge gemacht:

	jetzt pro Stunde	künftig
Für Schürmeister	60 Pf.	70 Pf.
Feuer- und Beschlagschmiede	55 "	65 "
Beschlagschmiede	50 "	60 "
Stoß- und Beschlagschmiede	46 "	55 "
Stoßgesellen	42 "	50 "

Nach einer lebhaften Diskussion in der Versammlung der Innungsgesellen, an der sich auch einige Meister beteiligten, erklärten sich schließlich die Gesellen damit einverstanden. (Die anwesenden Meister, die dem Innungsvorstand angehören, wohnen der Versammlung als Gäste, nicht als Beauftragte der Innung bei.) Die allgemeine Lohnzulage von 8 Pf., die von den Meistern abgelehnt wurde, hielten die Gesellen als Forderung anrecht, insofern aber nur, daß die Forderung auf 2 Pf. Lohnzulage ermäßigt wurde. Dieser Punkt wie andere Differenzen werden noch Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen Gesellenausschuß und Innungsvorstand sein. — Den Ausschlag von 20 Pf. für die Ueberstunden bewilligten die Meister. Die Forderung, daß an Sonntagen auf dem Arbeitsnachweis keine Arbeit vermittelt werden darf, haben die Meister abgelehnt, aber die Gesellen bestehen auf Erfüllung dieser Forderung. In bezug auf die Dauer des Tarifs wünschen die Gesellen, daß auf drei Jahre abgeschlossen werden sollte, wenn nach zwei Jahren die Minimallohne um 3 Pf. erhöht werden.

Die nächste Versammlung der Gesellen soll dann zu den weiteren Verhandlungen über die noch nicht erledigten Punkte Stellung nehmen.

**Mühlensarbeiter.** In der Dampfmühle von E. Goldacker, Besitzer Großbäckereibesitzer Eduard Goldacker, Brunnenstr. 129/130, bestehen noch die unglücklichsten Zustände in bezug auf Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt an manchen Tagen 16—18 Stunden, welche am Tage durch einige Stunden Pause unterbrochen wird. Von einer Befolgung der Bundesratsbestimmung vom 26. 4. 1899, wonach den Mühlensarbeitern eine ununterbrochene Nachtruhe von mindestens 10 Stunden gewährt werden muß, ist in der Dampfmühle Goldacker keine Rede. Oft kam es vor, daß ein Müller nachts 12 Uhr Feierabend hatte und um 5 Uhr früh wieder die Arbeit beginnen mußte. Um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen, ließen die Arbeiter der Goldackermühle durch den Verband der Brauerei- und Mühlensarbeiter einen Tarifvertrag einreichen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe regeln sollte. Zur Durchführung dieser Forderungen mußte zum Streik gegriffen werden. Am 27. Mai legten sämtliche Arbeiter der Dampfmühle von Goldacker die Arbeit nieder. Am 29. Mai unterzeichnete Herr Goldacker den Tarifvertrag. Eingehalten hat Herr Goldacker den Tarifvertrag der Müller aber nicht. Vielmehr wurden die Müller am Sonntagabend, den 3. Juni, sämtlich wegen Beteiligung am Streik ausgesperrt. Herr Goldacker hat er aber zwei andere Arbeiter eingestellt und wuschelt mit diesen in der Mühle so gut wie es geht fort. **Verantw.** Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Injeratenteil betannt.

Dem Vertrauensmann der Mühlensarbeiter sagte Herr Goldacker frei heraus: „Warum seid Ihr bei dem Streik heraustragend“. Für die Vertreter der Organisation ist Herr Goldacker überhaupt nicht zu sprechen. Mit den Vätern hat Herr Goldacker Frieden geschlossen. Nachdem seine Väterei als bewilligte „Väterei“ veröffentlicht ist, und er sich durch seine Injerate beim laienhaften Publikum als Arbeiterfreund eingeführt betrachtet, glaubt Herr Goldacker die Müller auf die Straße werfen und den Tarif brechen zu können. Darin sollte sich Herr Goldacker doch getäuscht haben.

Die Dampfmühle von E. Goldacker, Besitzer Großbäckereibesitzer Eduard Goldacker, Brunnenstr. 129/130, ist für organisierte Mühlensarbeiter gesperrt.

**Verband der Brauerei- und Mühlensarbeiter, Verwaltung Berlin.** Fernspr.: Amt 3, 4518.

**Achtung, Tölpel!** Die Sperre über die Firma Gustav Brunner in Königs-Lutherbäumen hat sich erledigt, da die Firma nunmehr den in Betracht kommenden Tarif unterschriftlich anerkannt hat. Die Verbandsleitung.

### Deutsches Reich.

#### Eine angenehme Betriebspensionskasse.

Die Magdeburger Straßenbahngesellschaft hat für ihren Betrieb eine sogenannte Ruhegehaltskasse eingerichtet, mit der, wie mit allen ähnlichen Einrichtungen, der Zweck verfolgt wird, die Angestellten an den Betrieb zu fesseln und sie zu hindern, an eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu denken, indem ihnen vorgegaukelt wird, daß ihre Arbeitgeberin für sie im hohen Alter sorgen wird. Die Pensionskasse ist niedrig fixiert und nur selten ein Angestellter zu dem Bezug des Ruhegeldes kommt, fällt natürlich allen, die nicht nachdenken, nicht weiter auf. Glücklicherweise sorgt die Organisation der Transportarbeiter dafür, daß möglichst wenige Angestellte sich jeglichen Nachdenkens enthalten.

Neuerdings hat nun auch die Direktion der Straßenbahngesellschaft selbst dafür gesorgt, daß sich die Zahl der Freunde dieser Ruhegehaltskasse nicht vermehrt. Sie hat nämlich ihren Angestellten mitgeteilt, daß sich bei Nachprüfung der Ruhegehaltskasse ein Fehlbetrag von nicht weniger als 59 228 M. herausgestellt habe und daß jeder Angestellte zur Deckung dieses Mantos einen von dem Mathematiker Dr. Röhde ausgerechneten Betrag beizusteuern habe! Auf die einzelnen Angestellten entfallen dabei recht erhebliche Beiträge, die mit einer, ja selbst mit zwei Doppelkronen nicht immer zu begleichen sind. Die Direktion ist zwar so gnädig, ratenweise Zahlung zu gewähren, aber damit wird sie die Anhänger der Pensionskasse keineswegs vermehren. Warum die Direktion übrigens wohl nicht daran denkt, den Fehlbetrag aus dem alljährlich weit über 1 Million Mark betragenden Betriebsüberschuß zu decken oder die eine halbe Million Mark jährlich übersteigenden Aufsichtsratsdividenden um den Fehlbetrag zu kürzen?

#### Schichtkampf und kaiserliche Werft.

Von der kaiserlichen Werft in Danzig sind bereits 400 Arbeiter wegen des üblichen Mangels an Arbeit entlassen. Es folgen auch noch weitere Kündigungen, obwohl im Unterseebootbau sogar Ueberstunden gearbeitet werden müssen! Allgemein fiel auf, daß die Entlassungen gerade während des nun schon acht Wochen dauernden Kampfes der Arbeiter der Schichtwerft vorgenommen wurden. Es behauptete sich das Gerücht, daß die staatliche Werfteleitung den Gefährdeten die Aufnahme der Arbeit als Randreißer auf der Schichtwerft empfohlen habe. Die Bestätigung dieser eigentümlichen Sozialpolitik, die schon in den Massenentlassungen deutlich genug hervortrat, hat nicht lange auf sich warten lassen. Die gestimmungslosen „Danziger Neuesten Nachrichten“ beschäftigen in der Form einer Ablehnung, gestützt auf amtliche Informationen der Direktion der Staatswerft, daß diese tatsächlich die Entlassenen auf die — „Arbeitsgelegenheit“ bei der Schichtwerft hingewiesen hat!

Diese intime Verbindung zwischen Staatsbetrieb und großkapitalistischem Herrendünkel beleuchtet die vielberufene Arbeiterfreundlichkeit der Flottenpolitik wieder von einer neuen Seite.

#### Die Leipziger Bädergehilfen

beschlossen in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Forderungen sind am 8. Mai der Bäderverwaltungsinnung zugestellt worden. Es wird in erster Linie Befestigung des in der überaus größten Zahl der Leipziger Bäder bestehenden Kost- und Logiswesens im Hause des Arbeitgebers gefordert. An dessen Stelle soll die Barentlohnung treten und wird für bisher gewährte Kost und Wohnung als Zuschlag zum bisherigen Lohne 12 M. verlangt. Der Mindestlohn soll in Zukunft 23 M. betragen. Des weiteren wird die Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Pf. gefordert. Die Arbeitszeit soll in Zukunft 12 Stunden betragen und hat in dieselbe eine Pause von einer Stunde zu fallen. In größeren, mit elementarer Kraft arbeitenden Betrieben soll die Arbeitszeit 11 Stunden mit einer Stunde Pause betragen. Hinsichtlich eines Ruhetages in der Woche wird gefordert, was das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anlässlich der dortigen Bäderbewegung als Schiedsspruch verkündet hatte. Des ferneren ist den Gehilfen an den hohen Feiertagen, Pfingsten und Weihnachten vom 1. bis 2. Festtage eine freie Nacht zu gewähren. Die Forderungen enthalten dann noch Bestimmungen über die Regelung des Lehrlingswesens, über die sanitären Verhältnisse in den Bädereien und über die Ueberwachung des zum schließenden Tarifvertrages. Gleichzeitig wird ein Kontrollrecht über den Arbeitsnachweis der Innung durch die Gehilfenschaft gefordert. Zugang nach Leipzig ist ferngehalten.

#### Schiedsspruch des Gewerbegerichts im Lohnkampf der Bäcker.

Die Einigungsverhandlungen in Rannheim hatten über die Beibehaltung oder Abschaffung des Logis beim Arbeitgeber zu keiner Einigung geführt, und wurde von Unternehmern und Arbeitern der Schiedsspruch des Vorsitzenden gewünscht. Rechtsrat Dr. Erdel hat nun einen Spruch gefällt, der im wesentlichen das Folgende besagt:

In den ersten zwei Jahren nach Beendigung der Lehrzeit haben die Gehilfen neben dem Tarif festgesetzten Barlohn als Naturalvergütung freie Wohnung beim Arbeitgeber; sie sind auf dessen Verlangen verpflichtet, bei ihm zu wohnen. Bei älteren Gehilfen ist diese Naturalvergütung nur dann zulässig, wenn der Gehilfe selber durch unterschriftlichen Antrag beim Tarifamt dieselbe ausdrücklich wünscht. Gehilfen, welche nicht beim Arbeitgeber wohnen, erhalten neben ihrem Wochenlohn 3 M. Wohnungsgeld pro Woche. Wenn Gehilfen beim Arbeitgeber wohnen, so ist der Mietvertrag unabhängig vom Arbeitsvertrag abzuschließen. Auch darf der Mietvertrag nicht mit dem Wohnungsgeld verrechnet werden. — Gehilfen, welche unpünktlich zur Arbeit kommen, können mit einer Geldstrafe belegt und im Wiederholungsfall zum Wohnen beim Meister verpflichtet werden.

Die Gehilfenvertreter haben den Schiedsspruch akzeptiert, während ihn die Bäderverwaltung abgelehnt hat. Derselbe tritt aber trotzdem in Kraft und wird der Tarifvertrag entsprechend ergänzt.

## Aus der Frauenbewegung.

### „Erwerbslose“ Frauen.

Solange das Privatigentum besteht, sind die Frauen rechtlos, sowohl dem Staate als auch dem Manne gegenüber. Mit dem Verkünnen der Rechte sind die Pflichten der Frauen nur zeitweise. **Die Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt**

und nur für Vereinzelte geringere geworden. In Zeiten, die längst hinter uns liegen, hat sich die Frau die Unterwerfung unter die Herrschaft des Mannes gefallen lassen; in anderer Beziehung hing damit ein bequemeres Leben für sie zusammen. Jahrhundert hindurch hatte der Mann alle Pflichten für das Auskommen seiner Familie auf seinen Schultern ruhen. Die Frau hatte nur mit dem, was der Mann von seinem Einkommen für den Unterhalt der Familie bestimmte, hauszuhalten. Ausnahmen von dieser Regel sind freilich jederzeit zu bezeichnen. Wo es sich z. B. um kleine Ackerbauer handelte, haben die Frauen neben den Arbeiten, die sie außer den rein häuslichen zu bewältigen hatten, auch zum großen Teil an den Sorgen um die Existenz teilgenommen. Aber immerhin, bei den patriarchalischen Familienverhältnissen vergangener Jahrhunderte, und diese herrschten besonders in den ländlichen Bevölkerungsteilen, hatte der Mann die Hauptverantwortung und die Hauptfürsorgen um alles zu tragen. Wie in diesen Schichten, so haben aber nach und nach in allen anderen die Sorgen und nicht zuletzt die Arbeitslast der Frauen gewaltig zugenommen. Das schließt natürlich nicht aus, daß bis in unsere Zeit hinein Ehefrauen genug vorhanden sind, die mühe- und sorgenlos durchs Leben gehen. Neben diesen, die, wie jeder weiß, fast ausschließlich der besitzenden Klasse angehören, gibt es Millionen, die das Gegenteil von sich behaupten können. An den Rechten der Frauen im allgemeinen hat sich blutwenig geändert, höchstens, daß durch das Ritterwerben und Ritterhalten der Familie manche Frauen energischer und selbstbewusster dem eigenen Manne gegenüber geworden sind. Noch und nach sind auch viele Männer sich dessen bewußt geworden, daß die Frauen, die neben ihrer häuslichen Arbeit noch irgendwelche Erwerbsarbeit zu verrichten gezwungen sind, äußerst geplagt werden. Gleich den mit ihrer Lage unzufriedenen Frauen selbst sind es nicht wenig Männer, die das Los der Frauen verbessern möchten. Dieses Bestreben hat sich ja die sozialdemokratische Partei zur Pflicht gemacht. Um so unbegreiflicher ist es nun, und es tritt häufig in die Erscheinung, daß von manchen dieser Männer die Arbeit der Frauen im Haushalt — eine Arbeit, die selbst in kleinen Familien einen ganzen Menschen fortwährend in Anspruch nimmt — als überhaupt keine Arbeit oder als sehr geringfügige angesehen wird. Könnte man sonst von erwerbslosen Ehefrauen reden? Wir haben und eben so sehr daran gewöhnt, nur das als wirkliche Arbeitsleistung anzusehen, wofür eine Bezahlung gegeben wird. Nun, in diesem Sinne ist die Arbeit der Frauen im Haushalt nicht zu bezeichnen; als Bezahlung ist das, was der Mann seiner Ehefrau gibt — die Ernährung, Kleidung usw. — nicht anzusehen. Das würde ja auch dem ganzen Wesen des Ehelebens widersprechen. Aber immerhin bleibt die Arbeit der Hausfrauen Arbeit, die anderenfalls, wenn sie nicht von der Ehefrau verrichtet würde, sondern von einer fremden Person, bezahlt werden müßte. Dabei darf auch nicht vergessen werden, mit welcher Sorgfalt und Aufopferung die Hausfrau in der Haushaltung schaltet und waldet; es darf vor allem nicht vergessen werden, wie groß die Umsicht und Kalkulationsfähigkeit der Hausfrau sein muß, um das Haushaltungsbudget über Wasser halten zu können. Der Ehemann so gut als Staat und Gesellschaft verdanken diesen „erwerbslosen Ehefrauen“ so unendlich viel.

Vom Verdienen, vom Gelderwerb hängt in unserer augenblicklichen Wirtschaftsweise alles ab; es ist traurig, daß sich dieses kalte rechnerische Problem bis in die intimsten Familienkreise hinein drängen konnte. Die Gleichberechtigung in den Familien läßt oft noch viel zu wünschen übrig. Hier tut Auffklärung dringend not. Sie scheitert aber noch gar zu oft an dem Starrsinn und an dem angeborenen und anerzogenen Herrscherstandpunkt des Mannes. Doch die sozialistische Lehre wird auch hier bahnbrechend wirken. Wie mancher hat schon durch ihr Einwirken manche seiner früheren üblen Eigenschaften abgelegt; noch viele werden durch den Sozialismus sich ganz von den althergebrachten Anschauungen und Handlungsweisen lösen. Durch die neuen wirtschaftlichen Umwälzungen ist mancher neue Zwiespalt hervorgerufen worden, der in unklaren Köpfen viel Unheil anrichtet; doch auch das wird beseitigt werden, wenn Männer und Frauen sich die Mühe geben, die Welt mit offenen Augen zu betrachten und aus den gewonnenen Einbrüden ihre Schlüsse zu ziehen.

## Letzte Nachrichten.

### Das Urteil im Badamargarinprozeß.

Der Angeklagte Johann Hinrich Mohr wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 700 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

### Vom marokkanischen Kriegsschauplatz.

Paris, 9. Juni. Die Agence Havas meldet aus Jedd vom 6. Juni: Die Marokkaner griffen in der vergangenen Nacht das Lager an, wurden aber durch Artilleriefeuer, das ihnen große Verluste beibrachte, zurückgetrieben. Die Kolonnen Delarab, Gouraud und Dalbiez rückten in der Frühe aus dem Lager, um die Beni Mer zu zerstreuen. Sechstausend Verber griffen die Kolonnen überaus erbittert an, wurden aber unter starken Verlusten von der Artillerie auseinander getrieben. Da die Bewohner von Whafil ihre Unterwerfung verweigerten, beschloß Artillerie ihre Stadtmauern, und eine Kompanie der Fremdenlegion zerstörte die Wohnungen der Häupter des Aufstandes. Auf französischer Seite fielen fünf Mann, zwanzig wurden verwundet.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Jedd vom 6. Juni hat ein Kurier die Nachricht überbracht, die Bewohner von Melines öffneten wieder den Verbern noch den Franzosen ihre Tore. Mulay Jil soll den Heiligen Krieg proklamiert haben. Ein anderer Kurier, der mittags eingetroffen ist, meldete, die Franzosen seien in Ain Sefru angekommen.

### Die albanische Frage in der italienischen Kammer.

Rom, 9. Juni. In der Deputiertenkammer erklärte der Minister des Aeußern Marquis di San Giuliano, daß die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo und des gegenwärtigen Gleichgewichts im Adriatischen Meere im Interesse Italiens gelegen sei. Er glaube, der beste Weg, dieses Ziel zu erreichen, sei gegenseitiges Vertrauen und ein geselliges Bündnis zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn. Der Minister äußerte seine Befriedigung darüber, daß die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen intime und herzliche seien und daß der beständige Gedenkaustausch über die großen Balkanfragen Italien täglich eine Befestigung der Uebereinstimmung der Ansichten und Ziele der beiden Regierungen gebe. Italien will an der Sicherung des Friedens mitarbeiten und wird keine gefährlichen Schritte unternehmen, wie die Befolgung eines der Vorschläge Chioffas einer wäre. Der Minister wies darauf hin, wie Chioffa in bezug auf die Anwenbarkeit des Artikels 23 des Berliner Vertrages auf die gegenwärtige Lage in Albanien im Irrtum sei, und versicherte, Italien wie die anderen Mächte hätten, ohne sich in die inneren Fragen des ottomanischen Reiches zu mischen, dessen hohes Prestige und schlagfertige Integrität sie zu erhalten wünschten. Itens freundschaftliche Vorschläge zur Röhigung und Klugheit gegeben. Italiens Politik habe ebenso wie die der anderen Großmächte die Integrität des ottomanischen Reiches zur Grundlage. Der Minister glaubt, daß das deutsch-französische Abkommen über Marokko vom 9. Februar 1909 kein italienisches Interesse verletze, vielmehr von neuem den Grundstein der wirtschaftlichen Gleichberechtigung besetzt. Er wird glücklich sein, wenn die Frage der Begrenzung der Rüstungen praktisch wird, ohne die militärische Verteidigung Italiens zu beeinträchtigen. Er schloß mit der Feststellung, daß sieben Schiedsgerichtsverträge laufen, während die Verhandlungen für neun weitere im Gange sind. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

### Eine weitere Hiobspost aus der Auiatik.

Tokio, 9. Juni. (W. T. B.) Die Militärflieger Hauptmann Tokujama und Leutnant Jio haben bei einem Sturz aus großer Höhe den Tod gefunden. **Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbül.**

### Zeche Radbod auf der Anklagebank.

Nach dem großen Grubenunglück vom 12. November 1908 führte man auf Radbod elektrische Grubenlampen ein. Später führte auch die Nachbargrube Werne diese Lampen ein. Auf letzterer Zeche hat man bereits ein verbessertes System dieser Lampen eingeführt, wogegen Radbod trotz der vielen Klagen über diese Lampen an dem alten System bis heute festhält. Die Lampen funktionieren so schlecht, daß sich der Arbeiterausbruch im letzten Jahre dreimal gezwungen fühlte, diese in den Sitzungen zur Sprache zu bringen, damit Remedur geschaffen würde. Es ist früher bereits von den Arbeitern festgestellt worden, daß 20 Proz. der Lampen überhaupt nicht funktionieren. Die Folge hiervon war: da man doch in der Grube ohne Licht überhaupt nichts sehen kann, die eingeführten Reflektoren schon in den ersten Stunden der Schicht verbraucht waren, zum Teil ebenfalls nicht funktionierten, aber Arbeit verlangt wurde und auch geleistet werden mußte, damit ein Lohn heraus kam, so kann man es verstehen, wenn es auch nicht zu billigen ist, daß einzelne die Lampen in der Grube selber zu öffnen und sie wieder in Ordnung zu bringen suchten. Dabei waren die Verschlüsse so mangelhaft, daß einzelne Leute die Schloßer schon auf dem Wege von der Lampenbude bis zum Schacht und bei der Einfahrt verloren haben.

Da man es auf Radbod gewohnt ist, alle Schäden und Krankheiten mit Radikalmitteln zu heilen, so ging man auch hier radikal vor, um die Beschwerden aus der Welt zu schaffen. Obgleich die einzelnen Leute oft wochenlang die ihnen angeführte Lampe nicht bekamen, ordnete die Verwaltung für den 11. Februar d. J. nach Beendigung der Schichten eine Revision sämtlicher Lampen an. Am 13., 14. und 15. Februar prangten daher circa 50 Mann je mit drei Mark im Schaulasten, weil bei der Lampenrevision an ihrer Lampe das Schloß gefehlt haben sollte. Außerdem aber wurden mehr als 40 Mann bei der Staatsanwaltschaft diesbezüglich angezeigt. Ein Verfahren, das man bisher nicht gekannt hat.

Man beabsichtigte hiermit, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Erstens wollte man die Beschwerden aus der Welt schaffen, zweitens wäre es doch zu schön, wenn, nachdem das Gericht in Münster das Verfahren gegen Radbod wegen der Schuldigen von der Katastrophe von 1908 eingestellt hat, man jetzt den Nachweis führen könnte, daß die bösen Bergarbeiter das Grubenunglück absichtlich herbeigeführt hätten, darauf angespielt hat man ja schon wiederholt.

Die erste Gerichtsverhandlung, die am 7. Juni vor dem Schöffengericht zu Werne a. d. Lippe stattfand, wo 18 Mann die Anklagebank zierten, brachte jedoch im Laufe der Verhandlung die Verwaltung von Radbod auf die Anklagebank.

Bei der Feststellung der Personalien, vor Eintritt in die Verhandlung, ergab sich folgendes: Zwei der Angeklagten waren 16 Jahre alt, zwei waren 17 Jahre, einer 18 Jahre, drei 19 Jahre und einer 20 Jahre alt. Also acht Mann, die nicht einmal 21 Jahre alt waren. Hierzu kamen noch eine Anzahl Ausländer, die man sich als Versuchssubjekt ausgesucht hatte.

Als Zeugen waren der Betriebsführer Berg, die Fahrsteiger Thiemann, Scheuch, Carrier und der Lampenmeister Echterhoff von der Staatsanwaltschaft bestellt, wovon letzteren die Ladung nicht zugegangen war und in letzter Stunde per Auto herbeigeschafft werden mußte.

Die Schilderungen der Angeklagten, wie es komme, daß Lampen ohne Schloßer abgegeben würden, können wir nicht im einzelnen wiedergeben, sie waren zusammengefaßt folgende: Die Strecken sind sehr eng, so daß die Wagen öfter an den Stempel stoßen. Die Schienenwege sind uneben und holperig, wodurch die Wagen hin und her schlagend, die Schloßer sind so locker, daß sie hierdurch schon verloren gehen. Auch beim Hantieren mit der Arbeit, sogar auf dem Wege zur Arbeit gehen die Schloßer verloren. Auch wollten sie die Lampen wiederholt ohne Schloß empfangen haben. Die Lampen waren bis zum 1. April in einem ganz miserablen Zustand. Die Lampen hatten die vorgeschriebenen 8 Stunden nicht aus. In einem einzigen Ausbruch kamen beim Schichtwechsel 23 Mann heraus, die im Dunkeln waren, da ihre Lampen erloschen waren. Alle Angeklagten, mit Ausnahme des 16jährigen G., beteuerten, die Lampe nicht geöffnet zu haben. Wenn bei der Revision, die ja in ihrer Abwesenheit vorgenommen sei, das Schloß gefehlt habe, dann könne es nur aus den erwähnten Ursachen verloren gegangen sein. Der Anwalt ließ feststellen, wie lange die Angeklagten schon auf der Zeche beschäftigt seien. Hierbei ergab sich, daß ein erheblicher Teil erst ganz kurze Zeit auf der Zeche arbeitet. Als erster Zeuge befand der Betriebsführer Berg folgendes: Wir haben die Lampen nicht in eigener Regie, sie werden von einem Unternehmer geliefert und unterhalten. Anfang Februar kam der Lampenmeister Echterhoff zu mir und sagte: Es fehlen in letzter Zeit sowohl Schloßer an den Lampen, Sie wollen mal Anordnungen treffen, daß das anders wird. Hierauf habe ich den drei Fahrsteigern Anweisung gegeben, an einem bestimmten Tage sämtliche Lampen nach der Schicht zu revidieren und die Lampennummer, wo sie etwas auszuweichen finden, zur Bestrafung zu melden. Es sind dann circa 50 Mann diesbezüglich mit 3 M. bestraft worden. Auf Veranlassung der Bergbehörde sind diese Leute dann noch der Staatsanwaltschaft

angezeigt worden. Auf Befragen gibt er noch an, daß selber habe keine Lampe ohne Schloß gesehen. Daß Lampen ohne Schloß zur Ausgabe gelangen, darüber läßt sich schwer etwas sagen. Es kommt oft vor, daß eine Lampe nicht funktioniert. Es kommt oft daher, daß sich der Mechanismus verfehlt hat, man braucht dann nur an die Lampe zu schlagen und sie funktioniert wieder; dies ist auch gestattet.

Anwalt: Dadurch kann aber die Lampe nebst Schloß leicht beschädigt werden.

Betriebsführer Berg: Schweigt.  
Ueber die Bergpolizeivorschriften und die Handhabung der Lampen werden die Leute nicht belehrt.

Fahrsteiger Sengel: Ich habe auf Anweisung am 11. Februar morgens mit zwei Steigern die abgegebenen Lampen revidiert und mehrere beschädigt und ohne Schloß gefunden. Es wurde mir vom Lampenmeister gesagt, die Lampen seien so abgegeben worden. Diese Leute sind dann bestraft worden.

Anwalt: Von wem erhalten die neu angelegten Leute eine Belehrung über die bergpolizeilichen Vorschriften und die Handhabung der Lampen?

Betriebsführer Berg: Die bergpolizeilichen Vorschriften hängen auf der Zeche aus, wer will, kann diese lesen.

Anwalt: Ist die Liste noch vorhanden, wonach die Leute damals bestraft worden sind?

Berg: Das bezweifle ich.

Fahrsteiger Thiemann: Da ich an dem dazu bestimmten Tage selber keine Zeit hatte, so habe ich zwei Steiger mit der Revision betraut. Wenn diese gemeldet haben, der ist bestraft worden. Ich bin der Meinung, wenn mal eine Lampe geöffnet wird, so geschieht das nicht aus Unvorsichtigkeit, sondern aus Reugierde. Diese Lampen sind jetzt noch etwas neues und da möchten die Leute den Mechanismus mal kennen lernen.

Anwalt: Wer belehrt die Leute über die bergpolizeilichen Vorschriften und die Handhabung der Lampen.

Thiemann: Von den Beamten geschieht dies im allgemeinen nicht. Die neu anfangen, erhalten ihre Belehrung durch ihre Mitarbeiter.

Der Anwalt schüttelt mit dem Kopf.

Fahrsteiger Carrier: Ich habe eigentlich die Aufsicht über die Lampen. Ich habe wiederholt Lampen ohne Schloß gesehen. Daß die Schloßer so leicht von den Lampen fallen können, bezweifle ich. Es ist eine bequeme Ausrede, wenn man das Schloß zertrümmert, so sagen, ich habe es verloren. Es sind viele Beschwerden gekommen, daß die Lampen nicht funktionieren. Wenn solche Beschwerden kamen, habe ich immer auf Abhilfe gedrungen. Zu Unrecht wird bei uns niemand bestraft.

Vorsitzender: Haben Sie gesehen oder einer der Beamten Beweise dafür, daß einer dieser Angeklagten das Schloß entfernt oder gar die Lampe geöffnet hat? Bemerken will ich noch, daß selbst wenn jemand das Schloß entfernt hat, damit noch lange kein Öffnen der Lampe verbunden sein braucht, nach Ihrer eigenen Erklärung.

Alle Beamten antworten auf diese Frage mit nein. Es ist ihnen nicht bekannt, daß ein Arbeiter die Lampe geöffnet hat.

Vorsitzender: Dann sind Ihre Aussagen ja nur Hypothesen. Die genügen aber nicht, um eine solche Anklage zu rechtfertigen. Zwischen dem Zeugen Carrier und den Angeklagten entspinnt sich ein längeres Frage- und Antwortspiel, aus dem wir kurz folgendes wiedergeben wollen:

Ist dem Zeugen bekannt, daß am Tage vor Pfingsten noch Lampen ohne Schloß zur Ausgabe gelangt sind?

Ist dem Zeugen weiter bekannt, daß vor 14 Tagen der Materialausgeber von der zweiten Sohle des Bergens bei der Abfahrt ein Schloß auf dem Kopf gefunden und in der Lampenbude abgegeben hat?

Ist dem Zeugen ferner bekannt, daß ein sehr bekannter Mann auf Radbod sein Schloß ebenfalls auf dem Wege von der Lampenbude bis zum Schacht verloren hat?

Ein Angeklagter überreicht einen Schein, der von einem Fahrsteiger und Fahrsteiger Scheuch unterzeichnet ist, wodurch ihm bestätigt wird, daß seine Lampe am 11. Februar beim Aufschlagen beschädigt wurde und das Schloß abgesprungen sei. Fahrsteiger Scheuch bestätigt dies.

Vorsitzender: Warum steht der Mann denn hier unter Anklage? Alles schweigt.

Es wird ferner festgestellt, daß dieser Mann auch mit 3 M. von der Zeche bestraft ist, trotzdem er vom Fahrsteiger einen Schein hatte, daß die Lampe auf Kosten der Zeche repariert werden sollte. Carrier antwortete auf die ihm gestellten Fragen wie folgt: Ich halte es für unmöglich, daß ein Schloß so leicht verloren gehen kann, ihm seien solche Fälle nicht bekannt. Daß Schloßer gefunden und in die Lampenbude getragen sind, sei ihm ebenfalls unbekannt. Die bequemste Ausrede ist ja die, man habe das Schloß verloren.

Lampenmeister Echterhoff trägt drei Lampen von je 8 bis 10 Pfund in den Saal und will hieran beweisen, daß die Lampen und Schloßer ausgezeichnet funktionieren. Es wird von den Angeklagten sofort darauf hingewiesen, daß Herr Echterhoff als Vertreter der Lampenfirma selbstverständlich das beste Material hier vorlegt. Aber auch hier wird durch Inaugenscheinnahme festge-

stellt, daß, wenn es erlaubt ist, wie Herr Betriebsführer Berg sagte, an die Lampe zu schlagen, wenn sie nicht funktioniert, diese bald arg beschädigt und das Schloß loder wird. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt er weiter zu, daß täglich 170 bis 180 Lampen in Reparatur gegeben werden müssen, das wären 10 Proz. sämtlicher Lampen. Somit komme jede Lampe jeden zehnten Tag in die Reparaturwerkstatt.

Somit war die Beweisaufnahme erschöpft.

Der Anwalt bemerkte, es kämen hier die §§ 45 bis 46 der Bergpolizeiverordnung vom Jahre 1900 in Frage, wonach eine beschädigte Lampe in der Grube nicht länger gebraucht werden darf und das Öffnen der Lampe in der Grube bei Strafe verboten ist. Alles dies sei keinem der Angeklagten bewiesen, nur der Angeklagte Pferdtrieb G. habe zugegeben, daß er das Schloß von der Lampe entfernt habe, um dies wieder in Ordnung zu bringen, was er auch fertig gebracht habe. Er beantrage daher für alle anderen Angeklagten die Freisprechung, für G. eine Geldstrafe von 3 M.

Das Urteil ging dahin: 11 Angeklagte werden freigesprochen. Gegen G. wird neuer Termin angesetzt, um zu prüfen, ob die Angeklagten ihre Lampe, nachdem sie im Betrieb beschädigt war, noch länger im Gebrauch gehalten haben. G. wird mit 3 M. bestraft.

### Die Backmargarine-Vergiftungen vor Gericht.

Altona, den 9. Juni 1911.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen stellte Verteidiger Justizrat Waldstein den Betriebsleiter Klagen als Zeugen über folgenden Umstand zu hören: Die Firma Rohre u. Co. hat Margarine der Marken „Frischer Mohr“ und „Luisa“ in genau der gleichen Zusammensetzung wie die angeklagte gesundheitsgefährliche, also mit 5 Proz. Cardamomöl, 71 Personen, Beamten und Arbeitern ihrer Fabrik, sowie des Gastwerkes verabreicht, und obgleich Mengen bis zu 8 Pfund konsumiert wurden, haben sie doch niemandem geschadet. Außerdem ist dieser Konsum unter Kontrolle gewesen, was wir von den Zeugen für Gesundheitsgefährdungen nicht wissen. Wir haben diesen Beweis selbst durchführen müssen, da ihn und die Behörde abgelehnt hat. — Gerichtsarzt Dr. Lenhardt: Mir schienen solche Versuche nicht notwendig, da ja

so viele Fälle von Gesundheitsgefährdungen erwiesen

waren. Uebrigens sind die Proben mit später angefertigter Margarine gemacht worden, statt mit der gleichen, an der die Leute erkrankten. — Staatsanwalt Dr. Schulenburg: Ich bin deshalb gegen den Antrag, weil doch nachgemessen werden mußte, was unmöglich ist, daß diese Proben gänzlich unbeeinflusst waren, daß nicht etwa Gegenstoffe gerichtet worden sind und daß das Probenmaterial die gleiche Zusammensetzung hatte wie die ursprünglichen Marken „Luisa“ und „Frischer Mohr“. — Vert.: Selbstverständlich soll Klagen auch die Identität des Materials bekunden. — Der Gerichtshof verurteilt zwar keinen Beschluß, tritt aber in die neuerliche Vernehmung des Betriebsleiters Klagen ein. — Zeuge Klagen: Die im März zu den genau kontrollierten Proben verwendete Margarine entsprach in ihrer Zusammensetzung genau den Marken „Luisa“ und „Frischer Mohr“ vom Ende November des Vorjahres. Es waren 71 Leute, die die Margarine gegessen hatten; sie hat keinem auch nur im mindesten geschadet. — Ueber die Art der Kontrolle der Zusammensetzung und die Mengen der einzelnen Bestandteile in den zwei Zeitpunkten entspinnt sich langwierige und rein betriebstechnische Auseinandersetzungen. — Ein Sachverständiger: Wir haben verschiedentlich gehört, daß die mit Cardamomöl bereitete „Bada“ viel schöner war als diese Ware sonst. Ist es da ganz ausgeschlossen, daß diese so außerordentlich schöne „Bada“ als „Frischer Mohr“ verkauft wurde? Dann würde es sich bei den 5 Proz. Cardamomöl in der „Bada“ gleich erklären, warum am „Frischen Mohr“ im November Leute erkrankten, am „Frischen Mohr“ im März aber nicht! — Zeuge Klagen: Es bestünde schließlich die Möglichkeit einer solchen Verwechselung; aber ich weiß nichts davon und glaube nicht daran. — Angekl. Mohr: Von Cardamomöl sind insgesamt 800 000 Pfund erzeugt worden. — Es entspinnt sich eine längere Aussprache über innerbetriebstechnische Fragen, wobei der Angekl. Mohr erklärt: Ich sehe erst jetzt aus der Aussage des Chemiker Pelzer, daß unsere Verabredung, Cardamomöl nicht mehr zu verwenden, noch vier Tage lang nicht befolgt worden ist. — Vert. Waldstein: Also, Herr Pelzer, Mohr hat es Ihnen überlassen, diese Anordnung durchzuführen. — Zeuge Altenborn, Vertreter Mohrs in Berlin: Ich habe täglich etwa 30 bis 40 Zentner Margarine von Mohr bezogen. Von der angeklagte verdorbenen Margarine bekam ich 54 Pfund. Mir ist nur ein einziger Erkrankungsfall bekannt geworden, von einem, der 3 Pfund bezogen hatte. Es war also die übrige Ware gut. — Staatsanw.: Das können Sie nur annehmen. Tatsache ist, daß in Berlin mehr Erkrankungsfälle vorgekommen sind. — Sodann werden die Protokolle über die Versuche vorgelesen, die Dr. Usher in Hamm (Westf.) nach den dort vorgekommenen Er-

Der Schankwirt: ... und wir den Preis der Getränke.  
Alle Weide: Der gute dumme Konsument ist ja immer noch zum Geruchtwort da.

Die Statistik. Aber lieber Freund, die Statistik liefert doch unüberlegliche Beweise: Mehr als 51 Proz. der arbeitenden Bevölkerung wird mehr als 65 Jahre alt.  
Was ichon sein. — Aber da liegt der Hund begraben: ich gehöre zu den 49 Proz., die vorher krepierten. Ich arbeite in einer staatlichen Streichholzfabrik.  
Aus der Sondernummer der „Assiette au beurre“.

### Notizen.

— Arbeiterkarten zur „Drestie“. Die zur „Drestie“ („Das Opfer am Grabe“) im Jirkus Wusch am Sonnabend, den 17. Juni, abends 8 Uhr, für Gewerkschaften und Mitglieder der freien Volkshäuser und der Neuen Freien Volkshäuser reservierten, ermäßigten Billets sind nur erhältlich bei Dorff, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

— Ein Massenkongress wird zum ersten Male am 26. Juli in London zusammenzutreten, für den Vertreter von 50 Ländern oder Staaten aus allen Erdteilen ihre Teilnahme zugesagt haben. Offizielle Sprachen des Kongresses werden sein: Englisch, Deutsch, Französisch, Italienisch; für die anderen Sprachen, auch die orientalischen, werden Dolmetscher gestellt. Die Referate werden bereits im Juni in englischer und französischer Sprache erscheinen.

— Unberechtigte Vorwürfe gegen einen deutschen Archäologen. In der griechischen Kammer zu Athen interpellierte der Abg. Carapanos den Kultusminister über die griechischen Zeitungsberichte, welche den Leiter des deutschen archäologischen Instituts, Professor Dörpfeld, beschuldigen, Altortümer unterschlagen zu haben. Der Kultusminister antwortete, eine offizielle Anschuldigung sei von keiner griechischen Behörde erfolgt. Auf seinen Befehl habe sich der archäologische Rat des Ministeriums mit der Sache befaßt. Dieser habe sich einstimmig dahin geäußert, daß absolut kein Grund zu einer solchen Verdächtigung vorhanden sei. Uebrigens sei Herr Dörpfeld nach der Meinung des Ministeriums über jeden solchen Verdacht erhaben.

### Kleines feuilleton.

Holz in der modernen Technik. Es gehört zu den eigenartigsten Erscheinungen der modernen Kulturentwicklung, daß eben dieselben Materialien und Kräfte, die der technische Fortschritt verdrängt, ihrerseits mit Hilfe der weiteren technischen Eroberungen den Kampf um die Existenz aufs neue aufnehmen und nicht selten mit schönem Erfolg. In dieses Kapitel gehört der Kampf zwischen Dampfmaschine und Dynamomaschine, zwischen Gas und Elektrizität und neuerdings, wie es den Anschein hat, zwischen Holz, als Baumaterial, und Stein und Eisen. Als Baumaterial hat Holz viele nicht zu unterschätzende Vorzüge. Sein geringes Gewicht, seine Elastizität und Festigkeit, die derselben anderer Baumaterialien nicht viel nachgeben, und nicht zuletzt seine Billigkeit, sind Eigenschaften, die vom Standpunkte der Bautechnik besonders wertvoll erscheinen. Und wenn das Holz, namentlich im Hochbau, durch Eisen und Stein so schnell und gründlich verdrängt worden ist, so haben das in erster Linie seine leichte Brennbarkeit und geringe Widerstandsfähigkeit gegen Fäulnisreger und schädliche Insekten verschuldet. Der Verfall dieser beiden Mängelstände gälten die Anforderungen der modernen Technik, die besonders im letzten Jahrzehnt von manchem Erfolge gekrönt worden sind.

Was zunächst den Schutz des Holzes gegen Fäulnis sowie gegen die Angriffe der Bohrer, insbesondere des Bohnwurms anbelangt, so haben wir jetzt auf diesem Gebiete verschiedene Imprägnierungsmethoden, die sich, soweit die Versuchsergebnisse vorliegen, aufs beste bewähren. Hier ist vor allem die Teeröl-Imprägnierung zu nennen, die in den letzten Jahren eine bedeutende Verbilligung und Verbesserung erfahren, was nicht wenig dazu beigetragen hat, die Position des Holzes im Eisenbahnbau und beim Bau von Telegraphenlinien zu retten und dem Vordringen der eisernen Unterlagsschwellen einen Dämpfer aufzusetzen. Die gleichen Dienste hat das Teerölverfahren im Wasserbau erwiesen, denn das Teeröl zeigte sich als ein ausgezeichnetes Mittel, nicht nur dem Fäulnisreger, sondern auch den Angriffen des Bohnwurms mit Erfolg zu begegnen. Während das nicht imprägnierte Eichenholz besser Qualität in zwei bis drei Jahren dem dem Bohnwurm angegriffen wird, daß es sogar bei geringem Seegang in sich zusammenbricht, zeigten die mit Teeröl behandelten Kiefernbohlen nach der fünfjährigen Versuchszeit keine Spuren von Bohnwurm. Auch im

Vergbau — um noch ein wichtiges Gebiet, wo das Holz massenweise zur Verwendung kommt, zu streifen — erlaubt die Imprägnierung, diesmal mit sog. Bielefals (resp. Nieselfuoratrium), der Verwitterung vorzubeugen und so die Nutzungsdauer des Holzes bedeutend zu erhöhen.

Kommt es in allen diesen Verwendungsgebieten hauptsächlich auf die Dauerhaftigkeit des Holzes an, so ist es für den Hochbau vor allem wichtig, die Widerstandsfähigkeit des Holzes gegen Feuergefahr zu steigern. Wenn es sich auch nicht mehr darum handeln kann, die alte Position des Holzes im Hochbau zurückzuerobieren, denn vielen Ansprüchen der modernen Technik würde auch das feuerfeste Holz nicht genügen, so zeigt doch schon ein Blick in die Statistik der Dachstuhlbrände, welche ein großer Fortschritt für den Hochbautechnik in Herabminderung der Entflammbarkeit des Holzes liegt. Dieser Fortschritt ist schon tatsächlich vollzogen, indem es durch Imprägnierung des Holzes mit verschiedenen Salzlösungen gelungen ist, das Holzmaterial herzustellen, das, wie Brandversuche in Tegel im August vorigen Jahres erwiesen haben, sogar bei 1000 Grad Hitze noch intakt bleibt. Da die Kosten dieses Imprägnierungsverfahrens nur etwa 10 bis 15 M. pro 1 Kubikmeter betragen, so dürfte auch im Hochbau das Sterbegeldlein des Holzes nicht so bald schlagen, wie es zuerst nach den Nieselfuorfortschritten des Eisen- und Eisenbetonbaues den Anschein hatte.

### Humor und Satire.

Die Bilanz des Arbeiterpensionsgesetzes.  
Der Bourgeois: „Der Vorteil des neuen Gesetzes ist, daß es keine Bettler mehr geben wird. Wenn Sie wirklich einen sehen, können Sie sich mit Genehmigung sagen, daß es ein armes Luder von Gelehrten oder Künstlern ist.“  
B.: „Ach ja, von jenem Lumpengesindel, für die das Gesetz nicht gemacht ist.“

Schlau. Wir, gnädige Frau, leben von jetzt ab im Hotel. Wir werden da von einem Personal bedient, demgegenüber wir nach dem Gesetz keine Vertragspflichten haben.

Der Schlächter: Um die Beiträge für meine Angestellten wieder einzubringen, werden wir die Fleischpreise noch mehr steigern...

Krankungen unternommen hat. Die chemische Analyse hat kein Vorhandensein von metallischen Giften oder Alkaloiden ergeben. Darauf wurden Tierversuche an Meerschweinchen unternommen. Die Tiere sind

nach dem Genuß aller drei Sorten erkrankt.

Diejenigen, die mit „Bada“margarine gefüttert waren, sind nach 24 Stunden zugrunde gegangen. Sie waren sehr abgemagert, so daß sie 1/4 ihres Gewichtes verloren haben. Sie sind an Darmkatarrh eingegangen, und es wurde eine starke Eiweißausscheidung konstatiert. Diejenigen, die „Luisa“ und „Fischer'sche“ bekommen hatten, sind auch erkrankt, aber nach einigen Tagen wieder genesen; dagegen sind diejenigen, denen Cardamomfett direkt gegeben wurde, zugrunde gegangen. Andererseits aber hat sich die I-Margarine als gänzlich unschädlich erwiesen. — Es wird dann eine Anzahl von Zeugen aus Westfalen und aus der Gegend von Wolfenbüttel vernommen, in deren Familien Erkrankungen vorgekommen sind. Dr. Herrmann in Groß-Denk bei Wolfenbüttel hat zwei erkrankte Familien behandelt. — Bert.: Herr Doktor, halten Sie es nicht für möglich, daß die Erkrankungen in der einen Familie eine Folgeerscheinung der Suggestion durch die Erkrankungen in der anderen Familie gewesen sind? — Zeuge Dr. Herrmann: Das halte ich für ganz ausgeschlossen, wenn ich die Schwere der Erscheinungen, die einem Kollaps gleichen, ins Auge fasse. Ich halte eine Suggestion für gänzlich ausgeschlossen. — Zeugin Frau Brauer aus Bittmar sagt aus, daß sie stets Margarine von Rohre bezogen habe, auch zu der Zeit, als die Erkrankungen erfolgten, und daß sie die Margarine sofort an ihre Mitbewohner abgegeben habe, ohne daß irgend jemand erkrankt wäre. — Darauf trat die Mittagspause ein.

Zu Beginn der Nachmittagsung wird das Beweisverfahren geschlossen und zur

#### Vernehmung der Sachverständigen

geschritten. — Fabrikant Bornheim, Vorsitzender des Verbandes deutscher Margarinefabriken, Köln, erklärt: Tierversuche wurden vor den zur Kaufgabe stehenden Fässern niemals vorgenommen. (!) — Bert. Waldstein: Ist Ihnen bekannt, daß in neuerer Zeit wiederholt bis dahin unbekannte Pflanzenfette zur Nahrungsmittelfabrikation verwendet wurden? — Sachverst.: Ja; ich würde mir allerdings erst Gewißheit über ihre Verwendbarkeit beschaffen haben. Auf diesem Standpunkt stand ich auch schon vor dem Bekanntwerden der Fälle mit der „Bada“margarine. — Gerichtschreiber Dr. Langensfurd: Tierversuche sind in solchen Angelegenheiten durchaus unangebracht und ungewöhnlich. Es werden höchstens vergleichende Versuche über den Nährwert verschiedener Fütterungsmittel vorgenommen. Ich bin seit 31 Jahren in dieser Branche tätig, aber von Tierversuchen ist mir nichts bekannt geworden. — Staatsanw.: Hätte der Angeklagte die Verwendbarkeit des Cardamoms nicht auch durch Verdauungsproben feststellen können? — Sachverst.: Er konnte ja gar nicht zu dem Verdacht kommen, daß das Fett nicht gut sein könnte. Uebrigens habe ich jedenfalls den Fabrikanten Rohre, als er mich um Rat fragte, dahin aufgeklärt, daß ein neues Fett in der Margarine enthalten sei,

vor dessen Verwendung ich ihn warnte.

— Angekl.: Das muß ich entschieden bestreiten. Der Sachverständige hat mir nur gesagt, das Fett ist schön und gut, es hat nur eine hohe Zähigkeit, aber sonst sei es in keiner Weise bedenklich. — Der hieraus entstehende Widerspruch kann im Laufe der Verhandlungen nicht ganz ausgeklärt werden. — Sachverständiger Dr. Polasek: Herr Kollege, wäre es denn nicht bei neueren Fabriken Fetten wenigstens notwendig, darauf zu achten, ob sie in ihrem Ursprungslande von Eingeborenen als Nahrungsmittel verwendet werden? — Sachverständiger Langensfurd: Es gibt Fette, die im Heimatlande genießbar sind, aber hier schon ganz zerfällt ankommen. — Sachverständiger Colmar, Direktor der Oelfabriken Bremen: Ich würde ein unbekanntes Fett ohne weiteres verwenden, wenn es von Chemikern für einwandfrei erklärt worden ist. Ich war der erste, der seinerzeit die Kolodbutter fabriziert hat, obgleich keinerlei Tierversuche vorgenommen sind.

Nachdem sich noch mehrere Sachverständige in einem für den Angeklagten günstigen Sinne ausgesprochen hatten, erklärte Sachverständiger Dr. Bremer, Vorstand des Untersuchungsamtes der Stadt Harburg, daß er auch in der Marke „Luisa“

#### Schädliche Stoffe vorgefunden

habe. Ich leite das Institut seit 1908 und halte viele Fütterungsversuche für unbedingt notwendig bei Nahrungsmitteln. — Angekl.: Haben Sie schon vor meiner Affäre jemals Fütterungsversuche vorgenommen? — Sachv.: Seltener. — Angekl.: Haben Sie überhaupt schon solche Versuche vorgenommen? — Sachv.: Ja, aber in meiner früheren Stellung. — Angekl.: Und in Ihrer jetzigen? — Sachv.: Nein! (Bewegung.)

Sachverständiger Dr. Bischoff, vom Königl. Institut für Infektionskrankheiten in Berlin: Als ich von dem Cardamom und von der „Bada“margarine las, erinnerte ich mich sofort daran, daß ich vor einigen Jahren in einem Präparat Rühbutter das gesundheitsgefährliche Öl der Pflanze Ananarsodium entdeckt hatte. Das Cardamom ist eine ganz ähnliche Substanz, aber das gereinigte Cardamom, das ich selbst probiert habe, war mir in keiner Weise schädlich.

Fabrikdirektor Salagel-Wilhelmsburg: Es mußte unbedingt ein Chemiker mit der Untersuchung der zu Nahrungsmitteln verwendeten Materialien beauftragt werden. Und wenn er diese Untersuchungen richtig durchgeführt hätte, dann wäre die Gefährlichkeit des Oels auch sicher festgestellt worden. Dies ist hier verabsäumt worden.

Vorsteher der Nahrungsmittelabteilung des staatlichen hygienischen Instituts in Hamburg Dr. Lendrich: Der Chemiker und der Fabrikant hätten für ihre Person die Ware

#### erst untersuchen müssen,

ehe sie dieselbe an andere Personen weitergegeben haben. Sie hätten zum mindesten selbst Kontrollproben vornehmen müssen.

Direktor der Schmelze des Zentral-Schlachthofes Hamburg Detjen: Der Fabrikant oder wenigstens der Händler, der das Öl verkauft hat, mußte die Garantie übernehmen können für das, was er verkauft. In diesem Fall war es der Agent Böhl, der die Herkunft des Oeles nicht angegeben hat. Um so vorsichtiger aber hätte der Fabrikant sein müssen, und er hätte sich erst genau über die Eigenschaften des von ihm gekauften Produktes informieren müssen.

## Soziales.

### Der englische Genossenschaftstag.

Der 42. Genossenschaftstag für Großbritannien und Irland, der zu Pfingsten in Bradford getagt hat, war von etwa 1500 Delegierten besucht, dabei Vertreter der Kolonien und des Auslandes, einschl. Rumänien und Japan. Der Jahresbericht für 1910 ergab eine Mitgliederzahl von 2 585 300 (+ 78 500), einen Gesamtumsatz, einschl. der in den Verläufen der einzelnen Genossenschaften wiederkehrenden Umsätze der beiden Groß-Einkaufsgesellschaften (nahezu 700 Millionen Mark), von 2 277 Millionen Mark (+ 54,5 Mill.), einen Gesamtüberschuß von 245,8 Mill. (+ 0,8 Mill.).

Der Eröffnungsredner Mr. Thorpe wies auf die Bestrebungen zweier Genossenschaften nach Befreiung eines allgemeinen Mindestlohns für Genossenschaftsangehörige (24 Schilling wöchentlich für 21jährige männliche, 17 für 20jährige weibliche) hin. Er erklärte sich zugunsten solcher Mindestlöhne, in dessen Mafße die Konkurrenzfähigkeit der Genossenschaften mit den Privatgeschäften gemehrt werden. Deshalb sei es Pflicht der Angehörigen, die genossenschaftliche Entwicklung und den Absatz ihrer Waren möglichst zu fördern, ferner sich gewerkschaftlich zu betätigen und auf die Erhöhung der Löhne auf der ganzen Linie hinzuwirken.

Eine lebhafteste Erörterung rief der Aufruf des Parlamentarischen Komitees zur Parlamentswahl hervor. Das Komitee hatte die Genossenschaftler aufgefordert, im Sinne unbedingter Erhaltung der verfassungsmäßigen Volksrechte bei den Wahlen zu wirken, was sich gegen die Konservativen richtete. In der Diskussion wurde teils gegen jede Vereinzigung politischer Fragen protestiert, da die Konservativen 40 Proz. der Mitglieder ausmachten, teils der Aufruf verteidigt, teils auch die Schaffung einer besonderen genossenschaftlichen Parlamentsvertretung gefordert. J. Addison erklärte, daß der Aufruf an sich seiner eigenen Auffassung entspricht, daß es aber besser sei, jede politische Frage draußen zu lassen. „Lassen wir die Politiker einmal in unsere Bewegung herein, so werden sie von Anfang bis zu Ende ausnützen. (Beifall und starker Widerspruch.) Wir haben hier ein großes gemeinsames Arbeitsfeld und dürfen nicht tun, was selbstständigen Konservativen das Zusammenarbeiten unmöglich machen müßte. Wir brauchen alle und dürfen keinen ausschließen.“ Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Eine Resolution wurde gefaßt, die das Zusammenwirken mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften (jetzt 411 (+ 34) mit nahezu 40 Millionen Mark Umsatz) begründet, ebenso eine von Addison beantragte und dem Abgeordneten Genossen Barnes beantwortete zugunsten der internationalen Friedensbewegung und der Schiedsverträge. In einer besonderen Sitzung für Bildungszwecke wies die Hauptrednerin Margarete Mcmillan darauf hin, daß die Vereine rund 1 800 000 Mark für Bildungszwecke abgeben. Sie empfahl die Errichtung von Landhochschulen nach dänischem Muster.

### Verichtigung.

Unter der Ueberschrift „Ein schlafertiger Seifenhändler“ brachten wir in unserer Sonntagsnummer den Bericht über eine Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht, monach der Seifenhändler Wasserbrogel einer Verkäuferin während eines Streites eine derartige Dörftige gegeben habe, daß die Verkäuferin dauernden Schaden am Gehör erlitt. Durch einen bedauerlichen Höflichkeit des Berichterstatters ist der Seifenhändler Wasserbrogel in dem unbedingten Verdacht gekommen, die Ausdehnung begangen zu haben. In Wirklichkeit ist der schlafertige der Schleifen- und Blusenhändler Martin Wasserbrogel, Zimmerstraße 68. Herr Artur Wasserbrogel, der in Berlin eine größere Anzahl Seifenfabriken unterhält, steht also mit dem schlafertigen Schleifenhändler in keiner Verbindung.

## Gerichts-Zeitung.

### Beim „Gemeinnützigen Verein für Rechtsanlauf“

hatte in seiner Anwaltskanzlei in der Lindauer Straße im Sommer 1909 eine Frau Krösche gegen einen Herrn Redlich um Rechtsanlauf gebeten. Gegenüber dem damaligen Leiter der Anwaltskanzlei, einem Dr. jur. Heilmannsparger, machte Frau Krösche in der Unterredung mit ihm eine abfällige Bemerkung über einen früher von Frau Redlich geleisteten Eid. Dr. Heilmannsparger hörte die Ratsuchende an, nahm ihre Informationen entgegen und ließ sie noch mehrfach zu sich kommen, weil er weiteres Material in der Sache Redlich brauchte. Nicht lange danach wurde der Frau Krösche bekannt, daß inzwischen Herr Dr. Heilmannsparger sich mit einer Tochter des Herrn Redlich verlobt hatte. Rechtsanlauf hätte Frau Krösche sich jetzt nicht mehr bei Dr. Heilmannsparger. Später kam es zu einer Klage des Ehepaars Krösche gegen Frau Redlich, die über die Eidesverletzung des Herrn Krösche und seiner Frau sich abfällig geäußert haben sollte. Frau Redlich erhob Widerklage gegen Frau Krösche wegen jener sich auf den Eid der Frau Redlich beziehenden Äußerung, die Frau Krösche in der Rechtsanwaltskanzlei gegenüber dem Dr. Heilmannsparger getan hatte. Vor dem Amtsgericht Berlin-Weidling erbeite die Klageverhandlung damit, daß Frau Redlich und auch Frau Krösche wegen wechselseitiger Verleumdung zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt wurden.

Da beide Berufung einlegten, so hatte gestern das Landgericht III (Strafkammer 4) das Urteil nachzuprüfen. Das Verhalten der freitenden Parteien vor dem Landgericht ließ erkennen, daß zwischen ihnen eine überaus erbitterte Feindschaft besteht, an der auf beiden Seiten ein Kreis von Verwandten und Bekannten teilnimmt. Die unglücklichsten Beschuldigungen sind da ausgetauscht worden und haben zu einer langen Kette von Prozessen geführt, deren Ende noch nicht abzusehen ist. In der Verhandlung vor dem Landgericht machte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ehrede, wohl fünf- oder sechsmal den Versuch, die Parteien zu einem Vergleich zu bewegen. Aus dem ganzen Streit dürfte die Öffentlichkeit nur der Umstand interessieren, daß Frau Redlich überhaupt Kenntnis erhalten hat von der Bemerkung, die Frau Krösche in der Rechtsanwaltskanzlei zu Dr. Heilmannsparger getan hatte. Frau Redlich's Schwiegermutter, Dr. Heilmannsparger, der hierfür als einziger Zeuge in Verdacht kam, war zu der Verhandlung vor dem Amtsgericht nicht geladen worden. Seine damals in kommissarischer Vernehmung gemachte Aussage wurde vor dem Landgericht verlesen, weil auch diesmal von der Ladung des jetzt in Danzig wohnenden Zeugen Abstand genommen worden war. Dr. Heilmannsparger hatte bekundet, Frau Krösche sei in das von ihm geleitete Bureau gekommen, um in einer Rechtsanfrage sich eine Auskunft zu holen. Er selber habe die Familie Redlich über die die Frau Krösche sich abfällig geäußert, damals noch nicht gekannt, habe aber schon einiges über sie gehört gehabt. Nach vollzogener Verlobung mit Fräulein Redlich oder schon ein paar Tage vorher, habe er der Frau Krösche erklärt, daß er ihr wegen seiner jetzigen Beziehungen zu der Tochter des Herrn Redlich keine Rechtsanlauf mehr geben könne.

Diese Befundungen genügen dem Landgericht nicht. Beschlossen wurde, die Sache zu vertragen und zum nächsten Termin Dr. Heilmannsparger zu laden sowie die Akten früherer Prozesse herbeizuschaffen.

### Zusammenfassend

verläßt vor einiger Zeit auf der Charlottenburger Chaussee allelei „III“, der das zulässige Maß weit überschritt und zu einer Anklage wegen groben Unfalls gegen einen der Teilnehmer geführt hat. Die jungen Herren bestiegen unter anderem einen Rollwagen, setzten sich auf die Pferde und tanzten auf der Chaussee umher. Ein besonders übermütiger Stubosus Heinrich Ruch hielt es für einen besonders geistreichen Scherz, eine Autodrosche, in welcher sich ein Herr und eine Dame befand, anzufahren. Er stellte sich in die Mitte der Fahrstraße und suchte mit den Händen umher, so daß der Chauffeur den Wagen hin- und herbugierte, um ein Unglück zu verhüten. Dies gelang aber nicht; bei dem Hin- und Hergeriet die Autodrosche ins Wanken, fiel um und die Insassen, die aus dem Auto stürzten, erlitten einige Verletzungen. R., der wegen groben Unfalls vor das Schöffengericht gestellt wurde, kam mit der geringen Strafe von 10 Mark weg. Hiergegen wurde vom Staatsanwalt und vom Angeklagten Berufung eingelegt, mit der sich gestern die 9. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Der Angeklagte bestritt, daß er der Autodrosche den Weg habe verlegen wollen, und behauptete, er habe durch seine Zeichen nur ausdrücken wollen, daß er auf die andere Seite der Chaussee habe gelangen wollen. Da die Beweisaufnahme das Gegenteil ergab, beantragte der Staatsanwalt die Aufhebung des ersten Urteils und die Erhöhung der Strafe auf 100 Mark. Der Gerichtshof ging über diesen Antrag noch hinaus. Wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Reuenschel, verkündete, habe sich der Angeklagte nach Ansicht des Gerichts in einer Weise aufgeführt, wie man es von einem gebildeten Menschen, einem Studenten, kaum für möglich halten sollte. Durch sein Verhalten sei die Verkehrssicherheit auf einer sehr belebten Straße erheblich gefährdet worden und es sei nur einem glücklichen Zufall zu danken, daß nicht großes Unheil angeht worden ist. Nur die Tatsache, daß der Gerichtshof auf die große Jugend des Angeklagten und auf dessen angeheiterten Zustand Rücksicht genommen, habe den Angeklagten vor einer Freiheitsstrafe bewahrt. Derartige Ausschreitungen verdienen aber eine exemplarische Strafe und deshalb habe der Gerichtshof die zulässig höchste Geldstrafe von 150 Mark, im Nichtvollzahlungsfalle 10 Tage Haft über den Angeklagten verhängt.

### Der Fall eines Heiratschwindsels

unterlag gestern der Prüfung der 1. Strafkammer des Landgerichts I. Unter der Anklage des Betruges, durch welchen er seiner fünfjährigen Schwiegermutter in niederträchtiger Weise über 18 000 Mark abgenommen hat, hatte sich der Kaufmann Bruno Bantz zu verantworten; der Beihilfe war der Vergolder Wihl Bent beschuldigt. Der Angeklagte B. ist der Sohn eines sehr wohlhabenden Vaters. Seine Familie war mit der Familie der Witwe P. eng befreundet, man besuchte sich gegenseitig und zwischen ihm und dem Tochterlein der Frau P. knüpfte sich ein Liebesband, das zur Verlobung führte. Die Braut hatte eine Mitgift von 20 000 Mark zu erwarten, außerdem war ihr für die Ausstattung eine Summe von 10 000 Mark ausgesetzt worden. Der junge Mann war bis dahin handlungsgehilflich; es war verabredet worden, daß die Hochzeit zu Ostern stattfinden, der Angeklagte aber mit Hilfe der Mitgift der Braut sich vorher selbständig machen sollte. Tatsächlich machte er auch Versuche, ein im Gange befindliches Geschäft zu kaufen und als diese Versuche fehlschlugen wickelte er einen Laden, in welchem er selbst ein Tapetengeschäft einrichten wollte. Die Schwiegermutter gab zur ersten Ausstattung des Ladens 1200 Mark, her und hielt es auch für ganz erklärlich, daß der Angeklagte sie zur Übergabe des Restes der Mitgift in Höhe von 18 000 Mark bewog. Sie ließ sich leicht überzeugen, daß ein junger Kaufmann um so leichter den erforderlichen Kredit von den Lieferanten zu beschaffen, wenn er die ersten Warenbestände her beschaffe. So ging sie denn eines Tages mit ihm zu ihrer Bank und überantwortete ihm in vollem Vertrauen die dort erbobene Summe von 18 000 Mark. Schwiegermutter und Braut waren dann höchst erstaunt darüber, daß sich B. nun gar nicht mehr sehen ließ. Dies hatte einen eigenartigen Grund: der Bräutigam, bei dem sich Spuren einer alten Krankheit zeigten, war Hals über Kopf mit dem Gelde nach Kachen gefahren und hatte sich dort in die Kur begeben. Um die Spuren seines Daseins zu verwischen, trat er dort unter dem Namen seines Freundes Bent auf, der ihm dies gestattet und auch noch seinen Militärpaß zur Legitimation überlassen hatte. Bent besorgte auch unter verabredeter Postkassette die Nachrichten, die für B. von Interesse sein konnten. Letzterer lebte in Kachen einen stillen Tag. Wie er seinem Freunde Bent in Briefen mitteilte, hat er dort den Jubel und Trubel des Karnevals in vollen Zügen genossen, er sprach mit seinem Glück bei Frauen, forderte den Freund auf, zu ihm zu kommen und nicht furchtjam zu sein, da schlimmsten Falles die Grenze sehr bequem zu erreichen sei. Auch trat der Angeklagte mit einem Kaufmann bezüglich eines Engagements nach Brasilien in Verhandlung. Schließlich wurde sein Aufenthalt in Kachen ermittelt und er wurde dort festgenommen. Es konnte noch eine Summe von über 17 000 Mark beschlagnahmt werden, die er vorsichtigerweise versteckt hatte. Seitens der Braut ist die Verlobung natürlich nach der Verhaftung des Bräutigams sofort aufgehoben worden. Der Gericht bestritt der Angeklagte, sich des Betruges schuldig gemacht zu haben; er habe die feste Absicht gehabt, Fräulein P. zu heiraten und sich mit deren Mitgift selbständig zu machen, habe sich aber vor der Hochzeit erst ganz gesund machen wollen und deshalb Kachen aufgesucht. Des fremden Namens habe er sich bedient, weil es ihn genierte, Schwiegermutter und Braut den Charakter seiner Krankheit ahnen zu lassen. — Staatsanwalt Fuhrmann hielt den Antrag für zweifelhaft nachgewiesen und beantragte gegen Bantz ein Jahr, gegen Bent 1 Monat Gefängnis. — Rechtsanwält Dr. Schwandt hielt es nicht für möglich, hier einen Betrag zu konstatieren, denn dem Angeklagten sei nicht nachzuweisen, daß er von Anfang an nicht die Absicht gehabt habe, Fräulein P. zu heiraten. Er habe das Gegenteil durch verschiedene Handlungen behauptet und bis zuletzt behauptet, reelle Absichten gehabt zu haben. Eventuell sei die beantragte Strafe viel zu hoch, denn die Frau P. werde kaum irgendeinen Verlust erleiden, da der größte Teil des Geldes ja noch gerettet worden sei und der Angeklagte den Rest noch durch die ihm bereits in Aussicht stehende Erbschaft werde decken können. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten B. zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, dem Angeklagten B. zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis.

### Streikfänger.

Bei dem vor einigen Wochen in Posen stattgefundenen Streit der Expeditionsarbeiter sollen die Kolluischer Konowski, Krzyska, Jagny und Anton Salewski sich der Bedrohung, Rötigung und Körperverletzung schuldig gemacht haben, indem sie ein von Streikbrechern geleitetes Fuhrwerk anhielten, dessen Kutscher dazu noch die Beifahrer des einen Angeklagten, der vorher bei der Firma tätig war, benutzte. Das Schöffengericht verurteilte die beiden ersten Angeklagten zu 3 bzw. 4, und die anderen drei zu je 1 Monat Gefängnis.

**Turnverein „Fichte“**  
Mitgl. des Arbeiter-Turner-Verbandes.  
Gegründet am 5. Aug. 1900. Geschäftsstelle: Roppenstr. 24.

**Sonnabend, den 10. Juni 1911:**  
**Eröffnung der 19. Lehrlings-Abteilung**  
In der Turnhalle der 267./294. Gemeindehalle, Sötkowstr. 46, abends 8 Uhr.  
Turnzeiten: Dienstag und Sonnabend von 8 bis 10 Uhr.  
Einschreibegeld: 30 Pf. Monatlicher Beitrag 30 Pf. inkl. der Turnzeitung und Mitteilungsblatt des Vereins.  
Mitglieder, welche am ersten Abend beitreten, sind v. Einschreibegeld befreit.

**Geldnot**  
ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kaufhaus für Monats-Garderoben erhalten Sie von

**Millionären**  
Reisenden, Kavaliere, Doktoren nur wenig getragene reineswollene, vielfach auf Seide gearbeitete

Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge	3 M. 14 M. 18 M.	
Maß-Paletots	6 M. 12 M. 16 M.	

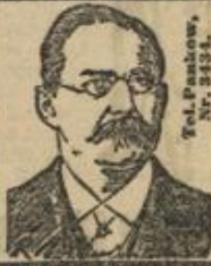
Gesellschafts-Anzüge werden billig vertrieben.

**Kaufhaus für Monats-Garderoben**  
nur Große Frankfurter Str. 93  
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
Keine Fälschen am Platz. Verkauf nach auherhalb.  
Abteilung II: Neue Garderoben.  
Nur Große Frankfurter Straße 93

DIE NEUE MARKE:

# JOSETTI ADMIRAL

BESTE 4-PFENNIG-CIGARETTE



**Prachtvoller Blumen-Fior**  
 wird erzielt durch Düngen mit edlem  
**Dr. Landmann's Blumen-Dünger.**  
 Fachmännisch langjährig erprobt.  
 Kisten 10 und 25 St. — Kisten 25 und 50 St.  
 1/2-Kilo-Zeile 1 St. — 2/3-Kilo-Zeile 3 St.  
 Nur echt in Original-Verpackung in allen ein-  
 schlagigen Geschäften zu haben.  
 Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1 A.

## KAVALIERS



beste Lederputz-Creme der Welt  
 Gibt mühelos schönsten  
 wasserfesten Hochglanz  
 Macht das Leder  
 geschmeidig weich  
 und haltbar  
 Färbt in der Nässe nicht ab.

Niederlage in Berlin S.W. 68  
 Markgrafenstr. 91 G.F. Müller-Telephon IV 10302.

**1 Mark**  
 wöchentliche  
 Teilzahlung  
 Vornehme  
**Herren-  
 Moden**  
 fertig und  
 nach Maß  
 in vornehmer ge-  
 eiliger Ausführung  
 Reihhaar-Verarbei-  
 tung, tadelloser Sitz.  
 Bekleidungshaus  
 „Rekord“

**Greift zu!**  
 Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.  
 kleiden will, empfehle eleg. Mo-  
 natsgarderobe in feinsten Werk-  
 stätt. Berlins garb. von Herr-  
 schaften, Doktoren, Kavalieren nur  
 kurze Zeit gebr. (für Jed. Fig. pass.)  
 Monats-Jacke-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.  
 Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.  
 Monats-Som.-Paletots 8, 10, 14, 18 M.  
 Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.  
 Große Abteilung neuer Garderobe.  
 Gr. Frankfurter Str. 99  
 Moldauer, (Nähe Strausberger Pl.)  
 Straßenbahn-Vergütung.

## Loden

Die Wetter-Verfeiner, Kostüme re-  
 imprügniert, Wiener 1.50, 2.—, 2.50.  
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
 Gertraudenstr. 20-21, Petrikirche.

### Rezepte für Haus und Familie von Dr. R. Gegen Mückenstiche.

Man mischt 2 Teile Wasser und 1 Teil reines Lysoform\* (alle 2 Teelöffel  
 und 1 Teelöffel voll). Diese Mischung reibt man mit einem Tuch oder  
 Wattebäuschchen auf die Haut und läßt sie eintrocknen. Dieselbe hilft auch  
 überraschend schnell bei Stichen giftiger Fliegen. (Umschläge machen!)  
 \*) Lysoform ist überall erhältlich (grüne Flasche mit weißer Umschließung.)

# Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 10. Juni.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Götter-  
 dämmerung. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Königl. Schauspielhaus.** König  
 Heinrich V.  
**Deutsches. Faust, 1. Teil.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Kammertheater.** Frühling's Er-  
 machung.  
**Leistung. Sommerfest.**  
**Komische Oper. Rigoletto.**  
**Berliner. Hummelstudenten.**  
**Neues. Mein erlauchter Ahnherr.**  
**Neues Schauspielhaus. Die feuchte**  
**Sulanne.**  
**Alteins. Der Selbstmörderklub.**  
**Knutschießhaus. Unser Sepl.**  
**Trianon. Das Pringschen.** Anfang  
 8 1/2 Uhr.  
**Thalia. Polnische Wirtschaft.**  
**Schiller O. Wagner-Theater.)**  
**Am Klubsessel.**  
**Schiller-Charlottenburg. Der**  
**Probekandidat.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
**Im lehrbaren Lustspiel.**  
**Neues Operetten. Eine Million.**  
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Lufken. Neue Ormal.** (Anfang  
 8 1/2 Uhr.)  
**Wiederhol. Bienechen.** (Anfang  
 8 1/2 Uhr.)  
**Kolle. Der Selbstmörderklub.**  
**Holländ. Caprice. Parisiana. En-**  
**semble: Die letzte Nacht. Ein**  
**Reisler zu verurteilen. Das**  
**Strumpfband. Die Hochzeitreise.**  
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Metzger. Hobeit amüsiert sich!**  
**Apollo. Spezialitäten.**  
**Wasserge. Spezialitäten.**  
**Reichshallen. Stettiner Sänger.**  
**Wintergarten. Spezialitäten.**  
 (Anfang 7 1/2 Uhr.)  
**Walhalla. Prinz und Bettlerin.**  
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Wald. Goldene Jugend.**  
**Neues. Sommerfest.**  
**Karl Haberland. Spezialitäten.**  
**Kaiser-Panorama. Reise nach**  
**Geysen und Indien. Im Lande**  
**der Winternachtsonne.**  
**Urania. Taubenstraße 48/49.**  
 4 Uhr: Lebende Tierbilder von  
 nah und fern.  
 8 Uhr: Lebende Tierbilder von  
 nah und fern.  
**Sternwarte. Jussowstr. 67-69.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches  
 Schauspielhaus.**  
 Sonnabend, den 10. Juni er.  
 abends 8 Uhr, zum ersten Male:  
**Im lehrbaren Lustspiel.**  
 Stoffe in 3 Akten von G. Korint und  
 Ernst Baum.  
 Sonntag: Im lehrbaren Lustspiel.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Der Selbstmörderklub**  
 Auf der Gartenbühne täglich:  
 Es gibt nur ein Berlin. Große  
 Revue. Konzert, Spezialitäten. An-  
 fang 4 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater.**  
**Hobeit amüsiert sich!**  
 Operette in 3 Akten von H. Freund.  
 Musik von Rudolf Nelson.  
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.  
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo  
 Theater**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Die neuen Juni-Spezialitäten.  
 Des sensationellen Erfolges wegen  
 prolongiert:  
**Der gebrochene Spiegel.**  
 Letzte Neuheit d. popul. Gebr. Schwarz.  
 Um ein Weiß.  
 Großes amerikanisches Ausstattung-  
 -Sensationsstück in sieben Bildern.

**WINTERGARTEN**  
 Die unerreichten Attraktionen!  
**LA TORTAJADA.**  
 Die 7 Korinnas, klassische  
 Tanzstudien.  
**Karl Reinsch und Lucia**  
 mit ihren Vollblutpferden und  
 Hunden.

**De Bio.**  
 Charles Barons Burlesko-  
 Menagerie.  
**Tschinhaus** 8 heil. Ohngungen  
 und eine Kette  
**hervorragender Kunstkräfte!**  
**Moabiter Wintergarten**  
**Artus-Hof**  
 Porleberger Str. 26, Stendaler Str. 18.  
 Direktion: Karl Pirnow.  
 Täglich:  
**Spezialitäten-Theater.**  
 Das kolossale, einzig da-  
 stehende Eröffnungsprogramm.  
 Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr.  
 Vorzugsarten haben Günstigkeit.

**Berliner Prater-Theater**  
 Kastanienallee 7-9.  
 Täglich:  
**Die drei Grazien.**  
 Voffe in 4 Akten von Krepton.  
 Spezialitäten, Konzert und Ball.  
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Brauerei Friedrichshain**  
 am Königstor.  
 Sonntag, den 11. Juni 1911:  
**Berliner Komponisten-Revue**  
 Berliner-Sinfonie-Orchester — 40 Künstler —  
 Maximilian Fischer.  
 Sarotti-Schokoladen-Rheinländer mit Grailsverteilung.  
 Mitwirkung der Rudolph Hertzog'schen Liedertafel.  
 Außerdem 3 Radrennen — 10 Rennfahrer  
 unter persönlicher Teilnahme von: Pawke, Tadewald,  
 Teichner, Vinzelberg usw.  
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

**Luna-Park**  
 Heute: Elitetag.  
 Monster-Feuerwerk.  
 Alpenidyll. X Apotheose.  
 Neueste Attraktionen.  
 Straße von  
**KAIRO.**  
**Johnstowns**  
**Untergang**  
 Größte elektrotechnische Lichtschau  
 der Erde.  
**Hippodrom Lehmann.**  
 Vollbetrieb.

**Neue Welt.**  
 Amerikan. Vergnügungspark, Hasenheide.  
 Heute Sonnabend, den 10. Juni:  
**Sommerfest des Vereins Berliner Kassenboten.**  
 Große Spezialitäten-Vorstellung. Ganz neues Programm.  
 Ermakow. tatarische Kriegsspiele. — Smorlape mit seinen  
 dressierten Schweinen. — Maire, Tenor der Metropolitan-Oper  
 New York. — Sensationelle Attraktionen.  
 Großes Promenaden-Konzert.  
 Montag, 12. Juni: Sommerfest der Berliner Schuhmacher-Innung.

**Abfahrtsst. Schillingsbrücke**  
 am Schilfischen Bahnhof.  
 früh 8 Uhr mit Musik nach Neue Wäule.  
 Einlage Fahrt 50 Pf. — Früh von 8 bis 9  
 mittags 2 Uhr nach Woltersdorfer Schenke. Ein 50 Pf., zurück 50 Pf.  
 Mittags v. 2 Uhr ab halbjährig, nach Restaurant Ruffhäuser, Nieder-  
 Schönweide; dabei gr. Willkürkonzert. Wochentags 20, Sonntags  
 30 Pf. Fahrgäste zahlen kein Entree. **R. Tismer.**

Von der Michaelbrücke, a. d. Michaelkirchstraße,  
 heute Sonnabend: Große Rundfahrein-  
 fahrt mit Musik nach Schindewitz, Restaurant Seebensee. Dabei  
 gr. Willkürkonzert u. Tanz, ab 9 1/2 Uhr abends. Preis  
 hin u. zurück 50 Pf. — Außerdem Sonntag ab 6 Uhr früh zum Flugplatz  
 nach Nieder-Schönweide-Pfaffenswerder. Preis einfache Fahrt 25 Pf.  
**Reederei Zachow. Tel. 7. 0065.**

**Reederei Kahnt & Hertzner.** Tel. VII.  
 2062.  
 Billige Dampfer-Extrafahrten ab Walsenbrücke.  
 Jeden Montag u. Donnerstag nach Freibad Grünau,  
 Krampenburg und Neue Wäule  
 Jeden Dienstag u. Freitag u. Woltersdorfer Schenke  
 Jeden Mittwoch nach Freibad Grünau, Krampenburg  
 und Biegenhals  
 Jeden Mittwoch nach Tempitz (Tornow's Idyl. ab 7 1/2 Uhr vorm.  
 hin und zurück 2 M.  
 Von Stralau (Alto Taverna) alle Fahrten 1/2 Stunde später. —  
 Dampfer sind an Vereine, Gewerkschaften, Schulen usw. zu  
 äußerst billigen Preisen zu vergeben.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Taubenstraße 48/49.  
 4 Uhr und 8 Uhr:  
**Lebende Tierbilder**  
 von nah und fern.

**ZOOLOGISCHER  
 GARTEN**  
 Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militärkonzert.**  
 Eintritt 1 Mark,  
 von abends 6 Uhr ab  
 50 Pf., Kinder unter  
 10 Jahren die Hälfte.  
 Jahres-Abonnements an allen drei  
 Schalterstellen.

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
 Die schöne  
**Maroussia**  
 die Tänzerin klass. Kunst  
**Nina Bitowey**  
 kanak. Volksängerin,  
 und das neue große  
 Programm!  
 14 erstklass. Attraktionen.

**Passage-Panoptikum.**  
 Während der Pfingstferien  
 vom 1. bis inkl. 11. Juni  
**Volkstage!**  
 Jedermann ein Kind fröh!  
 Jedes Kind erh. ein Geschenk!  
 Die Neger-Eleas  
 Abomah, die größte  
 Frau, die je gelebt  
 Alles ohne Extra-Entree!

**Stadt-Theater Moabit**  
 Alt-Moabit 47/48.  
 Sonntag, den 11. Juni 1911:  
**Theater und Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vor-  
 stellung 6 Uhr.  
 Speisepf. nummeriert 75 Pf. Entree 50 Pf.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**

**Volgt-Theater**  
 Gendarmen, Badstraße 53.  
 Heute sowie täglich:  
**Goldene Jugend.**  
 Großes Lebensbild mit Ges. u. Tanz  
 u. das große Spezialitätenprogramm.  
 Kassenöffnung 8, Anfang 8 Uhr.

**Noacks Theater.**  
 Direktion: Robert Hill.  
 Berlin N., Brunnenstraße 16.  
 Gr. Extra-Vorstellung! Anf. 6 Uhr.  
 Konzert, Theater, Spezialitäten.  
**Haller-Römer**  
 in seinen unermesslichen Taten.  
 Bei schlechtem Wetter: Vorstellung  
 im Saal.

**Folies Caprice.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Parisiana-Ensemble.**  
 Die letzte Nacht.  
 Ein Feuer zu verurteilen.  
 Die Hochzeitreise.  
 Das Strumpfband.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
 Britton!  
 Wiege im Feuertod.  
 Anfang  
 wochentags  
 8 Uhr.  
 Sonntags  
 7 Uhr.

**Volksgarten-Theater**  
 Sonnabend, den 10. Juni:  
 Sommerfest der vereinigten  
 Pianistklub des D. N. S.  
 Konzert, Theater- u. Spezialitäten-  
 Vorstellung. — „Goldener Boden“.

**Admiralspalast**  
 Am Bahnhof Friedrichstraße  
**Eis-Arena.** Allabendlich:  
 Das prunkvolle Eisballott  
**Montreal**  
 Die Stadt auf Schlittschuhen.  
 100 Mitwirkende 100  
 Apachen-Tänze auf dem Eis.  
 Die Eisbahn v. 10 U. früh geöffn.  
 Anork. vorzügliche Restauration.  
 Bier- und Weinabteilung.  
 Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
 abends: halbe Kassenpreise.

**Max Kliems**  
**Sommer-Theater**  
 Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.  
 Täglich: Größtenteils Theater  
 und Spezialitäten-Vorstellungen.  
 Selbstgedacht Theatergarten, bei un-  
 günstiger Witterung Schau bietend.  
 Donnerstag: Elitetag.

**Café Bellevue.**  
 Rummelsburg am See.  
 Inh.: G. Tempel.  
 Jeden Donnerstag und Sonnabend:  
**Soireen**  
 der Hoffmanns Sänger.  
 Jeden Sonntag:  
 Spezialitätenvorstellung  
 und Garten-Konzert.

**Königstadt-Kasino.**  
 Polzmarktstr. 12.  
**Frrungen.**  
 Voffe in 1 Akt.  
 The Odeon. Heubert und Rös.  
 Rosa Horst. Otto Römer.  
 Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate  
 übernimmt die Redaktion dem  
 Publikum gegenüber keinerlei  
 Verantwortung.

Am 7. Juni verschied nach  
kurzem, schweren Leiden mein  
lieber Mann, unser treu sorgen-  
der Vater, Schwieger- und Groß-  
vater im 71. Lebensjahre, der  
Weltzieher  
**Karl Sachse**  
Dies zeigen, um stille Teil-  
nahme bittend, an  
**Marie Sachse** geb. Thiele  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Son-  
ntag, den 11. Juni, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Steglitzer Friedhofes aus statt.

**Sozialdemokrat. Wahlverein  
Steglitz.**  
Am 7. d. Mts. starb im Alter  
von 70 Jahren unser Mitglied,  
der Former  
**Karl Sachse.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. Juni, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Steglitzer Friedhofes aus  
statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
202/17 Der Vorstand.

**Allgemeine Kranken- und  
Sterbekasse der Metallarbeiter**  
(E. d. R. 29, Hamburg).  
**Filiale Steglitz.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser langjähriges Mitglied  
und Kollege, der Former  
**Karl Sachse**  
am 7. d. Mts. im Alter von  
70 Jahren an Schlaganfall ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. Juni, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Steglitzer Friedhofes aus  
statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Allen Freunden, Verwandten und  
Bekanntem sage ich hiermit meinen  
besten Dank für die herzliche Teil-  
nahme und die zahlreichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau **Martha Babka** geb.  
Brauns.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Hans Babka,  
Gerda Babka.**  
21605

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die Kranzspenden bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes  
sage ich allen Freunden, Bekannten,  
Kollegen und der Firma **Bela Hefsch**  
sowie dem Metallarbeiter-Verein  
meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Pauline Könitz.**

**Deutscher  
Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgl. edern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Lager-  
arbeiter  
**Otto Toll**  
am 2. d. Mts. im Alter von  
29 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
68/11 Die Bezirksleitung.

Am 7. Juni verstarb unser  
Kollege  
**August Müller**  
Landwehr, Victoriastraße 6.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. Juni, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Kirchhofes Groß-Lichter-  
felde (Ost), Langestraße, aus statt.  
Die Kollegen der Firma  
**Goers & Kallmann.**

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, dass mein  
lieber Sohn, Bruder und Schwager,  
der Schreiner  
**Berthold Kohn**  
am 7. Juni 1911 verstorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Elvire Kohn**  
nebst Schwester und Schwägerin.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. Juni, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Luisen-Kirchhofes  
am Fürstendammer Weg aus statt.

Allen Freunden, Verwandten  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, dass mein lieber Mann,  
unser guter Vater  
**Wilhelm Rusch**  
am Mittwoch früh 3 1/2 Uhr am  
Herzschlag verschieden ist.  
Dies zeigen hierbetreffend an  
**Karoline Rusch** u. Kindern.  
**Eduard Rusch.**  
Beerdigung Sonnabend nachm.  
5 Uhr vom Trauerhause Rudolfer  
Straße 55 aus nach dem Emmaus-  
Kirchhof in Rixdorf, Hermannstr.

**Dankfagung.**  
Allen Freunden, Verwandten und  
Bekanntem, insbesondere dem Ehe-  
paar **Julius Schwarz** sowie den  
Kollegen und Parteigenossen sage ich  
für die herzliche Teilnahme und Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes herzlichsten Dank.  
nebst  
**Wwe. Antonie Rabiger** Kinder,  
Trepotow, Gräbstr. 57.

**Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes  
der Glaser Deutschlands.**  
Unserem treuen Mitgliede  
**Stanislaus Fiegil**  
die herzlichsten Glückwünsche zu seinem  
25jährigen Dienst-Jubiläum.  
Der Vorstand.

**Photographie  
J. Fuchs**  
Meine Filialen sind nur:  
**Berlin**  
Friedrichstraße 108  
Friedrichstraße 138  
Königsstraße 20-21  
Rosenthaler Str. 72a  
Reinickendorfer Str. 4  
**Rixdorf**  
Bergstraße 151-152  
in der Passage Fahrstuhl  
**Schöneberg** Haupt-  
straße 19  
Mein Atelier Königsstr. 52  
habe ich jetzt nach Königs-  
straße 20/21 verlegt (mit  
Fahrstuhlbenutzung).

**Jubiläums-Ausgabe**  
**Umsonst**  
gebe ich jedem  
von Sonntag, dem 11. Juni  
bis Sonntag, den 18. Juni inkl.  
eino  
**Bromsilber-Vergrößerung**  
(Bildgröße 24 x 30 cm)  
mit dazu passendem eleganten Rahmen  
dersich in dieser Zeit eine Aufnahme von Mattbildern bestellt  
**12 Visit glänzend 1.80 12 Visit matt 4.00**  
**12 Kabinett .480 12 Kabinett .800**  
Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig  
Geöffnet von 9-7 Uhr. Sonntags 10-4 Uhr.

**Öeffentliche politische Versammlungen.**

**Achtung! Taubstumme! Achtung!**  
Sonntag, den 11. Juni, vormittags 12 Uhr.  
in der  
Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97:  
**Volkversammlung für Taubstumme.**  
Thema: **„Die Reichstagswahlen“.**  
Referent: Genosse **Siegfried Meyer.**  
Daranschließend: **Freie Diskussion.**  
Taubstumme! Arbeiter! Parteigenossen! Erscheint und sorgt  
für Massenbesuch!  
Der Einberufer: **Siegfried Meyer, Güttenstr. 88.**



**Amerikanische Schutzhose**  
mit selbsttätigen Trägern  
D. R. G. M.  
Bester Schutz gegen Betriebsunfälle.  
Jeder Versuch ist lohnend!  
Praktische Erfindung!  
Obige Abbildung stellt Vorder- und  
Rückansicht dar.  
Perma echt indigoblauer Aäber.  
Die Schutzhose reicht bis an die  
Kniehöhle heran und wird durch  
praktische verstellbare Träger befestigt.  
Hinten 2 Taschen.  
Preis für normale  
Kannesgrößen . . . 3 Mk. 95  
Extra weite oder extra  
lange Größen . . . 4 Mk. 50  
Duischen-Größen . . . 3 Mk. 45  
Bei Entnahme von 6 Std. 5% Rabatt.  
**Kleider-Werke Baer Sohn**  
11 Brücken-Straße 11.  
Chaussee-Straße 29/30.  
Gr. Frankfurter Str. 20.  
Schöneberg, Hauptstr. 10.  
Haupt-Katalog kostenfrei.  
Nachdruck verboten.

**Achtung! Mühlenarbeiter. Achtung!**  
Der Besitzer der Dampfmühle **Goldacker**, der Großbäckereibesitzer **Eduard Goldacker**,  
Brunnenstraße 129/130, hat den von ihm unterzeichneten Tarifvertrag für die Mühlenarbeiter  
vollständig gebrochen und sämtliche Mühlenarbeiter wegen Beteiligung am Streik gemahregelt.  
Die Dampfmühle **Goldacker**, Besitzer **Großbäckerei-  
besitzer Eduard Goldacker**, Brunnenstraße 129/130, ist  
für organisierte Mühlenarbeiter wegen Maßregelung und  
Tarifbruchs gesperrt.  
Die Ortsverwaltung Berlin  
des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter.  
Sprechsprecher Amt III Nr. 4518.

**Kursen, aber mög- lichst vollständiger Inventur-Verkauf** umfassend die gesamten  
ungeheuren Bestände der  
**Frühjahrs- und Sommer-Salson!!**  
**Westmann**  
Mohrenstraße 37a (nahe Jerusalemer Str.)  
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
Sonntag geöffnet 8-10, 12-2.  
Ein Posten **Waschkostüme** ohne Rücksicht auf den früh. Preis  
zurückgesetzt. **6.-**  
Seidene Mäntel (Volle, Etamine etc.), auch für die stärksten Figuren, M. 25.-, 50.- fr. Pr. s. T. bis M. 180.-  
Seid. Bast-Kostüme (aparte Ausfüh- rungen) . . . M. 40.-, 68.- fr. Pr. s. T. bis M. 200.-  
Leinen-Kostüme . . . M. 10.-, 22.- fr. Pr. s. T. bis M. 65.-  
Kammgarn-Kostüme (blau, grau, ent- stick. Fasson), M. 15.-, 36.- fr. Pr. s. T. bis M. 120.-  
Staubmäntel imprägniert, . . M. 12.-, 19.-  
Polret-Mäntel (Popeline, Kammgarn), M. 19.- früh. Preis bis M. 45.-  
Schwarze Tuch- u. Kammgarn-Paletots M. 15.-, 28.- früh. Preis bis M. 75.-  
Blusen- u. Kammgarnröcke M. 4.-, 10.- früh. Preis bis M. 22.-  
Reinsoid Polret-Mantel 25 1/2



**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, nicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Montag, den 12. Juni, abends 5 1/2 Uhr  
(gleich nach Feierabend):  
**Mitglieder-Versammlungen**  
Bezirk Südosten I in den Nannyn-Festsälen,  
Rauandstr. 6.  
Bezirk Südosten II im Reichenberger Hof,  
Reichenberger Str. 147.  
**Achtung, Vertrauensleute!**  
Die Zahlstelle 45 ist nach Blüthstr. 5 bei Waldt verlegt worden.  
Wohin des Sonntags? Nach Feuerstacks Gesellschaftshaus im  
alten Dorf Birkenwerder (Korb.), Hauptstr. 89  
Prakt. schatt. Garten, Regelm. Partellhalb jed. Sonntag Tanz. Sammel-  
punkt aller freien Sängler, Turner, Radfahrer, Fußballspieler usw. Etwa  
Anschl. an Gefinnungsgen. Für Herronpartien, Fabrik-, Vereins-Ausflüge  
best. empfohlen. Kl. Preise, gute Bedg. Sommerwohnung. Ev. Ermäßigung.

**Monats-Garderobe**  
Spezialhaus für wenig getra-  
genen, fast neue Jackett-Anzüge,  
Kost-Anzüge, Gestrod-An-  
züge, Smoking-Anzüge, Frack-  
Anzüge, Winterpaletots, Wein-  
kleider (auch für forpultente  
Herren), sowie Kellner-Jacketts,  
Krad-, schwarze Tuchhosen.  
Dieselben sind teils auf Seide  
geardelt und nur kurze Zeit  
getragen, kauft man spottbillig bei  
**Weingarten, Prinzenstr. 28**  
I. Etage,  
Gedens Mitterstr. (früher 20 Jahre  
Hilfshier Str.). Bitte auf Straße  
und Hausnummer zu achten

**Für Ausflügler**  
empfehlen wir:  
**Kieblings Wanderbuch**  
für die Mark Brandenburg  
3 Teile, mit 58 Karten.  
Erster Teil: Nähere Umgebung  
Berlins . . . . . Preis 1.50 M.  
Zweiter Teil: Weitere Umgebung  
Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M.  
Dritter Teil: Weitere Umgebung  
Berlins, östliche Hälfte Preis 2.50 M.  
Rechtling's Taschenatlas der Um-  
gebung Berlins, mit 100 Aus-  
flügen . . . . . geb. 2.- M.  
**Straubes Märkisches  
Wanderbuch**, 4 Teile, mit 76 Karten  
je 1.- M.  
**Silva, Märkischer Wander-  
Atlas**, mit 16 Karten, fast 1.- M.  
mit 22 Karten geb. 1.50 M.  
**Lüders Wanderbücher**  
durch die Mark Brandenburg  
I. Teil: Stettiner, Briesener, Lößbahn.  
II. Teil: Schleißer, Götlicher, Dres-  
dener Bahn.  
6 farbige, je 1.- M.  
Spezialkarten in reicher Auswahl  
und in allen Preislagen vorräthig.  
**Buchhandlung Vorwärts,**  
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

**Kadda**  
SCHUTZ-MARKE.  
Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pfg.-Cigarette  
Cigarettenfabrik „Kadda“  
Berlin N. 37.

10. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Mannheim, 8. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Anträge zur Raifeier

wird fortgesetzt. Böller-Kemscheid meint, die Anträge seien überflüssig, da auf der letzten Generalversammlung die Stellung des Verbandes zu dieser Frage präzisiert worden sei.

Garbe-Kiel spricht auch gegen die Anträge. Die Unterstufungsfrage sei noch nicht geregelt. Fragt einmal, wieviel Geld in den verschiedenen Städten im Raifeierfonds vorhanden ist! Man muß sich auch bei der Raifeier nach den vorhandenen Mitteln richten.

Hoffmann-Sanau meint, man solle keine Änderung der bisherigen Beschlüsse vornehmen. Die Ortsverwaltungen müßten aber dafür sorgen, daß der Gedanke des 1. Mai mehr propagiert wird. Auch müßte eine bessere Form der Einkassierung der Raifeierbeiträge gefunden werden.

Loos-Berlin spricht warm für die Raifeier. Durch Schlußantrag wird nun die Debatte beendet.

Zu dem Raifeier-Antrag Warden: „In Anbetracht dessen, daß die Unterstufungsfrage für die Opfer der Raifeier durch die Beschlüsse des Parteitag und des Generalkongresses erledigt ist, wolle die Generalversammlung beschließen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai von den zuständigen Verbandsinstanzen intensiver als bisher propagiert wird.“

wurde ein Amendement Bernide-Berlin, das ein Redner als „Verwässerungsantrag“ bezeichnete, eingebracht. Dem Antrag Warden soll angefügt werden:

„... soweit die übrigen Aufgaben des Verbandes nicht zurückgestellt werden brauchen.“

Zur Abstimmung kommt zunächst das Amendement. Es wird mit 101 gegen 84 Stimmen angenommen. Der so nun erweiterte Antrag Warden wird dann in namentlicher Abstimmung mit 124 gegen 82 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Halle, der erklärt, daß die Arbeitsruhe die würdigste Form der Raifeier ist und nähere Bestimmungen geschaffen haben will, „um die praktische Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu beschleunigen“, wird mit allen gegen wenige Stimmen abgelehnt. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Ohne Debatte werden mit weit überwiegender Mehrheit folgende Anträge abgelehnt:

Stuttgart. Die nächste Generalversammlung beauftragt den Vorstand, bis in zwei Jahren zur Generalversammlung eine Vorlage auszuarbeiten zur Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung innerhalb unseres Verbandes.

Nach Saalfeld. Der Vorstand wird beauftragt, mit der Generalkommission der Gewerkschaften wegen Einführung einer Volks-, Lebens- oder Arbeiterversicherung in Verbindung zu treten.

Annahme findet gegen wenige Stimmen ein Antrag, der den Vorstand beauftragt, die Geschichte des Metallarbeiter-Verbandes herauszugeben.

Zur Beratung und Abstimmung kommen hierauf die Anträge zum Verbandsorgan. Annahme finden nur diese zwei Anträge: „Um den sich immer mehr ausbreitenden Volksversicherungen und Schwindelkrankenklassen wirksam entgegenzutreten

zu können, sind im Verbandsorgan von Zeit zu Zeit aufklärende Artikel zu bringen.“ Ferner: Die Redaktion des Verbandsorgans wird ermächtigt, den Redaktionschluß bis zum Montag mittag zu verschieben.

Abgelehnt werden Anträge, die der „Metallarbeiter-Zeitung“ eine zweite, wöchentlich erscheinende Beilage beizugeben wünschen, in der fachtechnische Artikel über die neuesten Erfindungen auf den verschiedensten Gebieten der Metallindustrie gebracht werden. Der Ablehnung verfällt aber auch ein Antrag der Redaktion, daß das Verbandsorgan der Verpflichtung entbunden wird, technische Rundschau zu bringen. Ferner werden noch diese Anträge abgelehnt:

„In kürzeren Zwischenräumen sind Artikel über die schädlichen Wirkungen des Alkoholgenußes aufzunehmen.“

„Bei den Berichten über die Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage ist lediglich der Bericht über den Gang der Verhandlungen zu bringen.“

„Wenn sich an einen in der modernen Arbeiterbewegung prinzipiellen Aufsatz eine Diskussion in der „Metallarbeiter-Zeitung“ entfaltet, so ist das betreffende Original zu veröffentlichen.“

Zur Beratung kommt nun der Punkt: Revision des Verbandsstatuts.

Die Statutenberatungskommission, die schon die vorige Woche ihre Arbeiten erledigte, hat einen ausführlichen schriftlichen Bericht erstattet.

Den mündlichen Bericht gibt Pawlowitsch-Berlin. Die Kommission hat einstimmig dem Vorschlag des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge von 60 auf 70 Pf. für männliche Mitglieder und von 25 auf 30 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder zugestimmt. Die Kommission schloß sich der Begründung des Vorstandes an. Sie ist der Meinung, daß die heutigen Beiträge durchaus nicht im Verhältnis zu den Leistungen des Verbandes stehen. Die Einführung von Staffelleistungen, die von zahlreichen Verwaltungsstellen verlangt wird, lehnte die Kommission mit 7 gegen 2 Stimmen (2 Mitglieder fehlten) ab. Die Bildung eines besonderen Kampffonds hat die Kommission einstimmig abgelehnt. Die Erhöhung der Beiträge solle den Verbandsaufgaben im allgemeinen zugute kommen. Eine Erweiterung oder Verfürgung der Unterstufungen hat die Kommission ebenfalls abgelehnt. Sie ist der Ansicht, daß eine Verkürzung der Unterstufungen zweifellos die Werbe- und Bindeträfte des Verbandes beeinträchtigen, während eine Erweiterung der Unterstufungen die beabsichtigte Stärkung der Verbandsfinanzen in Frage stellen würde.

Zu Beginn der Generaldebatte

lassen sich über 50 Delegierte in die Rednerliste einzeichnen. Von diesen begründet Stricker-Berlin folgenden neu eingereichten Berliner Antrag:

„Für Mitglieder, welche sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden, kann der Beitrag auf 60 Pf. festgesetzt werden, jedoch nur auf Beschluß der Bezirksleitung bezw. des Vorstandes.“

Rüchis-Hamburg geht auf den § 38 des Statuts über Arbeitseinstellungen ein und plädiert für die Annahme dieses Hamburger Antrages:

„Bei Aussperrungen und Streiks, welche einen größeren Umfang anzunehmen drohen, ist der Vorstand verpflichtet: a) Wenn sich Aussperrungen oder Streiks größeren Umfangs über bestimmte Distrikte erstrecken, sofort eine Konferenz einzuberufen. Diese Konferenz setzt sich zusammen aus Delegierten der in Betracht kommenden Mitgliedschaften, welche nach den Bestimmungen der Wahlen zur Generalversammlung zu wählen

sind. b) Droht eine Aussperrung oder Streik über das ganze Gebiet des Verbandes, ist eine Generalversammlung einzuberufen. Die so zusammengesetzten Mitgliedervertretungen haben über alle Fragen der Lokale zu entscheiden und gleichfalls Bestimmungen zu treffen, ob eine Einschränkung der Unterstützung erfolgen soll.“

Cohen-Berlin betont, daß die Berliner im Prinzip für die Staffellage sind. Er bittet um Zustimmung zu dem Antrag Berlin. Eine Staffellage in anderer Form würden die Berliner nicht mitmachen. Machen wir mit dem Berliner Vorschlag einen Versuch. Ist er gut, dann können wir eventuell später einen Schritt weiter gehen.

Mannheim, 9. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Metallarbeiter-Generalversammlung lehnte die Einführung der Staffelleistungen mit 115 gegen 83 Stimmen ab.

Verfassungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin erhaltete der Kassierer Warbenberg die Abrechnung für das erste Quartal. Dieselbe schließt für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 58 012 M. Die Lokalkasse hatte einschließlich der Bestände eine Einnahme von 217 200 M., eine Ausgabe von 25 038 M. und einen Bestand von 181 688 M. — Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 9094 und dürfte gegenwärtig 10 000 überschritten haben. — Puff berichtete über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission. Darauf wurden als Delegierte gewählt Puff, Kracht, Binsler, Teuergart. Außerdem stellt der Zweigvereinsvorstand einen Delegierten aus seiner Mitte. Zwei weitere Delegierte sind von den Sektionen der Kugel sowie der Gips- und Zementbranche zu wählen. Hierauf folgte die Neuwahl der Schiedskommission.

Ueber die Unterstufung der Raifeier sprachen teilte Meyer mit: Es erhielten 922 Arbeitslose für 1784 Tage 5205,05 M., 176 Gemahregelte für 1134 Tage 3412,70 M. Das sind zusammen für 2968 Tage 8617,75 M. — Das Ortsstatut des Zweigvereins ist mit 723 gegen 660 Stimmen angenommen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung, die am 17. Mai begann, fand am Mittwochabend in Kellers Lokal, Köpenicker Straße, statt. Auf der Tagesordnung stand der Antrag der Funktionärversammlung auf Einführung des Delegiertensystems für die örtliche Generalversammlung. In der Diskussion wurde das Delegiertensystem von manchen Rednern heftig angegriffen, von anderen Rednern aber warm verteidigt und schließlich nach sehr lebhaft geführtem Streit mit großer Majorität angenommen. Die Versammlung trat dann in die Beratung des aus 14 Paragraphen bestehenden Reglements ein. Ein Antrag, das Reglement als Ganzes anzunehmen, fand die Zustimmung der Versammelten. Andere Anträge, den Arbeitsnachweis und die Bibliothek betreffend, wurden an die nächste Generalversammlung verwiesen. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Ausgabe.)

Marktpreise von Berlin am 8. Juni 1911, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise (Metzhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—35,00. Speisebohnen, weiße 30,00—35,00. Linen 30,00—35,00. Kartoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schmalz 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,50. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,20. Wale 1,20—3,00. Jander 1,40—3,00. Fische 1,20 bis 2,80. Barische 0,80—2,00. Schote 1,20—3,40. Meis 0,80—1,80. 60 Stück Strebe 3,00—35,00.

Hosen-Woche

Dauer vom 10. bis 18. Juni

Außergewöhnlich billige Serien erheblich unter unseren regulären Preisen

- Serie 1. Herren-Stoff-Hosen in vielen Mustern... M. 2.15
Serie 2. Herren-Stoff-Hosen besonders haltbare Stoffe... M. 4.35
Serie 3. Herren-Hosen Kammgarnart, solide Muster... M. 5.90
Serie 4. Herren-Hosen Kammgarn-Cheviot... M. 7.60
Serie 5. Herren-Hosen in Kammgarn-Cheviot... M. 10.90
Serie 6. Herren-Waschhosen Moderne Streifen, haltbare Waschstoffe M. 2.65
Serie 7. Knaben-Waschhosen für 3-8 Jahre... durchweg 60 Pf.
Serie 8. Knaben-Waschhosen für 9-12 Jahre... durchweg M. 1.10
Serie 9. Knaben-Stoff-Hosen für 3-8 Jahre... durchweg M. 1.50
Serie 10. Knaben-Sport-Hosen blau Satin... von M. 1.65 an



Großer Posten Rester-Herren-Hosen aus Maßstoffen gearbeitet, besonders preiswert

Spiel-Höschen Praktischer Ersatz für Spiel-Anzug in vielen Farben 1.75 1.25 95 Pf.

Großer Posten Rester-Knie-Hosen für Knaben i. Alter v. 8-14 Jahren, besond. preiswert

Amerikanische Schughosen für jeden Beruf geeignet, insbesondere für Chauffeur. Prima echt indigo-blauer Köper. Bester Schutz gegen Betriebsunfälle. D.R.G.M. 3.95

BaerSohn

Kleider-Werke Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 Gr. Frankfurter Straße 20 11 Brückenstraße 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Radfahrer-Hosen Weiße Hosen Kletter-Hosen Touristen-Hosen Fußball-Hosen Tennis-Hosen in sehr großer Auswahl



C. Wiese, Mühlenstr. 45. H. Fleisch- u. Wurstwaren. Wiedmann & Swunke, Wolfenbüttel-Str. 113.

Streng reell u. preiswert d. Firma. Heine Ferster, Reinickendorferstr. 8. Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.

Gebr. A. & J. Podzuweit, Ruppiner Str. 24. Marnholz, W., Graetzstr. 19/20.

Paul E. Maass, Ruppiner Str. 24. Marnholz, W., Graetzstr. 19/20. Martin, Erich, Rixdorf, Allerstr. 29.

C. Richter, Rixdorf, Friedenstr. 49. Otto Wehnert, Sattlereigasse, Chausseestr. 50. Lehnanstalten.

Schramowski, F., Frick-Chausseest. 11. Otto M. Schulze, Stolpische Str. 27. Walter Seidel, Bunsenstr. 26.

Nähmaschinen. Afrana-Nähmaschinen, G.A. Böttner, Bismarckstr. 17.

Wurst-Centrale, Rixdorf, Bergstr. 135. Ecker Rosenat. Karl Harms, Danzigerstr. 7.

Bazar Norden, Brunnenstr. 177. Hansen, Rixdorf, Berliner Str. 11.

Abend, R., Rummelg., Senatsstr. 4. O. Albrecht, Lybenerstr. 41.

München, Rob., Schwedter-Str. 12. Murnigkeit, G., Schliemannstr. 14.

Dir. Börsers, Handels-Akademie, Bouthstr. 10.

Spezial-Mehlhandlung, Mühlentabrikate, Konserven, Berlin, Pettanstraße 19.

Singer Nähmaschinen, Laden in allen Stadtteilen. Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.

Glas u. Porzellan. Floeder & Kroll, Rixdorf, Bergstr. 135.

Huf-Centrale, Kehr-Hüte, J. Kock, Kastanien Allee 80.

Kolonialwaren. Abend, R., Rummelg., Senatsstr. 4.

Julius Plotke, Reinickendorferstr. 13. Herm. Radke, Cöpenick, A. Ramhold.

Technikum, Bauschule, Licht-Melanstalten, Hantsch, Rausch, Rich.

Möbelmagazine, Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 60/61.

Putzmittel, Saffin, bester Schuhputz, Solano, best. Metallputz.

Phonographen-Ratz, größtes Spezialhaus, Reimann, Hackensch. Markt 4.

Mandel's Hutfabrik, Oscar Ortman, Spandau-Charlottenstr. 4.

August Dankert, Max Dähnck, R. Weserstr. 52.

Willy Roitzsch, Carl Robra, Langhausstr. 58.

Linoleum u. Wachs, Hantsch, Rausch, Rich., Niederlage Warschauerstr. 6.

Wilh. Gabbert, Geppert, Paul, Zossenerstr. 22.

Putz- u. Modewaren, M. Ende, Spandauer Allee 165.

Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 131. Raminck, Spandau, Schönw. Str. 92.

Vereinigte Hut-Compagnie, Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 124.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16.

Frese, Ernst, Landberg, Str. 75.

Graff & Heyn, Wilmsdorfer Str. 118.

Restorhandlungen, Latsch, Promel, Großwälderstr. 199.

„Stottern“, beseitigt gründlich und dauernd bei jedem, der stotterfrei einget.

Kaffee-Spezialgeschäft, A. Kobbelt, Invalidenstr. 19.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4.

Joh. Schulze, Waldemarstr. 23a.

Friedrichsohn, J. A. Fürstenberg, a. d. Markthalle.

Misch, Möbel-Kamerling, Kastanienallee 6.

Schuhwaren für Schwabauer, Kossowski, Fappel-Allee 57.

Herren-Artikel, Anton, Schönhauser Allee 116.

Konsum-Gesellschaft, Berlin u. Umgegend, Kleiderstoffe, Wäsche, Wolle.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16.

Hammerstadt, G., Str. 10.

Möbel-Fabrik, Nagott, R., Richardpl. 8.

Rebsch, E., Spandau, Rehfeld, A., Eismann, 25.

Herren- u. Knabengard., Amerikan. Verkaufshäuser, R. Bänsch.

Kaufhaus, Kaufhaus Gebr. Preuß, Berl. NW, Bunsenstr. 11.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16.

Hammerstadt, G., Str. 10.

Möbel-Fabrik, Nagott, R., Richardpl. 8.

Rebsch, E., Spandau, Rehfeld, A., Eismann, 25.

Max Kaplan, Friedrichstr. 1. Große Auswahl fertiger Kleidung.

Ferd. Gräning, Jungstr. 11. Aug. Grimberger, Hustenstr. 49.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16.

Hammerstadt, G., Str. 10.

Möbel-Fabrik, Nagott, R., Richardpl. 8.

Rebsch, E., Spandau, Rehfeld, A., Eismann, 25.

S. Posner, Brunnenstr. 172. Ritzig, Ad., Frankl. Allee 107.

M. F. Leyke, Hauptkontor zur Kai. Nordbahn.

Goetsch, Ernst, Grabitz, Breslauer Str. 4.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16.

Hammerstadt, G., Str. 10.

Möbel-Fabrik, Nagott, R., Richardpl. 8.

Rebsch, E., Spandau, Rehfeld, A., Eismann, 25.

Schirme u. Stöcke, Seifen, Teppiche u. Gardinen, Trauer-Magazin, Westmann, Uhren u. Goldwaren, Abel.

Luders, Nolte, Rudolf Pinz, Emil Quade, Karl Reichel, R. Schmelz, Warenhäuser, Warenhaus Max Codik, Max Blumenreich, Julius Loewenberg Nachf.

Warenhaus M. Nirsch Spandau, Hugo Selig, Conrad, Sello, Hermann, Ignatz Sello, Waschnittel, Verlangen Sie „Edelweiß“, Pietschmann, Marie.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Sommer noch Vichelswerder, an der neuen beim Alten Freunde. Ausnahmepreise für Mai, Juni, Juli. A.B. KOCH Kohlen- u. Briketts-Großhandlung.

Brennspiritus Marke „Herold“ 30 pro Liter 90 Vol.%, 95 Vol. % pro Liter für Leuchtzwecke. jekt billiger.

Verkäufe, Hermannplatz 6, Teppiche, Möbel, Herrenanzüge, Kleider, Schuhe, Uhren, Schmuck, etc.

Möbel, Möbel ohne Geld, Möbel-Verkauf, Möbel-Verkauf, Möbel-Verkauf, etc.

Musik, Vermietungen, Wohnungen, Zimmer, Schlafstellen, Mietsgesuche, Arbeitsmarkt, Stellenangebote.

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 11. Juni: Familienausflug nach Restaurant Rabenstein. Treffpunkt um 8 Uhr am Eingang zum Kurpark.

Kallberge-Adersdorf. Am Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 8 Uhr, findet im Restaurant „Weißer Schwan“ (Zuh. Paul Hoffmann), Vogelstodterstr. 1, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: „Die Entrechtung der Arbeiterklasse durch die Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages in der neuen Reichsversicherungsordnung.“ Referent: Reichstagsabgeordn. Emil Eichhorn-Berlin. 2. Freie Diskussion für jedermann.

Der Einberufer. Spandau. Am Sonntag, den 11. Juni, morgens 7 1/2 Uhr, von allen Bezirkskollegen aus: wichtige Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Furchtbare Flugkatastrophe.

Schendel mit Passagier tödlich abgestürzt.

Die so glänzend begonnene Flugwoche ist durch eine schreckliche Katastrophe unterbrochen worden. Wir erhalten von einem Augenzeugen darüber folgenden Bericht: Der Dornerpilot Schendel stieg am Freitag gegen 8 Uhr mit einem Passagier in der Absicht auf, einen neuen Höhenrekord aufzustellen. Bereits am Donnerstag hatte er die Absicht bekundet, den von Hirth aufgestellten Höhenrekord im Passagierflug von 1580 Meter zu brechen. Er hat auch wirklich eine größere Höhe von schätzungsweise 2000 Meter erreicht, sich aber dieses Triumphes nicht lange zu erfreuen vermocht. Als er über Köpenick im Gleitfluge niederging, kippte in etwa 500 Meter Höhe der Apparat vornüber und sauste senkrecht zu Boden. Die beiden Insassen wurden herausgeschleudert. Sie stürzten an der Grenze von Köpenick nieder und fanden durch den furchtbaren Anprall sofort den Tod.

Schendel hatte erst am dritten Pfingsttag mit 2010 Meter den neuesten deutschen Höhenrekord aufgestellt. Wer ihn fliegen sah, empfing den Eindruck, es nicht nur mit einem überaus schneidigen, sondern geradezu tollkühnen Flieger zu tun zu haben. Man wurde den Eindruck nicht los, daß diese Verwegenheit, die sich nicht nur in der Sucht nach Rekordleistungen, sondern auch in der draufgängerischen Art seines Fliegens nicht über dem Boden äußerte, früher oder später mit einer Katastrophe enden würde. Inwieweit Schendel nun das Opfer seines allzu gefährlichen Wagemutes geworden ist, wird sich schwer feststellen lassen. Doch sollte diese neue furchtbare Fliegerkatastrophe den anderen Piloten zur eindringlichsten Warnung dienen. Mit tollkühnen Bravourleistungen ist auch der Entwicklung der Flugtechnik am allerwenigsten gedient.

Wolffs Depeschensbureau gibt folgende Darstellung der Katastrophe:

Der 24 Jahre alte Flieger Schendel war mit seinem etwa 90 Jahre alten Monteur Boh auf einem Dornereindecker gegen 7 Uhr aufgestiegen, in der Absicht, den Welthöhenrekord zu brechen. Als um 8 1/2 Uhr der Kanonenschuß zum Zeichen der Beendigung der heutigen Flüge ertönte, befand sich Schendel noch in Höhe von etwa zweitausend Meter. Vermutlich wollte er im Gleitfluge landen, als sich das Flugzeug plötzlich senkrecht stellte. Es gelang dem Flieger wieder, das Flugzeug ins Gleichgewicht zu bringen, doch stellte es sich bald wiederum senkrecht und stürzte herab und kam in einer Laubentkolonie hinter Adersdorf nieder. Sofort fuhr ein Automobil der Flugplatzgesellschaft an die Unfallstelle und brachte den Flieger samt seinem Passagier als Leichen zurück.

Die B. G. schildert den Absturz folgendermaßen: „Um 8 Uhr 35 Minuten bemerkte man plötzlich, wie Schendel im schnellen Gleitflug niederging. Als der Apparat auf ungefähr 1500 Meter Höhe niedergekommen war, wurden die entsehten Zuschauer gewahrt, daß irgend etwas an dem Apparat in Unordnung geraten war. Von seitlichen Wenden geschüttelt, flog der Apparat hin und her, doch sah es so aus, als ob der geübte Führer doch noch die Herrschaft über die Steuerung hätte. Je weiter der Apparat jedoch sank, desto mehr mußte man erkennen, daß es ein Kampf auf Leben und Tod war, den Schendel in den Lüften führte. Ein endlicher seitlicher Windstoß brachte den Apparat zum Umkippen, und im furchtbaren Sturz sauste das Flugzeug mit seinen beiden Passagieren aus ungefähr 1000 Meter Höhe in die Tiefe. Vollständig zertrümmert wurde der Apparat einige Minuten später in einer Laubentkolonie bei Adersdorf von den sofort herbeigeeilten Beamten der Flugplatzgesellschaft gefunden. Schendel und sein Passagier wurden entsehtlich verstümmelt unter den Trümmern herangezogen.“

Ein leichtes Gilben der Blätter, wie es sich sonst erst gewöhnlich Ende Juli bemerkbar macht, kann man jetzt schon vereinzelt beobachten. Namentlich solche Straucharten weisen gelbliche Blatttönungen auf, die verhältnismäßig zeitig im Frühjahr Laub bekommen. Die hohe Temperatur des Maienmonats, besonders aber die anhaltende Trockenheit der letzten Wochen dürften die Schuld an diesem allzu zeitigen Welken tragen. Und dort gerade, wo Wishe und Hecken der prallen Sonne ausgesetzt sind, wie z. B. an Balbrändern und Feldrainen, zeigt sich unsere Beobachtung am häufigsten und deutlichsten; denn dort fehlt der Schatten gänzlich, der immerhin einige Kühlung und Erfrischung bringt. Namentlich einige mit Niederschlägen gesegnete Tage, dann würde dieser vereinzelt auftretende gelbliche Hauch bald verschwinden und wieder einem kräftigen sommerlichen Grün Platz machen.

Die königliche Porzellanmanufaktur kann in diesem Jahre ein Jubiläum feiern. Es sind jetzt 150 Jahre verstrichen, seit Goglowsky die Porzellanfabrikation in Berlin einrichtete und damit den Grund zur königlichen Porzellanmanufaktur legte. Allerdings war das Unternehmen Goglowskys nicht das erste der Branche in Berlin gewesen. Die Versuche, in der Werkstatt Porzellan herzustellen, gehen sogar bis 1713 zurück, in welchem Jahre der Minister v. Görne in Plauen eine Porzellanfabrik nach Meißener Muster anlegte, die aber 1730 wieder einging. Im Jahre 1741 wollte Hunger, der früher in Meissen tätig gewesen war, eine Fabrik in Berlin einrichten, jedoch kam der Plan nicht zustande und erst 1750 wurde die Frage wieder aktuell. Die Glaschneider, Gebr. Schadert und kurz darauf der Wollenzugfabrikant Wegely bewarben sich beim Könige um das Privileg zur Errichtung einer Porzellanfabrik. Wegely, der weißes Hartporzellan herstellen konnte, erhielt die Kon-

zession zuerst, die Schaderts, die nur weißes Glas fertigbrachten, wurden nach Stennewitz gewiesen, siedelten sich indessen später bei Nassdorf an. Die Fabrik von Wegely trat 1751 in Tätigkeit, hatte aber von Anfang an mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es fehlte an dem nötigen Material, an geübten Arbeitern und die scharfe Konkurrenz Meißens, sowie schließlich der siebenjährige Krieg brachten die Fabrik vollends zum Ruin. Wegely, der sich alle erdenkliche Mühe gegeben hatte, sein Unternehmen zu halten, löste die Fabrik im Herbst 1757 auf und leistete Verzicht auf die Konzession. Das ziemlich reichhaltige Porzellanlager wurde versteigert und ein großer Teil davon sowie von den Fabrikgeräten wurde von Reichard, dem Techniker der Wegelyschen Fabrik erworben, der es später an Goglowsky veräußerte. Goglowsky war bereits 1760 vom König angeregt worden, das Meißener Porzellan in Berlin nachzuahmen. Er trat deshalb mit Reichard, der das Geheimnis der Fabrikation kannte, in Verbindung, schloß mit ihm einen Kontrakt und errichtete 1761 eine Porzellanmanufaktur in Berlin, die allerdings nicht von Goglowsky, sondern von dem sächsischen Kommissionsrat Orieninger geleitet wurde. Bis zum Ende des Krieges war die Fabrik mit 2 Brennöfen und 150 Arbeitern im Betrieb; sie ging indessen schon am 24. August 1763 für 225 000 Taler in den Besitz des Königs über und wurde die Grundlage der heutigen königlichen Porzellanmanufaktur.

Kornblumentage

finden am nächsten Sonntage, am 11. Juni, in den Gemeinden Köpenick, Adersdorf, Grünau, Johannisthal und Nieder-Schöneweide statt. Dieser Tag ist in Aussicht genommen in Rücksicht darauf, weil die Ruderegatta in Grünau und der Beginn des Wettfluges auf dem Flugplatz Johannisthal stattfinden. Man hofft, am 11. Juni ein besonders günstiges Ergebnis zu erzielen.

Am gleichen Tage hat Wilhelmstraße seinen Kornblumentag, während in Tegel der 10. Juni hierfür in Aussicht genommen ist. Die Kornblumentage werden vom Zentralkomitee des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz veranstaltet und sollen Mittel herbeischaffen zum Besten der Veteranen zur Veranlagung freier Brunnen- und Baderuten, Ausbau von Veteranenheimen usw.

Desfentlich werden Frauen und Mädchen aufgefordert, sich in den Dienst des Roten Kreuzes zu stellen zum Verkauf von Kornblumen und Postkarten; in einer amtlichen Bekanntmachung des Amtsvorstehers in Tegel werden „junge Damen aus dem Amtsgerichtsbezirk Tegel“ ersucht, sich zu melden.

Es sind Kornblumen gewählt, weil man glaubt, damit besonders patriotische Herzen zu rühren.

Die Margaretentage, die den Kornblumentagen folgen, sollen bekanntlich anderen Zwecken dienen als die Kornblumentage.

Schlimmer als durch diese Kornblumentage kann die Pflichtvernachlässigung der Veteranen durch das Reich nicht geahndet werden.

Aus Tempelhof wird uns geschrieben:

Das sonst so rüchständige Tempelhof geht jetzt mit der Reuezeit mit. Vorläufig wird es sich am Sonntag, den 18. Juni, auf dem Gebiete der modern gewordenen Engroschneiderei, genannt „Blumentag“, betätigen. 600 Frauen und junge Mädchen werden an diesem Tage den Einwohnern, Spaziergängern und Fahrgästen Blumen anbieten. Da bei dem Vaterländischen Frauenverein die Mitgliederzahl ebenso gering ist, wie ihre Einnahmen, so geben vierzehn hiesige Vereine dem Reich der nötigen Nachdruck. Es gibt hier eine Anzahl schwerreicher Leute, sollte es diesen nicht möglich sein, die lumpigen paar tausend Mark aufzubringen?

Die königliche Befähigung der Wiederwahl des Oberbürgermeisters Kirchner ist nach Mitteilung des Magistrats noch nicht im Rathaus eingetroffen.

Zur Verbreiterung der Dresdener Straße. Zur Durchführung der von den Gemeindebehörden beschlossenen Verbreiterung der Dresdener Straße muß die Stadt die Häuser Dresdener Str. 66, 67, 68 erwerben. Der Magistrat hat beschloffen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung das Haus Nr. 66 zum Preise von 225 000 M. käuflich zu erwerben und die Häuser 67 und 68 zu enteignen, weil die Verhandlungen an den Forderungen der Hauseigentümer gescheitert sind.

Eine Volksversammlung für Laubstümme findet am Sonntag, den 11. Juni, mittags 12 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97, statt. Genosse Siegfried Meyer wird das Thema: „Die Reichstagswahlen“ behandeln. Daranschließend: Freie Diskussion. Zu dieser Versammlung wollen die Parteigenossen eine rege Propaganda entfalten.

Eine verspätete Todesnachricht wurde dieser Tage von der Armen-direktion an die Mutter eines unehelichen Kindes gesandt. Die Mutter hatte im Jahre 1908 das Kind bald nach der Geburt den in der Provinz wohnenden Angehörigen des unehelichen Vaters übergeben, weil sie selber nach Berlin zurückkehren und dort Arbeit suchen wollte. Die Großeltern gaben dann das Kind in Privatpflege zu einer Familie, die nach einer an die Mutter gelangten Mitteilung des Vormundschaftsgerichts in einem Ort bei Wittenberg wohnte. Zu einem Wiedersehen zwischen Mutter und Kind kam es die ganzen Jahre hindurch nicht. Die Pflegeeltern schrieben einige Male nach Berlin, die Mutter solle Geld schicken, aber diese meinte, hierzu nicht in der Lage zu sein. Dann scheint für das Kind die Hilfe der dortigen Gemeinde in Anspruch genommen worden zu sein. Das muß geschlossen werden daraus, daß in Berlin die Armen-direktion, die wohl der auswärtigen Gemeinde die Kosten erlegen mußte, einige Male bei der Mutter anfragte, ob sie nicht etwas zahlen wolle. Inzwischen heiratete in Berlin die Mutter, und im Frühjahr 1911 dachte sie daran, im Einverständnis mit ihrem Mann das Kind in nächster Zeit zurückzufordern. Da kam plötzlich Ende Mai von der Armen-direktion ein Schreiben, durch das sie benachrichtigt wurde, das Kind sei vor vier Wochen gestorben und in einem Ort bei Magdeburg beerdigt worden. Wann und wie das Kind nach der Gegend von Magdeburg gelangt ist, darüber hat kein Mensch — behauptet die Mutter — ihr etwas mitgeteilt. Sie wunderte sich auch, warum ihr die Todesnachricht erst vier Wochen nach dem Ableben des Kindes zugegangen ist. Wen die Schuld an der Verzögerung trifft, ist diesmal schwer zu sagen. Wir kennen die Art von „Fügigkeit“, mit der aus den Bureauis unferer Berliner Stadtverwaltung manchmal solche Nachrichten abgeschickt werden. Möglich ist es aber, daß diesmal die Armen-direktion selber zu spät den Tod des Kindes erfahren hat.

Von den städtischen Arbeitern wird uns geschrieben: Schlechte Erfahrungen machen die Arbeiter der Kanalisationsbauverwaltung mit ihrem endlich erhaltenen Arbeiterauschuss. Nicht, daß die Ausschussmitglieder ihre Pflicht verabsäumen; im Gegenteil. Die Arbeitervertreter haben in einer Sitzung des Ausschusses, freilich schon am 22. November 1910, energisch die Durchführung der neun-stündigen Arbeitszeit auch in den Wintermonaten und die Befreiung von Wasserfristeln verlangt. Bis heute ist aber ein definitiver Beschluß über das Schicksal dieser Anträge nicht zu erlangen gewesen. Die Arbeiter delegierten dann vor längerer Zeit drei

Mitglieder des Arbeiterauschusses zum Vorsitzenden desselben. Ihre Bemühungen waren hier jedoch ergebnislos; denn dieser schickte sie wieder zu dem den Betrieb leitenden Baumeister. Dieser Herr sagte, die Sache liege bei der Deputation. Eine Nachfrage bei Mitgliedern der Deputation ergab aber, daß bis jetzt bei derselben keine Anträge der Arbeiter eingegangen sind. Die Arbeiter fragen sich, was denn der ganze Arbeiterauschuss für einen Wert hat, wenn die Anträge, die sie durch denselben stellen lassen, doch einfach irgendwo verschwinden und die zuständige Stelle, das ist in diesem Falle die Deputation für die Kanalisationswerke und Güter Berlins, gar nicht erreichen. Es herrscht unter den Arbeitern allgemein die Befürchtung, daß der Winter herankommen wird, ohne daß Remedur geschaffen ist, und sie ihren Schwächern daher schon jetzt enger schnallen müssen; denn bei einem täglichen Lohn für sieben Stunden im Winter ist an Sattessen nicht zu denken.

Rückständig ist unsere Eisenbahnverwaltung in der Beförderung von Kranken und Verwundeten. Das zeigte sich gestern vormittag wieder einmal bei einem Selbstmordversuch auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Dort warf sich kurz nach 10 Uhr ein noch unbekannter Mann in den vierziger Jahren in selbstmörderischer Absicht vor einen Stadtbahnzug und wurde überfahren und schwer verletzt. Der Zug wurde zurückgedrückt und der Unglückliche unter dem Wagen hervorgeholt. Der Bahnarzt war gleich zur Stelle und legte dem schwer Verwundeten einen Rotverband an. Dann wurde der Mann in einen Kragelkorb gelegt, der auf jedem Bahnhofe steht. Vier Arbeiter saßen an, hoben den Korb auf die Schultern und trugen den Verletzten durch die sehr belebte Friedrichstraße nach der königlichen Klinik. Es waren kräftige Leute, aber sie hatten an dem ziemlich beleibten Verwundeten doch so schwer zu tragen, daß sie etwa alle 150 Meter absetzen mußten. Das gab nun jedesmal in dem starken Verkehr einen Aufruf. Die Neugierigen eilten herbei, drängten sich heran und gaben sich alle Mühe, auch einen Einblick in den Korb zu bekommen. Für den Verwundeten muß jede Unterbrechung des Weges sehr schmerzvoll gewesen sein. Das können die Träger auch beim besten Willen nicht vermeiden. Sie sind nicht geschult in solchen Dingen, besonders nicht im Aufheben des Tragetisches. So kommt der Verunglückte in schiefe und schräge Lagen, bald so, bald so, die ihm jedesmal Schmerzen bereiten müssen. Diese Art des Transportes ist veraltet und beruht wahrscheinlich noch auf einem alten „Reglement“. Andere Verwaltungen, zum Beispiel die Garnisonverwaltung, haben sie längst abgeschafft und sind von den fahrbaren Körben auch schon zu eigenen Transportwagen übergegangen. Wer das nicht will, der kann sich wenigstens der zeitgemäßen Mittel bedienen, die die Stadt und die Kanalisationsverwaltungen zur Verfügung stellen. In diesem Falle besonders wäre es möglich gewesen, durch einen einfachen Fernruf in der kürzesten Zeit vom Verband für erste Hilfe am Schiffbauerdamm einen Wagen zu bekommen. Er hätte schon da sein können, bevor noch der Arzt mit dem ersten Verbande fertig war. Gerade die Eisenbahnverwaltung sollte doch mit Veraltungen auf diesem Gebiete am ersten aufräumen, weil sie ja in ihrem Betriebe zu jeder Stunde auf Erkrankungen und Unglücksfälle gefaßt sein muß.

Krankenpfleger Griehl aus der Untersuchungsanstalt entlassen. Der seit dem 3. März d. J. in Untersuchungsanstalt befindliche Krankenpfleger Edmund Griehl ist gestern nachmittags gegen 2 Uhr aus der Haft entlassen und das Verfahren gegen ihn eingestellt worden. Griehl war bekanntlich wegen dringenden Verdachts des Mordes an der 68 Jahre alten Rentiere Margarete Hoffmann, geb. Schiller, in Haft genommen worden.

Wiederholt waren die Anträge der Verteidiger des Verhafteten auf Haftentlassung vom Gericht abgelehnt worden. Vor mehreren Tagen stellten die Verteidiger einen erneuten Antrag, dem nunmehr Folge gegeben wurde, und nach einer längeren Konferenz, die der Erste Staatsanwalt Hagemann mit dem Untersuchungsrichter Rudolf hatte, wurde die Haftentlassung Griehls beschlossen. Nach Erfüllung der erforderlichen Formalitäten konnte Griehl gestern gegen 2 Uhr mittags nach über dreimonatlicher Haft das Gefängnis verlassen und nach Hause zurückkehren. In der Begründung wird betont, daß wohl eine ganze Reihe Verdachtsgründe gegen Griehl vorliege, diese aber nicht ausreichen, eine längere Untersuchungsanstalt zu rechtfertigen, da bei dem jetzigen Stadium der Untersuchung von der Erhebung einer Anklage Abstand genommen werden müsse. Das Verfahren sei deshalb einzustellen und der Beschuldigte aus der Haft zu entlassen.

Ein merkwürdiger Fund. Im Drehgestell des Waggons Nr. 1321 eines zwischen Berlin und Oderberg verkehrenden D-Zuges wurde bei der Reinigung des Wagens in der Potsdamer Eisenbahn-Hauptwerkstätte ein weiblicher Fuß gefunden, der schon nach den Verwesungsanzeichen längere Zeit dort gelegen haben mußte. Es ist möglich, daß das Bein von einer Frau stammt, die vom Zuge überfahren worden ist; bei dem starken Luftdruck kann der Fuß im Moment des Ueberfahrens in das Drehgestell geschleudert worden sein. Sonderbar ist es nun, daß der Fuß vollständig nass war.

Der Hühnerhändler als Versicherungs-kandidat. Einen heiteren Abschluß fand gestern ein Prozeß, den der Versicherungsagent Freiherr v. Schirp gegen die Gesellschaft „Wilhelma“ und die Personlichkeit des als „Prinz Aqua“ auftretenden Hühnerhändlers Aqua Bonambona Bonatu, eines Neffen des alten „King Bell“, vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts führte. Der „Schwarze Prinz“ hatte beim Kläger sein Leben in Höhe von 25 000 M. versichert; die beklagte Gesellschaft verweigerte aber die Aufnahme des Prinzen und ebenso eine Provisionszahlung an den Kläger, da die Auskunft über den Hühnerhändler sehr ungünstig ausfiel und u. a. auch die Bank, bei der Prinz Aqua seine Kapitalien aufgespeichert haben wollte, von einem solchen Depot nichts wußte. Freiherr v. Schirp, der mit seltener Fähigkeit an seinem Kandidaten festhielt, wollte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis dafür antreten, daß sein Prinz ein tadellos gerittener Gentleman sei. Er wollte diesen zum Termine auch persönlich mitbringen, „Hohheit“ zog es jedoch vor, dem Gerichte fernzubleiben. Eine um so deutlichere Sprache redeten die Auskünfte, die das Kaufmannsgericht vom Polizeipräsidenten von Berlin und vom Gouverneur von Kamerun eingezogen hat. „Prinz Aqua“ ist nach der Auskunft des Polizeipräsidenten ein Sohn des Hühnerhändlers Bell, wohnte in der Weinmeister- und Elssasser Straße in Chambragnis, für den Preis von 25 M. monatlich, macht bei Wirtinnen und Geschäftsleuten Schulden und führt einen leichtsinnigen Lebenswandel. Er „verlobte“ sich mit der Tochter eines Zigarrenhändlers und verschwand dann, nachdem er ihr 600 M. abgenommen hatte. Bei der Amtsanwaltschaft Charlottenburg schwebt gegen ihn ein Verfahren wegen Betruges, bei der Berliner Staatsanwaltschaft schweben Verfahren wegen Gefangenensbefreiung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Nach der vom kaiserlichen Gouverneur in Kamerun eingegangenen Auskunft ist der Vater des Prinzen Hühnerhändler eines Dualla-Stammes der Dorfschaft Bonatu. Der Zufall wollte es, daß in diesem Falle das Verhörkollegium besonders sachverständig war, denn ein Zeuge, mit dem der schwarze Prinz auch in „Geschäftsverbindung“ treten wollte, erklärte dem Kläger, daß er als intelligenter Kaufmann in spätestens einer halben Stunde hätte

erkennen müssen, des Geistes Kind der „Prinz“ sei. Ein anderer Weisther, der selbst mehrere Jahre in Afrika geweilt und die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, betonte wiederum, daß unzufriedenes Land in der Tat nicht als Wertobjekt angesehen werden kann, auch würde die Dorfschaft gar nicht daran denken, die laufende Prämie von 1200 M. jährlich für den Sohn ihres Hauptlings zu bezahlen.

Nach dieser gradierenden Weisaufnahme ließ Freiherr v. Schirp seinen prinzipialen Kandidaten auf Anraten des Vorstehenden endlich fallen und verzichtete auf die Provision. Zu seiner persönlichen Rechtfertigung brachte er noch vor, daß sich der Prinz ihm gegenüber als Beamter der Kolonialverwaltung ausgegeben habe, und zwar unter Bestätigung zweier angeleglicher „Kolegen“, eines Weißen und eines Schwarzen. Trotz dieser Bestätigung „schwarz auf weiß“ hatte der edle Prinz vom Dualla-Stamme natürlich auch hierbei gesunkert.

**Bergwerkstöt eines Arbeitslosen.** Ein aufregender Vorfall spielte sich am gestrigen Freitagvormittag gegen 10 Uhr am Hallschen Tor ab. Dort sprang vor den Augen zahlreicher Passanten ein etwa 30jähriger Arbeiter von der Hallschen Weide herab in den Kanal, in dessen Fluten er sofort unterging. Es gelang jedoch, mit dem Rettungsfahrer den Unglücklichen aus Ufer und von dort nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer zu bringen. Dort wurde festgestellt, daß der Mann der 30jährige Arbeiter Karl Schomewa sei. Der Lebensmüde, der seit vier Tagen nichts mehr gegessen hatte und obdachlos in den Straßen umhergeirrt war, hatte aus Verzweiflung darüber, daß er keine Arbeit bekommen konnte, versucht, seinem Leben ein Ende zu machen.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern auf dem Hinterlande des Grundstücks Mühlenstr. Nr. 60c aus der Spree gefischt. Dem Knaben war ein dreieckiges Stück Leinwand mit einem Faden um den Hals gebunden.

**Zeugen gesucht.** Personen, welche bei dem Unfall eines Mannes am 2. Pfingstfeiertag, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, zugegen gewesen sind und denselben nach der Unfallstation Badstraße gebracht haben, werden um Angabe ihrer Adressen an Frau Marie Groß, Stallstraße 13, gebeten.

Einen schweren Verlust hat am dritten Feiertage, abends gegen 10 Uhr, eine Arbeiterfrau erlitten, die in der städtischen Straßenbahn vom Görtzger Bahnhof bis Dunderstraße eine braune Handtasche mit gelbem Besatz verlor, in der sich 117 Mark bares, in Portemonnaies befindliches Geld befand. Da das Geld der Verliererin nicht gehört, es vielmehr erziehen muß, wird der Finder um Abgabe an P. Gerschow, Dunderstraße 80, Hof 4 Treppen, gebeten.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Der städtische Arbeitsnachweis Charlottenburg beabsichtigt am 1. September d. J. eine zweite Zweigstelle für Diensthilfsvermittlung Kantstr. 69 zu errichten, da die bisher bestehende Frauenabteilung auf dem Wittendbergplatz seit 1906 ihre Tätigkeit verdoppelt hat und weiteren Ansprüchen nicht mehr genügt. Ein entsprechender Antrag des Magistrats, 4500 M. für diesen Zweck zu bewilligen, liegt der Stadtverordnetenversammlung vor.

### Rigdorf.

**Strahmensünder werden seit einiger Zeit an Kindern verübt.** Nach den übereinstimmenden Beschreibungen ist die Täterin ein junges Mädchen von 16—18 Jahren, das schon seit geraumer Zeit ihr Unwesen treibt. Dieses Mädchen lauert den Kindern, die die Eltern mit Geld zum Einholen auschicken, unterwegs auf und nimmt ihnen das Geld mit List und oft auch mit Gewalt ab. So sind erst in den jüngsten Tagen wieder zwei Kinder beraubt worden, beide in der Weisestraße. Die Räuberin hat ein blaßes Gesicht, blondes Haar und graue Augen, und trug zuletzt ein rotgefeirtes langes Jackett, einen schwarzen Rock, einen schwarzen Hut mit rotem Band, gelbe Schuhe und eine Handtasche.

Die neunjährige Schülerin Ida Nebler, Steinmehstr. 87 wohnhaft, hatte für eine Frau in der Falkstraße einige kleine Einkäufe besorgt. Als die Kleine mit der Handtasche unter dem Arm und das Portemonnaie krampfhaft in der rechten Hand haltend zurückkehrte und das Haus wieder betreten wollte, fiel plötzlich eine unbekannte, etwa 30 Jahre alte Frauensperson über sie her und verschleifte ihr einige kräftige Faustschläge und raubte ihr das Portemonnaie, das 2 M. enthielt. Sie wandte sich dann zur Flucht und, obwohl die Kleine R. sofort Hilferufe ausstieß und Passanten die Verfolgung aufnahmen, entkam die Diebin.

### Schöneberg.

Ein gefährlicher Heiratswindler ist von der Schöneberger Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Ein 33 Jahre alter Maler Heinrich Wisnmann ließ seine Frau und fünf Kinder im Mecklenburg in Stich und kam hierher, um vom Schwindeln zu leben. Besonders in Schöneberg trieb er sein Unwesen. Mit vielen Mädchen, bei denen er etwas Geld witterte, knüpfte er Beziehungen an, die seinen Verleugungen nach bald zur Heirat führen sollten. Unter allerhand Vorspiegelungen lodierte er dann den Mädchen Ersparnisse bis zu 250 M. ab. Für einige der Betörten sind die Schwindelereien noch so schlimm, als ihr Verhältnis zu Wisnmann auch noch Folgen hat. Nach den bisherigen Ermittlungen hat Wisnmann wahrscheinlich noch mehr Mädchen betrogen, als bisher Anzeige gemacht haben.

### Lichtenberg.

Den Tod seiner Frau verschuldet zu haben, wird dem in Haft genommenen Schlosser Wilhelm Schilling zum Vorwurf gemacht. Er bestritt, wie bereits gemeldet wurde, anfänglich jede Mitbeteiligung seiner Frau. Jetzt hat er sich zu einem teilweisen Geständnis bequemt und zugegeben, die Frau am Pfingstsonnabend schwer geschlagen zu haben. Die Frau sei damals aus der Wohnung zu ihrer Mutter geflüchtet, von wo er sie wieder zurückgeholt habe. Obwohl einige Zeugen mit voller Bestimmtheit dabei bleiben, daß Sch. die Frau auch in der Nacht, in der sie starb, geschlagen habe, bestrittet er dies ganz entschieden.

### Oris.

Verschiedenerlei Klagen werden über den Verwaltungsinспектор Herrn Reine an hiesigen Arbeitsnachweis laut. So liegt u. a. eine Beschwerde einer entlassenen Arbeiterin aus der Wolschankstr. vor. Hier sind etwa zehn Mädchen beschäftigt, für die eine Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr kontraktlich vorgegeben ist. Falls erforderlich, sind von den Mädchen auch Überstunden zu leisten. Am 15. Mai d. J. wurden, wie man uns mitteilt, drei Mädchen vom Inspektor Reine ersucht, abends von 8—10 Uhr Stachelweizen abzusäen, eine Arbeit, die eigentlich das Küchenpersonal zu leisten hat. Die Mädchen weigerten sich, diese ihnen gar nicht zustehende Nachfeierabendarbeit zu leisten. Hierauf ließ der Herr Inspektor dieselben nicht kommen, um sie zur Rede zu stellen, weshalb sie den Auftrag nicht ausgeführt hätten. Er bekam von den Mädchen den Bescheid, daß sie trotz allem, wenn sie nach schwerer Arbeit abends 7 Uhr Feierabend machen könnten. Am 20. Mai wurden einige Mädchen entlassen. Da einige der Entlassenen auch ein Zeugnis haben wollten, wandten sie sich an den Inspektor, der dann dem Mädchen Emma Kr. nach einigem Widerstreben folgendes Zeugnis ausstellte:

Zeugnis.

Oris, d. 24. 5. 11.

Emma Kr. . . geboren 21. Februar 1886 zu Purckhumborf, Kreis Schweinitz, war vom 15. Juni 1906 bis zum 20. Mai 1911

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den

in hiesiger Anstalt als Waschmädchen angestellt. Leistungen: gut, Führung: besgl. Entlassung: Emma hat es trotz ihrer fünfjährigen Tätigkeit nicht vermocht, einen erzieherischen Einfluß auf die jüngeren Kolleginnen auszuüben, zumal ihr bekannt war, daß diese sich gegen die Disziplin und Ordnung auflehnten.

Reine, Verwaltungsinспектор.

Der mitentlassenen jüngeren Schwester Emmas wurde im Zeugnis nachgelagt, daß sie die ältere versichert habe.

Herr Reine scheint nicht zu wissen, daß er gelegentlich handelte, als er den Mädchen ein solches ihr späteres Fortkommen hinderndes Zeugnis ausstellte.

Wenn Arbeiterinnen erkannt haben, daß sie durch eine übermäßig lange Arbeitszeit tiefer und tiefer sinken und ihre körperliche und geistige Widerstandskraft verlieren, so berechtigt das Herrn Reine noch nicht, seinen Vorgesetzten im Zeugnis zum Ausdruck zu bringen.

### Stralsund.

**Badearten, zur Benutzung des „Deutschen Bades“ in Trepzow.** sind im Rathaus (Zimmer I) während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags zum Preise von 10 Pf. erhältlich. Die Karten sind nur für den eigenen Bedarf bestimmt.

### Erker.

Ueber den aufregenden Vorfall, der sich am Mittwochnachmittag in Freienbrink beim Baden abspielte, wird uns von einem Zeiter mitgeteilt, daß die in unserer gestrigen Notiz erwähnte Frau K. nicht bald das Opfer eines Rettungswortes, sondern ihres Leichtsinns geworden wäre. Schuld an dem Unfall, der Frau K. beinahe das Leben gekostet hätte, habe auch der Umstand, daß sich der Ehemann der Frau in ziemlicher Entfernung von seiner Frau befunden habe; die Frau sei, obwohl des Schwimmens unfähig, in eine sehr gefährliche Stelle geraten. Durch das Hinzukommen der in der Nähe befindlichen Metallarbeiter Kling, Meyer, Str. 19, und Pfannkuch, Rigdorf, Neue Jonastraße wohnhaft, sei die bereits betunglose Frau von dem Tode des Ertrinkens gerettet worden.

### Glensiek bei Jossen.

**Von Erdmassen verschüttet.** Am Mittwochnachmittag ereignete sich hier ein bedauerlicher Unglücksfall. Der beim Landwirt Rosowig beschäftigte 16 Jahre alte Arbeiter Eberide war beauftragt, aus einer Sandgrube Sand zu holen. Nach vollendeter Arbeit legte er sich in die Grube, um einen Mittagschlaf zu halten. Plötzlich löste sich aber das Erdreich und verschüttete Eberide. Als man den Verunglückten ausgegraben hatte, war er bereits tot. Am Donnerstag kam eine Gerichtskommission aus Jossen und gab die Leiche nach Aufnahme des Tatbestandes zur Beerdigung frei.

### Spandau.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern bei der Bodenbewegung an der Streitstraße. Der aus Schlesien kommende Arbeiter Joseph Schiesza wollte Loren aneinanderkoppeln; dabei geriet er zwischen zwei in der Fahrt befindliche Loren und erlitt eine Quetschung der Brust und brach zusammen. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt.

In der männlichen Leiche, die vorgestern am Stabholzgarten aus der Habel gefischt wurde, ist der 23jährige Gärtner Wladislaw Nowogzewski festgestellt worden, der in Spandau geboren und hier in der Kurgenstr. 1a in Schlafstelle gewohnt hat. R. arbeitete zuletzt in der Wetzfabrik und war seit kurzem krank.

**Spurlos verschwunden** ist seit Mittwoch der 16jährige Lehrling Gustav Henning, der bei einem Schuhmachermeister in der Schönwalder Straße beschäftigt war. Er verließ am 7. d. Mts. die Wohnung seiner Mutter, bei der er Kost und Logis hatte, mit der Aufgabe, sich zur Arbeit zu begeben. Er ist aber bei seinem Meister nicht eingetroffen und hat auch sonst kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben.

### Oranienburg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß das Kanalisationsprojekt genehmigt worden ist. Für das besondere Regenwasserprojekt fordert der Magistrat 1000 M. Beide Projekte verurteilen zusammen 4000 M. Kosten. Da auf der inmitten des Ohlshaus Terrains liegenden südlichen Wiesenfläche an der Habel die Kläranlage für die Stadtkanalisation, eventuell auch eine Gasanstalt errichtet werden soll, hat der Magistrat einen Länderaustausch mit der Wollsch Fabrik herbeigeführt. Wie schon früher betonten unsere Genossen, daß derartige Dinge besser in geschlossener Sitzung verhandelt würden, da die Beteiligten immer den Eindruck gewinnen müßten, als würden sie benachteiligt und die Abzogenen bei ähnlichen Anlässen zum Schaden der Stadt ihre Forderungen stellen würden. Die Vorsitzende des Ambergartens hat Schwierigkeiten, Schuträume mit Spielplatz zu finden, auch die Stadt verfügt nicht über solche. Um aber das Unternehmen zu halten, beantragt der Magistrat die Subvention von 200 M. auf 300 M. zu erhöhen und dafür zwei ganze und vier halbe Freistellen zu beanspruchen. Die Vorlage wurde vom 1. April genehmigt. Der Oberpfarrer Wilschel a. D. hat während seines Amteszeit im Pfarrhause auf eigene Kosten häusliche Verbesserungen vorgenommen; u. a. hat er auch die elektrische Leitung für die Beleuchtung des Hauses bezogen. Da die Stadt hauptsächlich ist, verlangt der Herr Oberpfarrer eine Pauschalzahlungsumme von 150 M., wofür er falls er die elektrische Leitung herausnehmen lassen würde. Da der Herr Wilschel ein schweizerischer Mann ist, beantragten unsere Genossen die Ablehnung des Antrages. Nach längerer Debatte, in welcher besonders die rechtliche Frage erörtert wurde, nahm die Versammlung den Antrag mit 12 gegen 9 Stimmen an. Die im Behauptungsplan projektierte Straße von der Liebigstraße nach der Wahlenstraße, wird aus Verkehrssicherheitsgründen laßiert. Für die Erbauung einer fahrbaren Eisenbahnbrücke über die regulierte Havel im Zuge der Ringstraße fordert der Magistrat die Bewilligung von 16000 M., den Rest soll Kommerzienrat Ebell zahlen. Bauherr ist die Stadt. Die Kosten der Weide inkl. Anbauarbeiten werden auf 45000 M. veranschlagt. Die Vorlage wurde angenommen. Für das ausgefallene Magistratsmitglied Bröderstedt wurde Herr Buchdruckereibesitzer Möller zum Stadtrat gewählt. Der Vorgesetzte der Gasanstalt Sachsendaufen, Herr Hengstenberg, hat dieselbe der Stadt mit sämtlichen Konzessionsverträgen zum Preise von 250 000 M. zum Kauf angeboten. Der Magistrat beantragte, zunächst für ein Sachverständigen-Gutachten einen Betrag bis zu 300 M. zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen. Nachdem eine Reihe von Etatsübersichtungen für das Rechnungsjahr 1910 debattiert und bewilligt waren, folgte geheime Sitzung.

## Aus aller Welt.

### Die Cholera in Venedig.

Während bisher abgeleugnet worden ist, daß in Venedig Cholerafälle vorgekommen sind, hat jetzt auf eine offizielle Anfrage des österreichisch-ungarischen Vorkassiers in Rom die italienische Regierung die Erklärung abgegeben, daß in Venedig zwei Cholerafälle vorgekommen seien, daß aber alle Vorsichtsmaßregeln getroffen wären, um eine Ausdehnung oder Verschleppung der Seuche zu verhindern.

Zu Gegenstand dieser Darstellung wird einem Venediger Blatte aus Trieme gemeldet: Reisende, die aus Venedig zurückkehren, erzählen, daß ganze Stadtteile mit Bretterplanen abgeperrt sind und daß in diesen abgesperrten Stadtteilen die Cholera gräßliche Verheerungen anrichtet. Es vergehe kein einziger Tag, an welchem nicht 10—15 Todesfälle vorgefallen wären.

Selbst die offiziellen Meldungen des Konsulats geben zu, daß die Cholera in Venedig in großem Maßstabe grassiert und daß Verheerungen über die Opfer nicht übertrieben sind. Das Unheil soll schon im vergangenen Jahre gewütet haben. Es sei aber den Behörden gelungen, die Seuche zu unterdrücken und auch Nachrichten darüber zu verhindern. Auch jetzt sehen die Behörden alles daran, der Epidemie ein Ende zu bereiten und man ist bemüht, die Epidemie mit Rücksicht auf die Weltausstellung in Turin als gefahrlos zu bezeichnen.

### Geographie schwach!

Vor einiger Zeit weilte die amerikanische Flotte zu Besuch im Hafen von Kopenhagen und selbstverständlich wurde zu Ehren der amerikanischen Offiziere von den dänischen Offizieren ein Festessen veranstaltet. Für die gefeierten amerikanischen Offiziere ergriff Admiral Vadger das Wort, seine Tischrede klang zum unangenehmen Erstaunen der Festteilnehmer in ein Hoch auf die deutsche Flotte und die deutschen Offiziere aus. Vadger war des Glaubens, das Dänemark deutsches Gebiet sei. An anderen Tagen wollte er sein Ungeschick wieder gutmachen und erklärte den Mannschaften seines Geschwaders, daß er einen skandalösen Mißgriff begangen habe. Weiter sagte er zu den in Front Stehenden:

„Ich möchte nicht, daß Sie einen ähnlichen Fehler begehen, wodurch Sie die Leute, welche uns Gastfreundschaft erweisen, verletzen würden. Das Land, in dem wir uns aufhalten, heißt Dänemark. Hier wird eine besondere Sprache gesprochen, nämlich die dänische, und sowohl das Land, wie das Volk, wie der König sind unabhängig und stehen ebensowenig unter deutscher Oberhoheit, wie die dänische Flotte unter dem Befehle des deutschen Kaisers steht.“

Wenn auch anzuerkennen ist, daß Admiral Vadger mit seltenem Freimut seine Dummheit bekannt hat, so sollte man doch annehmen, daß ein Admiral, in dessen Fach ja auch Geographie schlägt, etwas mehr Länderkunde intus hat, als Vadger in diesem Falle bewies.

### Zum Erdbeben in Mexiko.

Das schwere Erdbeben, das am Mittwochmorgen die Stadt Mexiko heimsuchte, hat auch in der Provinz große Verheerungen angerichtet und zahlreiche Menschenopfer gefordert. Man schätzt die Gesamtzahl der Toten auf 1300; 500 Menschen sind allein in der Stadt Zapotlan der Katastrophe zum Opfer gefallen. Auch in den Städten Zonila und San Andrés ist durch das Beben schweres Unheil angerichtet worden. Viele Tausende Einwohner des Landes sind durch den Einsturz ihrer Häuser obdachlos geworden und müssen im Freien kampieren. Seit dem Erdbeben ist der Vulkan Colima in Tätigkeit. Ein breiter Lavaström ergießt sich auf der westlichen Seite des Vulkans über die Täler herab.

### Ein brennender Dampfer.

Auf dem Amur, der die Grenze zwischen dem östlichen Sibirien und der Mandchurei bildet, ist gestern der russische Dampfer „Murawjew“ abgebrannt. Als das Feuer ausbrach, wurde der Dampfer, der viele koreanische Arbeiter und Fracht führte, auf Strand gesetzt, wurde aber trotzdem mit allen Dokumenten ein Raub der Flammen. Da auch die elektrische Beleuchtung erlosch, war der wilde Schrecken der Passagiere um so größer. Viele von ihnen sprangen in die Fluten. Die Zahl der Ertrunkenen soll sehr groß sein.

### Der Kommissar a. D.

Einer der kändlichsten Polizeikommissare in Frankfurt a. M., ein gewisser Herr Wals, der bei den Frankfurter Straßen-demonstrationen eine große Rolle spielte und in vielen Prozessen als Zeuge für die „Verächtigung“ des polizeilichen Vorgehens auftrat, ist Knall und Fall zur Disposition gestellt worden. Freilich nicht wegen der Revolverhölle, die von Schulzeisen seines Kommandos auf die Teilnehmer an der Demonstration an der Konstablerwache abgegeben wurden, auch nicht wegen der Hiebe und Prüge, die „seine Leute“ den Demonstranten verabfolgten, sondern Wals wurde vom Dienst entbunden, weil er wiederholt angetrunken seine Frau und seine Schwiegermutter mit dem Revolver bedroht und die Nachstraße seiner Nachbarin geküßt hatte. Bei der letzten derartigen Szene rief ein im selben Hause mit Wals wohnender Chemiker das Polizeipräsidium des Nachts um Hilfe an und seit dieser Zeit ist Herr Wals „a. D.“

### Kleine Notizen.

Ein Beamter als Zubalter. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaften Mainz und Frankfurt ist in Worms der aus Mainz kommende Eisenbahnpraktikant Wönel unter der Beschuldigung verhaftet worden, seine Frau aus Eigennutz durch Drohungen und Gewalt gewohnheitsmäßig zu gewerbesmäßiger Anzucht verleitet zu haben.

Begnadigt. Der wegen Ermordung des Fabrikanten Rationet zum Tode verurteilte Rennfahrer Kreuzer ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. — Kreuzer beteuert noch immer seine Unschuld.

Die Liebesleidende eines Gymnasialen. Im Walde bei Königshorn (Prov. Sachsen) fand man einen Schüler des Waltersdorfer Gymnasiums zu Waltersdorf, dessen Eltern in Rügenland wohnen, und die Frau eines Postboten aus Magdeburg erschossen auf. Der junge Mann war mit der Frau, die er bei deren Verwandten kennen gelernt hatte, vorgestern heimlich abgelaufen.

Das Glend. In der ungarischen Ortschaft Diosjenö hat der Tagelöhner Kosut wegen großer Notlage seine Frau durch Revolverhölle schwer verwundet und sich und seine zwei Kinder sodann erschossen.

Eine neue Carnegie-Stiftung. Andrew Carnegie hat der holländischen Regierung die Summe von 500 000 Gulden zur Gründung eines Fonds für Lebensretter zur Verfügung gestellt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter (G. d. W. Hamburg). Filiale Berlin 6. Sonntag, vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Bernide, Adrestr. 131; Remoahl der Ortsverwaltung. — Filiale Hainsbüchelerweg. Sonnabend, abends 8—10 Uhr, bei Hul. Schmidt, Klef-, Hofstraße 22; Beiratsversammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Juni, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee Nr. 15—17 und Rigdorf, Idealpassage; freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag von Herrn Prof. Dr. H. Geigle: „Christlich-Soziale in der Reformationszeit.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

### Witterungsübericht vom 9. Juni 1911.

Stationen	Barometer Stand um 9 Uhr	Windrichtung	Wetter	Temp. in C. um 9 Uhr	Stationen	Barometer Stand um 9 Uhr	Windrichtung	Wetter	Temp. in C. um 9 Uhr
Emmende	755.8	SW	4 wolllig	13	Hannover	759.80	4 wolllig	3	
Darmstadt	757.75	W	4 bedeckt	13	Leipzig	749.75	2 halb bb.	6	
Berlin	757.75	W	5 bedeckt	14	Stettin	761.0	2 halb bb.	16	
Frankfurt a. M.	759.25	1 wolllig	17	Breslau	765.80	4 wolllig	10		
Hamburg	760.90	1 wolllig	16	Wars	760.80	1 wolllig	18		
Wien	760.80	1 wolllig	18						

Wetterprognose für Sonnabend, den 10. Juni 1911. Günstig kühl und veränderlich, vorherrschend wolllig mit Regenschauern und vielfach kalten nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der Arbeiter-Turnerbund

hat in den Tagen vom 3. bis 6. Juni in Hannover seinen 10. Bundeskongress abgehalten. Trotz behördlicher Verfolgungen und Schikanen ist die Mitgliedschaft auf circa 2000 Vereine mit 153 000 Angehörigen angewachsen. Der Zuwachs seit 1908 beträgt 386 Vereine und 29 770 Vereinsangehörige. Der Bund verfügt über ein eigenes Geschäft, das den Mitgliedern neben anderen Requisitionen vor allen Dingen die Turnleitung vermittelt, und hat heute ein Vermögen von 115 791,85 M. Die Auflage des Bundesorgans, der „Arbeiter-Turnzeitung“, beträgt zurzeit 107 000, die der „Turnerin“ 11 000. Das ist ein Mehr von 15 888 Turnzeitungen gegen 1908; der Leserkreis der „Turnerin“ vermehrte sich in dieser Zeit um 3047.

Zur Aufklärung der Funktionäre wurden im vergangenen Jahre drei Agitationsbroschüren herausgegeben. Merkblätter für das Frauenturnen wurden verbreitet, Flugblätter, die sich an die verschiedensten Arbeiterkreise wenden: an die Frauen und Mädchen, an die Arbeiter in der „Deutschen Turnerschaft“, an die Jugend, an die Eltern der schulfähigen Jugend, an die betagteren Arbeiter. Neben dieser Art Agitation wurde noch versucht, durch eine Reihe von Artikeln an die befreundete Presse agitatorisch und werbend zu wirken.

Insgesamt sind 149 Personen anwesend; im einzelnen 12 Bundesvorstandsmitglieder und 1 Bundesausführungsmittglied, 17 Kreisvertreter, 12 Kreisturnwarten, 102 Delegierte aus 14 Kreisen, die Referentin Frau Böhm aus Schöneberg; die befreundeten Arbeiterportorganisationen sind vertreten durch Wöhler und Pöschel aus dem sächsischen Arbeiter-Turnerbund, Knapp aus Prag vom tschechischen Turnerbund, Zimmermann-Offenbach vom Arbeiter-Turnerbund, Passa-Tegel-Berlin vom Arbeiter-Turnerbund, Strumpf-Regelberg vom Arbeiter-Turnerbund, Scholz-Berlin von der Zentralstelle der Arbeiterjugend.

Den Vorstandsbericht erstattete Garnisch. Er behandelte zunächst zwei im Vorstandsbericht nicht erwähnte Angelegenheiten der Vereine Lindau-Leipzig und Chemnitz. In Lindau handelte es sich um aus dem Bau einer eigenen Turnhalle entstehende Geldschwierigkeiten, wobei der Vorstand durch sein finanzielles Eingreifen die Aufrechterhaltung der Halle möglich machte. Ob es ihm auch gelingt, das chemische Objekt zu realisieren, wo es sich um die Aufrechterhaltung eines eigenen Lokales mit Wirtschaftsbetrieb handelt, in welchem gleich im ersten Jahre ein nach Tausenden zählendes Defizit gemacht wurde, steht noch dahin. Beide Fälle sind eine Warnung vor den oft leichtfertigen Finanzmaßnahmen derartiger Projekte.

Der Redner erläuterte dann, wie die Verhandlungen mit der Jugendorganisation zu einer erfreulichen Einseitigkeit und zu dem Ergebnis geführt haben, daß beide Bewegungen sich gegenseitig unterstützen sollen. Die Beteiligung an der Hygieneausstellung hat der Vorstand abgelehnt. Die Ausstellungsleitung verweigerte der Bundesverwaltung neben der graphischen Darstellung über die Entwicklung des Bundes, zugleich auch die behördlichen Schikanen und Schwierigkeiten darzustellen, die man von oben dieser Entwicklung in den Weg legt und legt. — Im weiteren beschäftigte Redner sich mit der hohen Zahl der Unfälle im Bereich des Bundes. Es muß alles getan werden, einerseits diese Unfälle zu verringern, andererseits diejenigen Unfälle auszuschließen, die nicht auf das Konto des Turnens gesetzt werden können. Der Redner hebt hervor, wie man dadurch, daß man Unfälle bei Landpartien, beim Rodeln, Erklärungen usw. einfach als unternehmensbedingte Unfälle behandelt, einen Zustand herausbilden würde, der weit über die finanziellen Kräfte des Bundes hinausgeht.

Ein besonderes Kapitel bilden die behördlichen Verfolgungen und Strafen gegen den Bund. Obwohl das Reichsgericht entschieden hat, daß das Turnen der schulfähigen Jugend nicht verboten werden kann, lehnt die preussische Regierung sich dem Urteil darun, sondern erläßt immer wieder neue Verbote und Strafandrohungen wegen der Teilnahme jugendlicher Personen am Turnunterricht der Arbeiterturnvereine. Die Leignitzer Turngenossen sind bis zur Stunde mit Strafbefehlen bis zur Höhe von 250 M. bestraft worden. Sämtliche sächsischen Vereine haben das Böglingerverbot erhalten. Trotzdem Beschwerde beim Minister erhoben und im Einhalt der Strafbefehle nachgesucht wurde, sendet man immer aufs neue Strafbefehle. Der Redner erörterte demgegenüber, daß alles getan werden müsse, damit dieser scharfe Wind die Arbeiterturnvereine noch kräftiger und schärfer aufpeitscht. (Lebhafte Beifälle.)

Die Diskussion brachte keinerlei Kritik am Vorstand und wurde, nachdem 6 Redner gesprochen, durch Schlußantrag zu Ende gebracht. Von Bedeutung waren nur die Meinungen über die Doppelmitgliedschaft im Arbeiterturnerbund und der Deutschen Turnerschaft. Riemann-Mannheim, Heilmann-Bera, Rasch-Langenbach und der Vorsitzende Garnisch verurteilten sie energisch, während Georgi-Markantstädt sie von Fall zu Fall beurteilt wissen wollte und Kindt-Hamburg sie hauptsächlich aus den Abhängigkeitsverhältnissen der betreffenden Mitglieder ableitete und sich für sie gegen ein Verbot wandte. Es wurde jedoch gegen wenige Stimmen das Verbot der Doppelmitgliedschaft angenommen.

Der Kassierer Bachhaus gab den Kassenbericht. Auch er erwähnte die hohe Unfallziffer gegen das Vorjahr und die gesteigerte Ausgabe für Rechtschutz in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Das Bundesvermögen ist seit dem Turntag 1909, hauptsächlich infolge der guten Entwicklung des Bundesgeschäfts, von 55 806 M. auf 115 791,85 M. gestiegen. Angenommen wurde der vom Bundesvorstand gestellte Antrag, eine Unterabteilungskasse für die Vereine des Bundes einzurichten. Dietrich-Leipzig erstattete Bericht über die Entwicklung des Bundesgeschäfts. Im Jahre 1908/09 betrug der Jahresumsatz 44 438 M., 1909/10 dagegen 81 874 M., 1910/11 175 354 M. Und in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ergab es bereits 101 418 M., gegenüber 50 037 M. in den gleichen Monaten des vorigen Jahres.

Zu dem Punkt Bundesgeschäft liegen zwei weitgehende Anträge vor, erstens, zur Leitung des Geschäftes sind zwei Geschäftsführer anzustellen, welche Mitglieder des Bundesvorstandes sein müssen, und dem Gesamtvorstand gegenüber dem Bundesgeschäft die Stellung eines Aufsichtsrates zu verleihen; zweitens, durch den Bundeskongress eine Kommission zu wählen, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Bundesgeschäft und im Bundesamt tätigen Personen regelt. Ein weiterer Antrag will das Bundesgeschäft von der Bundesverwaltung trennen; dieser Antrag wird von Wöhler-Bremen begründet. — Die beiden ersten Anträge werden angenommen und betont, daß in den Verlagsleistungen die Geschäftsführer nur beratende Stimme haben. In die Kommission zur Regelung der Gehälter wurden 7 Turngenossen gewählt.

Hierauf referierte Redakteur Bildung über die Presse. Die „Arbeiter-Turnzeitung“ hatte den Kampf nach allen Seiten zu führen; nicht nur gegen die preussischen, sächsischen, sondern auch gegen die allerersten Staatsbehörden. Dieser Kampf bewegte sich auf dem Gebiete der Jugendgewinnung; infolgedessen dürfte man die Zeitung nicht nach einzelnen Artikeln beurteilen, man müsse sie vielmehr danach bewerten, wie sie in der Gesamtsituation ihre Aufgabe erfüllt habe. In diesem aufregenderen Kampfe hat es die Zeitung nicht an der nötigen Sachlichkeit noch an Schärfe fehlen lassen. — Zu den anderen Arbeiterportvereinen steht sie in einem guten kollegialen Verhältnis.

Uebergend zur Besprechung der Anträge betont Redner, daß die Schaffung einer besonderen Jugendbeilage nicht nötig sei, da das richtige und maßgebende Organ für die Jugend die „Arbeiter-Turnzeitung“ sei. — An das Referat knüpft sich eine längere Debatte, in der die verschiedensten Wünsche geäußert werden.

Beschlossen wird: Vom 1. Juli 1911 an erhält die „Arbeiter-Turnzeitung“ eine achtfache, auf Naturdruckpapier hergestellte illustrierte Beilage. Dieselbe soll alle Zweige der Leibesübungen in instruktiven Artikeln und Bildern behandeln und damit die Fortentwicklung unseres Turnsystems fördern.

Den Bericht des Turnwartes gibt Koppisch, der in großen Zügen die mannigfache Arbeit des Turnwartes schilderte und die Anstellung eines zweiten Turnwartes begründete, die sich im Interesse des Bundes nötig mache. — Der Anstellung des zweiten Turnwartes wird zugestimmt und eine Kommission zur Vorbereitung der Wahl eingesetzt.

Zum Punkt Agitation, Organisation und Zentralisation machte der Bundesvorsitzende Garnisch sehr instruktive Ausführungen über die Grundzüge, nach denen die Organisationen der einzelnen Gruppen zu gestalten sind. — Die lange Debatte bewegte sich im Rahmen des Referats und knüpfte aus in dem Wunsche, daß die Notwendigkeit der Körperpflege und Leibesübungen mehr von der großen Masse erkannt werden möge im Interesse der Volksgesundheit. Bei dieser Debatte wird von Hohn-Bremen geteilt, daß die Turngenossen nicht alle auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiete ihre Pflicht erfüllen; die noch viel geübte Neutralität müsse über den Haufen geworfen und das Erstarren der Arbeiterbewegung gefördert werden; damit würde die Masse auch Zeit und Interesse für Körperpflege finden. Reichardt-Spandau schildert den Mangel, daß heute noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter im Fahrwasser der bürgerlichen Sportvereine schwimmen; besonders sind es Holzarbeiter, Metallarbeiter und Buchdrucker, die sich in diesem Fahrwasser verlieren. Marx-Meiningen bezeichnet es für die Buchdrucker besorgend, daß auf ihrer Generalversammlung die Deutsche Turnerschaft zu den festlichen Veranstaltungen herangezogen worden ist.

Nachstehende Resolution gelangte zur Annahme: „Der vom 3. bis 6. Juni 1911 zu Hannover tagende Bundeskongress des Arbeiter-Turnerbundes erachtet von den Vorständen der freien Gewerkschaften Deutschlands, daß sie nun endlich einmal dazu kommen, ihre Mitglieder energisch dazu anzuhalten, den bürgerlichen Sportvereinen den Rücken zu kehren. Es ist unter den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen als unerhört zu bezeichnen, wenn organisierte Arbeiter, die gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen, heute noch Gegner der Arbeitervereinigungen im geselligen Leben sind.“

Diese Resolution soll dem Verbandstag der Metallarbeiter und auch dem im Juni tagenden Gewerkschaftskongress übermittelt werden.

Am dritten Verhandlungstage verbreitete sich Redakteur Bildung über „Jugendturnen und Jugendturnverbote“. Redner schilderte die Schikanen, die dem Arbeiter-Turnerbund seitens der Regierungen, von der preussischen, sächsischen, bayrischen bis hinab zu den kleinen und kleinsten Staaten, zugefügt werde. Heute seien die Verfolgungen schlimmer als je; sie dürften wohl kaum schlimmer zu Zeiten des alten Turnbates Jahrs gewesen sein. Der Arbeiter-Turnerbund sei kein politischer Verein und treibe keine Politik; er pflege vielmehr den Sport und betreibe die Leibesübungen. Daß die politische Gesinnung der Mitglieder, soweit sie zu denken vermögen, sozialistisch sei, das sei erfreulich, habe aber nichts mit dem Turnerbund an sich zu tun. Der Deutsche Turnerschaft führe man stellweise die Schüler durch die Schule zu und zwingt sie, gegen 15 Pf. Beitrag dort zu turnen; dagegen belege man Fortbildungsschüler, die im Arbeiter-Turnerbund turnen, mit Strafen, obgleich man genau weiß, daß das Jugendturnen nicht verboten werden kann, da nach dem Entscheid des höchsten Gerichtshofes die Kabinetsorder von 1834 nicht mehr zu Recht besteht. Aber was kümmert dieser Entscheid den preussischen Minister? Man ist ihm endlich von Königsberg aus zu Hilfe gekommen, indem man dort den Arbeiter-Turnerbund zu einem politischen Verein stempelte; man verlangte Einreichung der Statuten und der Mitgliederliste. Die hierauf erhobene Beschwerde lehnte das Oberverwaltungsgericht kurzerhand ab, weil der Arbeiter-Turnerbund schon früher für politisch erklärt worden sei.

Diesen Entscheid hat nun der Minister des Innern v. Dallwitz vervielfältigt und in ganz Preußen verbreiten lassen, und nun regnet es Verbote und Strafmandate aus allen Ecken.

Ueber das Frauenturnen sprach Turnschwester Böhm-Schöneberg. Ihre Ausführungen begründeten folgende Leitsätze, die nach einem Beschluß des Bundeskongresses zu einem Flugblatt bearbeitet werden sollen:

1. Regelmäßig betriebene allseitige Leibesübungen, wie sie im deutschen Turnen gepflegt werden, sind für beide Geschlechter ein gleich wichtiger und unentbehrlicher Bestandteil der körperlichen Erziehung.

2. In gerechter Würdigung dieser Erkenntnis haben alle unsere Vereine die Pflicht, wo es irgend mit Aussicht auf Erfolg geht, durch Gründung und Erhaltung von Frauenabteilungen für die Ausbreitung des Frauenturnens mit gleichem Eifer Sorge zu tragen wie für das Männerturnen.

3. Ein jeder Turngenosse ist darüber aufzuklären, daß das für ihn körperlich und geistig höchst segensreiche Turnen auch für seine weiblichen Angehörigen von gleichem Nutzen ist. In dieser Erkenntnis ist jeder verpflichtet, seinen Einfluß auszubieten, um immer mehr Frauen und Mädchen zum Turnen zu bewegen.

Eine Debatte findet hierüber nicht statt. Koppisch (Turnwart) behandelte die Wettturnfrage; er meinte, daß in dieser Frage wohl schließlich eine Einigung zu erzielen sei.

In der einschließenden Debatte plöhten die Geister im heftigen Wettstreit aufeinander, wobei die Freunde des Wettturnens das Feld behaupteten, indem durch namentliche Abstimmung mit 80 gegen 64 Stimmen das Wettturnverbot aufgehoben wird; doch wird mit 115 gegen 28 Stimmen beschlossen, daß weder Kränze noch Diplome beim Wettturnen verolaßt werden dürfen.

Die Beratung der zum Statut gestellten Anträge zeitigte die Annahme einiger redaktioneller Änderungen und Bestimmungen. — Die Delegation zum Bundeskongress soll in Zukunft nach folgender Norm erfolgen:

Jeder Kreis wählt auf 1500 Mitglieder einen Delegierten, Bruchteile über 750 einen weiteren. Kreise mit starken Turnvereinen müssen auf je 1500 Turnereine eine Delegation entsenden. Zum mindesten ist eine Turnerin zu entsenden, wenn mehr als 750 Turnereine in einem Kreise vorhanden sind. — Die unbesoldeten Vorstandsmitglieder haben in Zukunft nur das Recht, sich durch einen Delegierten aus ihrer Mitte auf dem Bundeskongress vertreten zu lassen.

Alle Anträge auf Ausbaur der Unterabteilung werden abgelehnt. Die Regelung der Gehälter soll in Zukunft nach folgender Norm geschehen:

Das Grundgehalt der Beamten beträgt 2100 M. und steigt bis zum Höchstgehalt von 2900 M., das der Hilfsbeamten 1900 M. und steigt auf 2700 M. Das Personal soll mit 1500 M. anfangen und bis auf 2200 M. steigen. Für die Markthelfer gelten die Tarife ihrer Gewerkschaften. Die Ferienzeit der Beamten beträgt 14 Tage, die aller übrigen Beschäftigten je nach Dauer ihrer Beschäftigung 6 bis 12 Arbeitstage. Bei Neueinstellungen sollen die Mitglieder des Bundes zunächst berücksichtigt werden. Als Geschäftsführer des Bundesgeschäfts werden Bachhaus und Dietrich wiedergewählt. Garnisch als Bundesvorsitzender wird eben-

falls wieder bestätigt; als Turnwarte fungieren Koppisch und Venedig und als Kassierer Schubert-Leipzig. Bundesausführungsvorsitzender ist Klügel-Dresden.

Der nächste Bundeskongress soll in Mannheim abgehalten werden. Der Vorstand wird beauftragt, Schritte zur Schaffung eines eigenen Heims zu unternehmen.

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit“

hat in den Pfingsttagen im hiesigen Gewerkschaftshaus seinen 4. Bundeskongress abgehalten. An dem Geschäftsbereich, der von dem Bundesvorsitzenden Liehr gegeben wurde, schloß sich eine längere Debatte über die Stellung zum Bunde „Solidarität“. Anlaß hierzu gaben einige Schreiben des Reichstagsabgeordneten Eichhorn, in welchen auf die Notwendigkeit einer Vereinigung des Bundes „Freiheit“ mit „Solidarität“ hingewiesen wurde. Betont wurde in der Debatte, daß der entgegenkommende Ton des Eichhorn'schen Schreibens im krassen Gegensatz stände zu dem Inhalt des Leitartikels des Organs „Solidarität“ vom 1. Juni. Daraus und aus den probierenden Zwischenrufen der als Gäste anwesenden Mitglieder von „Solidarität“, die von den Delegierten als fortgesetzte Verdächtigungen und Kränkungen ihrer parteigenösslichen Ehre empfunden wurden, schlossen die Vertreter der Vereine, daß für eine Verschmelzung noch nicht der nötige Ernst vorhanden sei. Obwohl von hiesigen Vertretern von „Freiheit“ der Notwendigkeit einer Einigung das Wort geredet wurde, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Delegierten des diesjährigen Bundeskongresses des Arbeiter-Radfahrerbundes „Freiheit“ sehen keine Veranlassung, zwecks Verschmelzung mit dem Bunde „Solidarität“ in Verhandlungen zu treten, da sich das Benehmen der Leiter desselben nicht geändert hat und sich auch ferner keine Gewähr bietet, daß solches in Zukunft geschehen wird, und weil wir die Selbständigkeit der Vereine unseres Bundes sowie das Weiterbestehen des Arbeiter-Radfahrerbundes „Freiheit“ vorläufig nicht aufgeben wollen.“

Der Kassenbericht bilanzierte in Einnahmen, Ausgaben und Bestand mit 16 061,76 M.; der letztere betrug am Schluß der Berichtsperiode 5543,38 M. Während sich die Einnahmen fast ausschließlich aus Eintrittsgeldern und Beiträgen zusammensetzen, erscheinen als hervorragende Posten der Ausgaben: Sterbegeld 1327,90 M., Unfallunterstützung 2256,85 M., Druckfachen (Bundesorgan) 3163,75 M. Die Verwaltung geschieht vollständig ehrenamtlich; den am stärksten in Anspruch genommenen Funktionären wird in Form von Monatsgeldern eine kleine Vergütung gewährt. Vier Beschwerden haben den Ausschuß beschäftigt; die sachliche und gerechte Erledigung derselben fand die Billigung des Bundeskongresses. Eine Reihe wichtiger Verbesserungen des Statuts wurden beschloffen. Statt der bisherigen zweijährigen Rechnungslegung, auch diesmal lag ein gedruckter Bericht vor, soll fortan eine solche vierteljährlich in dem monatlich erscheinenden Bundesorgan „Der freie Radler“ erfolgen. Die Unfallunterstützung ist von 9 auf 12 M. pro Woche erhöht worden. Die Abstrafungen dieser Unterabteilung betragen jetzt: nach 1 Beitragsjahr 6 M., nach 2 Beitragsjahren 7,50 M., nach 3 Beitragsjahren 9 M., nach 4 Beitragsjahren 12 M. pro Woche. Auf Wunsch erfolgt wöchentliche Auszahlung. Das Sterbegeld steigt entsprechend den Beitragsjahren von 50 M. nach 1 Jahr bis auf 100 M. nach 5 Jahren. Der zu zahlende Bundesbeitrag beträgt 25 Pf. pro Monat. Den Kreisreisen werden hiervon 25 Proz. zwecks Agitation zur Verfügung gestellt. Die vornehmste Art der Agitation sieht der Bund in der Zuführung neuer gewonnener Mitglieder zur Partei- und Gewerkschaftsorganisation und im Kreise zum Wettrennen in der Erfüllung parteigenösslicher Pflichten. Die bisherigen Funktionäre: Franz Liehr, Vorsitzender, Berlin, Höchststr. 47, Theophil Grech, Redakteur, Berlin, und E. Schröder, Ausschußvorsitzender, Offenbach a. M., wurden einstimmig wiedergewählt. Nach einem kräftigen Appell des Versammlungsleiters an die Delegierten, die Mitgliedschaft anzuhalten, sich jederzeit der Partei zur Verfügung zu stellen, insbesondere bei der Agitation zu den bevorstehenden Reichstagswahlen und bei der Wahl selbst ihre vollste Pflicht zu tun, endeten die 2 1/2-tägigen Verhandlungen. Vertreten waren 54 Bundesvereine mit 3374 Mitgliedern.

Eingegangene Druckschriften.

- Die Arbeitslosigkeit, ihre statistische Erfassung und ihre Bekämpfung. Statistisches Amt der Stadt Nürnberg. Heft 1. 1 M. U. E. Sebald, Nürnberg.
- Interessante Kriminalprozesse. Von G. Friedländer. 350 Seiten. D. Bartsch, Berlin W. 30.
- 5. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und 11. Bericht des Gewerkschaftssekretariats in Offenbach a. M. 1910. 72 Seiten. — Selbstverlag.
- Das literarische Echo. Halbmonatsschrift für Literaturfreunde. Verlag: Egon Reichel u. Co., Berlin W. 9. 2 Nummern.
- Die Reife. Literarische Zeitung für das deutsche Volk. Herausgegeben von Theodor Ebel und Georg Wulstener. Nr. 23. Reife-Verlag.
- Zwei unveröffentlichte Briefe Richard Wagners an Robert Schumann. Herausgegeben von F. Fraß. v. Hornstein. 50 Pf. — E. W. Vossler u. Co., München.
- Epistur Philosophie an die Lebensfreude. Herausgegeben von Dr. H. Schmidt. 1 M. U. Kröner, Leipzig.
- Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. Einrichtungen auf dem Gebiete des Unterrichts- und Medizinwesens im Königreich Preußen. 275 S. G. Fischer, Jena.
- Simplexismus. Simplexismus-Verlag. München. 80 Pf.
- 12. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Altenburg S. M. 1910. 24 S. Selbstverlag.
- Nach dem dritten Abnd. Roman von Helene v. Müllau. 3. — M. E. Reichel u. Co., Berlin.
- Der Sohn des Vaters. Roman von U. Hottenrott. 371 S. A. Edelmann, Jena.
- Wahlhandbuch der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. 1911. 295 S. Herausgegeben vom Parteisekretariat, J. Brand u. Co., Wien.
- Vom Teufel geholt. Schauspiel von R. Hamann. 3,50 M., geb. 5 M. — Gedruckt von Zeitungsdruckerei, Erzählung von R. Hamann. 3,50 M., geb. 5 M. U. Langen, München.
- Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der schweizerischen Primararbeit. Schlussbericht zur Heimarbeitausstellung. Herausgegeben von Prof. Lorenz. 5 Bc. Kommissionsverlag der Wälschlihandlung. Zürich.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 8. 6.	am 7. 6.	Wasserstand	am 8. 6.	am 7. 6.
Remel, Mühl	94	-2	Saale, Großh.	90	-4
Regel, Jüterberg	45	-4	Saale, Spandau	29	+2
Reichel, Tüsch	94	-4	„ „ „ „	30	-9
Oder, Kattow	165	-18	Spree, Spremberg	72	-2
„ „ „ „	179	-17	„ „ „ „	72	-2
„ „ „ „	190	-11	Weser, Minden	-101	0
„ „ „ „	48	-12	„ „ „ „	474	0
„ „ „ „	27	-8	„ „ „ „	271	-3
„ „ „ „	20	-4	„ „ „ „	258	-3
„ „ „ „	21	-3	„ „ „ „	292	-3
„ „ „ „	147	-7	„ „ „ „	68	-7
„ „ „ „	124	-11	„ „ „ „	130	-10
„ „ „ „	120	-8	„ „ „ „	47	-9

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel.

# Reise-Kleider

aus weitersten Lodenstoffen . . . 19<sup>50</sup> 24 32 M.  
aus gediegenen Stoffen engl. Art . . 18 28<sup>50</sup> 36 M.  
aus teinen Geraer Kammgarnstoffen . 27 38 45 M.

**Vorzüglich sitzende Jackenkostüme enorm billig**  
aus prima blau Kammgarn-Cheviot . . 24 28<sup>50</sup> 36 M.  
**Bastseidene Jackenkostüme von 45 M. an**

# Reise-Mäntel

aus dauerhaften imprägnierten Stoffen 5<sup>50</sup> 7<sup>50</sup> 10<sup>50</sup> 13<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 21 M.  
**Paletots aus Stoffen englischer Art**  
unverwüstliche Qualitäten . . . 8 10<sup>50</sup> 16 19<sup>50</sup> 24 M.

**Wetterfeste Loden-Mäntel u. Capes . . . 9 13.50 M.**

# ca. 3000 Kostümröcke

Alle Größen und Längen, auch für stärkste Damen  
aus prima Satintuch, regenechten Stoffen englischer Art, schwarz-weiß und  
blau-weiß gestreuten Stoffen, aus leichten hellen und dunkelgrauen Geraer  
Kammgarn-Stoffen, aus haltbarem Alpaka, einfarbig und gestreift, schwarz,  
marine und grau . . . . . 5 7 9 10 12 15 18 22<sup>50</sup> 27 M.

**Sport-Röcke aus bayerischen Loden . . . 9.50 13.50 M.**

**Leinen-Röcke v. 3 M. an || Leinen-Paletots v. 6.50 M. an**

**Leinen-, Batist-, Voile- und Stickerie-Kleider**  
reizende Neuheiten . . . . . 9 11.50 15 16.50 21 M.

**Leinene Jackettkleider || Woll-Musselin-Kleider**  
10.50 13.50 18 24 M. || 16.50 22.50 29 33 M.

**Blusen enorm billig, in tausendfacher Auswahl**  
Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklass. Stoffe u. Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität

# Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.  
2 Häuser vom Dönhofsplatz 12 Schaufenster.

Sonntags geöffnet

# M. Schulmeister

BERLIN SO 26, Dresdener Str. 4

Hochbahnstation Kottbuser Tor

# Zur Reise

fertig am Lager:

**Reise-Anzüge**, 1. und 2. Qualität  
27.50, 29.50, 32.50, 34.—, 36.—  
38.—, 42.—, 46.— bis 75.—

**Moderne Reise-Ulster**  
25.50, 29.50, 32.50, 36.50  
40.—, 45.— bis 65.—

**Beinkleider**  
5.—, 7.50, 9.50, 10.50  
12.50, 14.50, 17.50 bis 21.—

**Reise-Pelerinen**  
von 10.50 an

**Gummi-Mäntel v. 25.— an**

**Touristen-Anzüge v. 23.— an**

**Lüster-Jackets v. 3.75 an**

**Knaben-Wasch-Anzüge**  
von 2.— an



# Die Welträtsel.

Gemeinverständl. Studien über  
monistische Philosophie.

Von  
**Ernst Haeckel.**

Mit Nachträgen zur Begründung der  
monistischen Weltanschauung.

Preis 1 Mark.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68  
Lindenstraße 69 (Laden).

Toupets, Locken,

# Zöpfe

billigste Bezugsquelle.

Nur reelle Ware.

O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

# Wanderer!

# Touristen!

Wir empfehlen:

# Straube-Karten

der Umgegend v. Berlin

68 Lu.-Reil. u. Berlin 1 : 150 000

1 : 150 000

1 : 150 000

1 : 300 000

1 : 1.50 000

# Straube-Spezialkarten

von 240/50

Bernau-Biesenthal, Buckow,

Eberswalde-Chorin, Freien-

walde u. Umg., Müritzs-See,

Oberspreewald, Oranienburg u.

Umg., Potsdam, Rheinsberg,

Rüdersdorf, Spandau-Tegel,

Spreewald, Strausberg-

Blumental u. a.

**Straubes Märkisches**

**Wanderbuch**

(Ausflüge in die Mark Brandenburg)

76 Karten. 4 Teile je 1.— M.

**Buchhandlung Vorwärts**

SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

# Jeder hat das Recht

im eigenen Interesse, mein reichhaltiges Lager in prima  
englischen und deutschen Stoffen zu besichtigen. Durch  
Bareinkauf meiner Waren und Ersparnis der Ladenmiete bin  
ich in der Lage, einen erstklassigen **Anzug, Paletot** oder  
**Ulster** in künstlerischer Vollendung des Sitzes zum Preise  
von **52, 62 und 72** Mark zu liefern.

Als besonders preiswert empfehle meine **Schlager-Hose** zu **16, 20 u. 24** M.

# MARTIN KATZ

Schneider-Meister

I. Geschäft: **Dresdener Str. 76** (nahe Thalia-Theater)

II. Geschäft: **Schöneberg, Hauptstr. 155.**

# Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69 (Laden).

Seeben erschien:

# Erweckt

Ein Roman aus dem Proletarierleben

von

**A. Ger.**

Preis in Leinen gebunden 1.25 M.

Dieser Roman erschien vor kurzem erstmalig in der  
„Neuen Welt“. Das allgemeine Interesse, das dem-  
selben entgegengebracht wurde, veranlaßte uns, eine  
Buchausgabe zu veranstalten.

# Gustav Leyke

Bergstr. 78/79 RIXDORF Wasserstr. 49/50  
Gegründet 1877. Fernsprecher: Amt Rixdorf 54.

# Rohlen-Großhandlung

Spezialvertrieb von Kohle  
für Zentralheizungen usw.

Platzpreise von Mai bis Juli  
für Salondrucker

Alte	großes Format 1000 Stck	8.50
Anhalt. Kohlenwerke		8.15
Gilberthaus		7.75
Häuserichast		7.75
Wolch		7.25
Marie Tensteberg		7.00

für Halbsteine

A. K. W. 10 Semester 8.00

Th. Orbe 8.00

T. (Ettlinger Werke) 7.40

Anthracit, Schmelzkohlen, Steinkohlen, Holz usw.

Original-Lore für Wiederverkäufer!

Handwagen stehen zur Verfügung!

# Humor-Quartett

Gg. Treuer Kantienallee 49

# Zeitungs-Ausgabe bestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Schmitt, Auguststr. 50, Eingang Reichstraße.  
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbäckerstr. 14, Hochparterre.  
S. und SW.: Hermann Werner, Oranienaustr. 72.  
3. Wahlkreis: St. Fritz, Weimannstr. 31, 2. Hof rechts part.  
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengel, Gr. Frankfurterstr. 120.  
Richard Gadebusch, Petersburgerplatz 4 (Gaden).  
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kauderwasch 14/15.  
5. Wahlkreis: Leo Buch, Inmannenstraße 12 (Hof).  
6. Wahlkreis (Monbit): Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.  
Wedding: Karl Heike Nachf., Magaretheplatz 49.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm  
Baumann, Bernauerstr. 9, 2. Hof part.  
Gesundbrunnen: J. Trapp, Stettinerstr. 10.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Zehnerstr. 123.  
Adlershof: Karl Schwarzi, Postmannstr. 9.  
Alt-Gliencke: Wilhelm Dürre, Randowerstr. 83 II.  
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienfelderstr. 13, I.  
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schön-  
brück: Heinrich Brose, Hohenstr. 74, part.  
Biesdorf: Leopold Peters, Dorfstr. 38.  
Bohndorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohndorf, Ge-  
neßschloßhaus „Paradies“.  
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenbinderstraße 1  
Eichwalde, Zenthen, Hiersdorf und Hanksel Ablage:  
Destar Wähle, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.  
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Schausse.  
Friedersdorf-Petershagen: E. Gölzbarth, Petershagen.  
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lank-  
witz: H. Bernlee, Wilmstr. 5 in Steglitz.  
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.  
Grünau: Franz Klein, Reichstr. 10.  
Johannisthal: Bielde, Koller-Wilhelm-Platz 6.  
Karlshorst: Richard Hüter, Köpenickerstr. 9, II.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Dahnstr. 13.  
Köpenick: Emil Böhler, Reichstr. 6, Laden.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:  
Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.  
Hahnsdorf, Kauderwasch: Schmitz, Kauderwasch, Waldesstr. 14.  
Mariendorf: August Leib, Chausseestr. 296, Hof.  
Marienfelde: Emil Wenzel, Dorfstr. 14.  
Neuenhagen: Johann Gölzbarth, Wollersheide.  
Nieder-Schöneweide: Max Friedle, Dorfstr. 14 II.  
Nowawes: Wilhelm Happe, Reichstr. 7.  
Ober-Schöneweide: Alfred Haber, Wilhelmminnenstr. 17 II.  
Pankow-Niederschönhausen: Richard Baumann, Wollersheide 30.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:  
V. Gurj, Brodowitzerstr. 66, Laden.  
Rixdorf: H. Heinrich, Redakt. 2, im Laden; Rohr, Siegfried-  
str. 28/29.  
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, Witt-Vorhagen 56.  
Schöneberg: Wilhelm Sammler, Martin-Lutherstr. 69, im Laden.  
Spandau, Nonnendamm, Staken, Seegofeld und  
Falkenhagen: Köppen, Breitenstr. 64.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,  
Hermersdorf und Reinickendorf-West: Paul Kleinast,  
Borsigwalde, Rindowstr. 10.  
Teltow: Wilhelm Danow, Teltow, Berliner Str. 15.  
Tempelhof: Albert Ibsel, Berliner Straße 41/42.  
Treptow: Rob. Gramenz, Stiefholzstraße 412, Laden.  
Waldensee: A. Fuhrmann, Sebanstr. 105, partierre.  
Wilmerdorf-Halensee-Schwargendorf: Paul Schubert,  
Waldensee 26.  
Sämtliche Partikelliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

# Hüte

in allen Preislagen.

# R. Weidner, Hutmacher,

Prinzenstr. 57, Dresdener Str.

Bahnhof wird vergütet.

# Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69 (Laden).

Seeben erschien:

# Grundbegriffe der Politik

von

**Friedrich Stampfer.**

In Leinen gebd. 3 M.

# Charlottenburg

F. Kunsmann Wallstr. 1  
Moderne Uhren u. Goldwaren

# Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

Neuerscheinungen:

# Von unten auf.

Ein neues Buch der Freiheit.

Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich.

Mit 24 Bildern.

Preis gebunden 2 Bände 6 M., in 1 Band 5 M.,  
einzeln pro Band 3 M.

# Die Bakterien.

Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen.

Von Dr. Adolf Reilly.

(10. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)

Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

# Der industrielle Großbetrieb.

Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe.

Von Richard Wolff.

(11. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)

Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

# Parlamentarismus u. Demokratie.

Von R. Kautsky.

(12. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)

Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

# Leo Tolstoi-Briefe

(1848-1910).

Gesammelt und herausgegeben von G. A. Sergejew.

Preis broschiert 6 M.

# Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat 1910.

Preis 1 M.

# Protokoll

über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen

Stadtverordneten und Gemeindevorsteher, des

Zwangszweckverband für Groß-Berlin

betreffend. Abgehalten am 15. Januar 1911.

Preis 75 Pf.